

Forum Seniorenarbeit NRW



Älter werden im Wohnquartier Lebendige Nachbarschaft – wie gelingt das?

Themenschwerpunkt 5 / 2008

www.forum-seniorenarbeit.de



Das Forum Seniorenarbeit ist ein Projekt
des Kuratoriums Deutsche Altershilfe
in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe

Diakonie 

gefördert vom:

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Älter werden im Wohnquartier:

Lebendige Nachbarschaft - wie gelingt das?

Themenschwerpunkt 5/2008

Gut funktionierende Nachbarschaften entstehen nicht von allein. Sie erfordern vielfältige Gelegenheiten zur Begegnung. Die Rahmenbedingungen für Begegnung und Aufmerksamkeit für die gegenseitigen Wünsche und Bedürfnisse müssen von Nachbarn selbst, aber auch von Organisationen und Politik gestaltet werden. Bei der Entwicklung von Nachbarschaften geht es um mehr als die Organisation von "nachbarschaftlicher Hilfe". Nachbarschaftliches Miteinander ist ein Gewinn für alle. Bevor beispielsweise Hilfe und Unterstützung unter Nachbarn überhaupt zugelassen wird und Hilfenetzwerke greifen, ist es wichtig, dass sich die Nachbarn kennen, vertrauen und füreinander interessieren. Gemeinsame Aktivitäten ohne "Hilfeperspektive" sind eine Grundvoraussetzung für nachbarschaftliche Hilfe.

Solange wie möglich in der gewohnten Wohnung und vertrauten Wohnumgebung zu leben, ist ein Wunsch der meisten älteren Menschen. Mit der vertrauten Wohnumgebung verbinden Menschen Kontinuität und Identität, denn nachbarschaftliche Kontakte und vertraute alltägliche Abläufe bleiben erhalten. Um den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, ist ein vielfältiges Versorgungs- und Unterstützungsnetzwerk erforderlich. Aufgrund veränderter Familienstrukturen gewinnen dabei auch außerfamiliäre Netzwerke und Kontakte, wie die zwischen Nachbarn, an Bedeutung. Bei zunehmender Hilfebedürftigkeit können Nachbarn einen mühelosen Part im Unterstützungsnetzwerk einnehmen. Wegen ihrer räumlichen Nähe können sie beispielsweise Einkäufe erledigen, Blumen gießen oder in Notfällen zur Seite stehen.

Mit wachsender Bereitschaft engagieren sich ältere Menschen freiwillig in der Gestaltung ihrer Wohnumgebung bzw. Nachbarschaft. Sie übernehmen zunehmend Verantwortung, um Nachbarschaften, soziale Netzwerke und Unterstützungshilfen aufzubauen bzw. zu erhalten. Mit ihrem freiwilligen Engagement wollen sie zu einer Wohnumgebung beitragen, die für sie und die anderen Generationen lebenswert ist. Zahlreiche Beiträge des Themenschwerpunkts zeigen, dass Nachbarschaftsinitiativen und bürgerschaftliches Engagement vor Ort die Generationen verbindet und das Miteinander im Stadtteil oder Wohnquartier stärkt.

Verantwortlich für diesen Themenschwerpunkt

Annette Scholl, Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Tel. 0221-931847-72, E-Mail: annette.scholl@kda.de

Christian Carls, Diakonisches Werk Rheinland, Lenaustr. 41, 40470 Düsseldorf, Tel. 0211-6398-284 / 0163-7822489, E-Mail: christiancarls@sol-dw.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Lebendige Nachbarschaft - eine Einführung	7
Lebendige Nachbarschaften - Voraussetzungen und Ansätze	8
Hintergründe und Diskussion	11
Leben und sterben, wo ich hingehöre Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem	13
"Leben und Sterben, wo ich hingehöre" - Interview mit Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner	16
Seniorenpolitik auf neuen Wegen: Das Projekt Neues Altern in der Stadt als kommunikativer Prozess	19
Die Rolle von Nachbarschaften in der Wohnberatung	25
Ansätze, Konzepte und Methoden	27
Wege zur Initiierung eines Quartiersprojektes	29
Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) Die Zukunft liegt im Quartier	33
WohnQuartier 4 - Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten	39
Nachbarschaftsintegratives Wohnen	42
„Es ist machbar, Herr und Frau Nachbar...“ Erfahrungswissen für Initiativen: "Wohnen" und "Nachbarschaft" als Themen im EFI Programm NRW	45
Community Organizing - eine Strategie zur Erneuerung sozialer Beziehungen in Stadtteilen	49
Praxisbeispiele	53
Nachbarschaftstreff im Althoffblock Dortmund	55
An einem Netz für das eigene Alter im Stadtteil knüpfen	57
Lebendige Nachbarschaft im Hochhaus Miteinander wohnen, aufeinander achten und füreinander da sein	59
Gelebte Nachbarschaft in Wehringhausen	61
Altenhilfeplanung und Stadtteilgespräche in Dorsten	63
Nachbarschaftsinitiativen in Hanau	67
"Gemeinsam gegen Einsamkeit" im Landkreis Hersfeld-Rotenburg	70
Bürgerschaftliches Engagement als Baustein neuer Wohnkonzepte	72
Anregungen und Tipps	75
Lebendige Nachbarschaften - Ausgewählte Anregungen und Tipps	77
Literatur	81
Literaturempfehlungen rund um lebendige Nachbarschaft	83

Einleitung

Lebendige Nachbarschaft - eine Einführung

Von Annette Scholl, Kuratorium Deutsche Altershilfe

Wohnen = Bleiben + Wohlfühlen

„Wohnen“ – zurückgeführt auf das altdeutsche Wort „wonen“ - bedeutet soviel wie sich aufhalten, bleiben, wohnen, gewohnt sein, aber auch zufrieden sein und gefallen. Ein enger Zusammenhang zwischen „Wohlfühlen“ und „Gewöhnung“ ist zu erkennen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass im Alter das Wohnen an Bedeutung gewinnt. Solange wie möglich in der gewohnten Wohnung und vertrauten Wohnumgebung zu leben, ist ein Wunsch der meisten älteren Menschen. Mit der vertrauten Wohnumgebung verbinden viele ältere Menschen Kontinuität und Identität, denn nachbarschaftliche Kontakte und vertraute alltägliche Abläufe bleiben erhalten.

Einsatz für die eigene Nachbarschaft

Mit wachsender Bereitschaft engagieren sich ältere Menschen freiwillig in der Gestaltung ihrer Wohnumgebung bzw. Nachbarschaft. Sie übernehmen verstärkt Verantwortung, um beispielsweise Nachbarschaften, soziale Netzwerke und Unterstützungshilfen aufzubauen bzw. zu erhalten. Mit ihrem freiwilligen Engagement wollen sie zu einer Wohnumgebung beitragen, die für sie und die anderen Generationen lebenswert ist.

Lebendige Nachbarschaften durch Nachbarschaftsinitiativen oder bürgerschaftlich interessierte Menschen erscheinen als zukunftsweisende Ansätze, die Generationen verbinden und das Miteinander im Stadtteil oder Wohnquartier stärken. Kommunen erkennen immer mehr, dass funktionierende Nachbarschaften mittelfristig auch finanziell entlastende Wirkung entfalten. Meint es eine Kommune ehrlich mit der Bürgerbeteiligung, unterstützt sie fachlich Engagierte und bietet Hilfestellungen in unterschiedlichster Form an.

Nachbarn - wichtige soziale Kontakte für ältere Menschen

Neben Familienangehörigen stellen Nachbarn häufig wichtige soziale Kontakte für

ältere Menschen dar, wenn beispielsweise aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen die Mobilität nachlässt und der Bewegungsradius eingeschränkt ist. Bei zunehmender Hilfebedürftigkeit können Nachbarn neben Familienangehörigen, Freunden und Bekannten einen besonderen Platz im Unterstützungsnetzwerk einnehmen. Aufgrund ihrer räumlichen Nähe können sie beispielsweise Einkäufe erledigen, Blumen gießen oder in Notfällen zur Seite zu stehen.

Lebendige Nachbarschaften brauchen Begegnung

Um den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, ist ein vielfältiges Versorgungs- und Unterstützungsnetzwerk erforderlich. Aufgrund veränderter Familienstrukturen gewinnen außerfamiliäre Netzwerke und Kontakte, wie die zwischen Nachbarn an Bedeutung. Lebendige bzw. gut funktionierende Nachbarschaften entstehen nicht von allein, sondern brauchen vor allem Begegnung. Sie bedürfen bestimmter Rahmenbedingungen, damit sie möglich sind. Wichtig für die Entwicklung einer lebendigen Nachbarschaft und eines nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzwerkes sind die Förderung einer Wohn- und Lebensatmosphäre, die von aktiver Aufmerksamkeit für die gegenseitigen Wünsche und Bedürfnisse geprägt ist. Bevor Hilfe und Unterstützung überhaupt zugelassen wird und damit Hilfenetzwerke überhaupt greifen, ist es wichtig, dass sich die Nachbarn kennen und vertrauen. Gemeinsame Aktivitäten schaffen Vertrauen, die eine Grundvoraussetzung für nachbarschaftliche Hilfe darstellen.

Kontakt

Annette Scholl
Kuratorium Deutsche Altershilfe
Forum Seniorenarbeit
An der Pauluskirche 3
50677 Köln

Telefon: 0221/931847-72
Telefax: 0221/931847-6

E-Mail: annette.scholl@kda.de

Links:

www.kda.de
www.forum-seniorenarbeit.de
www.forum-lernen.de

Lebendige Nachbarschaften - Voraussetzungen und Ansätze

*Jutta Stratmann, Fachberatung für Sozial-
planung und Bürgerengagement (fastra)
Dortmund*

Regionale Disparitäten und Siedlungs- strukturen

So unterschiedlich die Zusammensetzung in den einzelnen Gemeinden, Stadtteilen und Regionen in der Bevölkerungsstruktur ist, eines ist ganz deutlich: Es wird in Zukunft immer mehr ältere Menschen geben und weniger Jüngere. Soziale Strukturen und Bindungen verändern sich in den einzelnen Quartieren und Wohngebieten aufgrund von Wanderungen, Veränderung der Familienstrukturen und Arbeitsmöglichkeiten. In vielen Regionen "altern" ganze Reihensiedlungen, Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichsten kulturellen, sozialen und biografischen Hintergründen wohnen in Stadtteilen zusammen, die zum Teil in Abschottung voneinander leben, ländliche Regionen "dünnen" aus, während Städte mit einer guten Infrastruktur an Attraktivität für viele Ältere dazu gewinnen. Neubaugebiete und Großsiedlungen weisen andere Kontaktmöglichkeiten auf als Altbauquartiere und dörfliche Gemeinden.

Bedingungen für Wohnzufriedenheit und nachbarschaftliches Engagement

Wohnzufriedenheit ist von verschiedenen Faktoren abhängig, nicht nur bei Älteren. Grundlegende Bedürfnisse wie nach Sicherheit, Selbstständigkeit, aber auch nach Kommunikation, Gemeinschaftserleben, Kultur und Bildung sind Belange, die im Alter je nach Lebenslage eine veränderte Gewichtung erfahren. Auch ist das Interesse an Nachbarschaft und Engagement stark abhängig von der jeweiligen Lebenslage und dem Lebensstil, wie beispielsweise eine Studie des vhw (2005) aufzeigt. Eine funktionierende Nachbarschaft erhöht die Wohnzufriedenheit: soziale Eingebundenheit, positive Kontakte mit Nachbarn, gegenseitige Unterstützungsleistungen sind hierfür Indikatoren. Auch die Erfüllung des Bedürfnisses nach Selbstentfaltung und -gestaltung stellen wesentliche "Wohlfühlfaktoren" dar. Eine hohe Wohnzufriedenheit wiederum bewirkt ein höheres Engagement für die eigene Wohnumwelt und das Quar-

tier (Wettbewerb gelungene Siedlungen - attraktive Wohnquartiere - lebendige Nachbarschaft 2000)

Differenzierung der Interessenlagen und der Wohnformen

Dies zeigt sich auch in den Wohnformen, die insbesondere in den letzten Jahren eine zunehmende Aufmerksamkeit und Ausdifferenzierung erfahren haben. Die meisten älteren Menschen wollen in der gewohnten Umgebung bleiben, d.h. möglichst in der eigenen Wohnung und dem vertrauten Wohnumfeld. Von daher besteht hier ein hoher Bedarf an Anpassung entsprechend den veränderten Lebenslagen, die sich mit steigendem Alter ergeben können. Neue Wohn- und Betreuungsformen, die wohnortnah und dezentral angesiedelt sind, werden zunehmend nachgefragt. Gemeinschaftliche Wohnprojekte, in Form von Wohn- und Hausgemeinschaften drücken den Wunsch aus, neue soziale Netze aufzubauen und Vorsorge zu betreiben. Ältere mit Vermögen und gutem Einkommen können sich Auslandsreisen in stärkerem Maße leisten oder haben einen Zweitwohnsitz. Viele ältere Migrantinnen und Migranten wollen in Deutschland wohnen bleiben und gleichzeitig für mehrere Monate in ihrem Ursprungsland verbleiben. Diese unterschiedlichen Wohnbedürfnisse haben Auswirkungen auf eine notwendige Vielfalt der Wohnformen sowie den Möglichkeiten zur Gestaltung von Nachbarschaften.

Wunsch nach Begegnung und Mitein- ander

Die meisten Älteren wollen mit jüngeren Generationen zusammenleben, wenn auch oftmals mit entsprechenden Rückzugsmöglichkeiten. Aufgrund der Veränderungen in den Familien und der demografischen Veränderung müssen Erlebnis- und Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen neu gestaltet und weiter entwickelt werden, um wechselseitige Erfahrungen von Jung und Alt zu ermöglichen (vgl. www.jungebildervomalter.de).

Gemeinschaftliche Wohnformen sind nur ein Ausdruck des Wunsches nach Kontakten außerhalb von Familie oder "Singledasein". "Wohlfühlen" in dem gewohnten Wohnumfeld oder auch bei Umzug in ein neues Umfeld wird neben den "harten" Faktoren wie Kosten, Lage, Größe und Ausstattung der

Wohnung, Anbindung und Infrastruktur des Wohnumfeldes zumindest mit durch soziale Kontakte bestimmt. Dabei sind die Bedürfnisse nach Begegnung und Kommunikation individuell, biografisch und kulturell sehr unterschiedlich geprägt. Zusammenleben im Quartier heißt, eine "Mischung" der verschiedenen Alters-, sozialen und kulturellen Gruppen zu ermöglichen.

Beim Eintritt von gesundheitlicher Beeinträchtigung ergeben sich Verschiebungen und neue Anforderungen an die Gestaltung des Wohnumfeldes, an erforderliche Dienstleistungen und die sozialen Kontakte.

Konsequenzen für Planungen und Akteure

Von daher müssen Städte-, Sozialplaner, Wohnungsunternehmen und Dienstleistungsanbieter auch sehr genau die Interessen und Bedarfslagen im Quartier oder in der Gemeinde erkunden, um diese "weichen" Faktoren in ihre Planungen aufnehmen zu können.

Wohnungsunternehmen stehen heute vor ganz anderen Anforderungen und Erwartungen als in früheren Zeiten. Auch für die Zukunft erwarten sie - wie beispielsweise in der Studie zur "Altengerechten Stadt" nachgewiesen - veränderte Ansprüche der Älteren an die Beteiligung und Gestaltung der eigenen Wohnung und des Wohnumfeldes. Einige Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, diesen veränderten (Wohn-)Bedürfnissen nachzukommen.

Quartiersbezogenheit, Beteiligungs- und Kooperationsformen

Der Erhalt sozialer Netze, Selbstorganisation und die Stärkung des Zusammenlebens der verschiedenen Generationen, Gruppen und Kulturen kann am besten durch die Quartiersnähe und Einbeziehung der Beteiligten geschehen.

So werden beispielsweise Initiativrunden, Zukunftswerkstätten und Bürgerforen durchgeführt, um die Interessen der Bewohner konkreter zu erfassen und in Planungen einfließen zu lassen (vgl. Neues Altern in der Stadt am Beispiel der Stadt Hamm).

Neue Partnerschaften und Kooperationen entstehen bei der Umsetzung quartiersbezogener Stadtentwicklung und von Wohnprojekten. Kommune, Wohnungsunterneh-

men, Dienstleistungsanbieter, Beschäftigungsinitiativen, Seniorenvertretungen und/oder -initiativen planen gemeinsam. Anlaufstellen in der Kommunalverwaltung oder "Kümmererstellen", Quartiersmanagement, Bewohnertreffs und Anlaufstellen in Begegnungsstätten werden wohnortnah eingerichtet, mit unterschiedlicher personeller Ausstattung und Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner.

Beispielsweise wurden im Althoffblock in Dortmund über Bürgerforen die Interessen der überwiegend älteren Mieterinnen und Mieter abgefragt, die über die Einrichtung eines Nachbarschaftstreffs und vieler ehrenamtlich getragener Angebote, Veranstaltungen und Nachbarschaftshilfen neue Kontaktmöglichkeiten geschaffen haben (www.nachbarschaftstreff-althoffblock.de).

Nachbarschaftsinitiativen

An vielen Orten bestehen Nachbarschaftsinitiativen, die sich ohne Beteiligung von Kommune und anderen Akteuren entwickelt haben und eigene Wege der Gestaltung des älter werdenden Quartiers gegangen sind. Ein Beispiel hierfür stellt der Stadtteil Süd-Ost in Düren dar, in dem sich verschiedene Initiativen und Bewohnergruppen zusammengeschlossen haben, um neue Bewohneraktivitäten zu initiieren, Nachbarschaftshilfen und durch die Einbindung professioneller Träger und von Unternehmen Projekte und Angebote umzusetzen. Einzelne Bewohnerorganisationen treten inzwischen als Träger verschiedener Angebote und Leistungen aus dem Kultur-, Bildungs-, Gesundheits-, Präventions- und Integrationsbereich im Stadtteil auf. Durch die Übernahme von Verantwortung für die verschiedenen Angebote und Maßnahmen wurde insgesamt zu einer höheren Wohnzufriedenheit und einer größeren Stabilisierung des Stadtteils beigetragen.

Ein weiteres Beispiel wurde in der Stadt Aachen über das Projekt "Netzanschluss" geschaffen. Jugendliche und Ältere haben gemeinsam einen "Handwerker-Pool" aufgebaut und helfen bei Umzügen. In Köln im Stadtteil Junkersdorf hat der Verein "Aktives Leben e.V." in einer Wohnanlage einen "TREFF" eingerichtet, in dem verschiedene Veranstaltungen, Angebote und ehrenamtliche Betreuungsleistungen organisiert werden. In Krefeld befinden sich im Nachbarschaftsladen "Fischeln e.V." Krabbelgruppe, Jugendzentrum und Seniorencafé unter ei-

nem Dach, den die Bewohnerinnen und Bewohner in Eigenregie gegründet haben.

Gemeinsam statt einsam

Die meisten Älteren wollen heute ihre Lebensphase, die zwanzig, dreißig und mehr Jahre umfassen kann, aktiv gestalten, sie haben Bedürfnisse nach Kommunikation, Bildung, Freizeitgestaltung sowie sinnvoller Betätigung, zumeist mit Gleichgesinnten. Die räumliche Nähe im Wohnumfeld schafft die größere Chance zum Aufbau nachbarschaftlicher und solidarischer Kontakte und Unterstützung. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die jeweiligen Erwartungen an Nähe und Beziehungsqualität, die sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können. So ist der Einsatz von "Mediatoren" oder anderen geeigneten Moderatoren und Vermittlern in vielen Quartieren sinnvoll, insbesondere in Regionen mit sehr gemischter Bevölkerungsstruktur.

Aber auch andere Gruppen bedürfen der Unterstützung. Ältere Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Bedingungen zu Rückzug oder Vereinsamung tendieren, können durch bürgerschaftliches Engagement, teilweise in Verbindung mit professioneller Hilfe im Wohnquartier besser erreicht werden, wenn Anlaufstellen und Zugänge niedrigschwelliger Natur bestehen. Vereine, Begegnungsstätten, Bewohner-treffs, Besuchsdienste sind hier Ankerpunkte, ebenso wie quartiersbezogene Wohn- und Dienstleistungsangebote. Gemeinwesenbezogene Wohngruppen und Einrichtungen erhalten bei entsprechender Arbeits-

weise nachbarschaftliche Beziehungen (vgl. Heinrichstraße in Bielefeld).

Schlussfolgerungen

Lebendige Nachbarschaften können nur da entstehen oder werden getragen durch Sinnzusammenhänge, die sich im gemeinsamen Tun oder im gemeinsamen Erleben zeigen. Diese können sich verändern, projektbezogen sein oder in kontinuierlichen Gruppen bestehen. Während sie an vielen Stellen einfach nur der "Ermöglichung" bedürfen, müssen sie an anderen Stellen initiiert und begleitet werden. Letztendlich muss in den einzelnen Kommunen eine Offenheit für die Gestaltung dieser Prozesse bestehen, die sich in einer Vielfalt von Unterstützungsformen äußern können, wie die angeführten Beispiele zeigen.

Kontakt

Jutta Stratmann
Fachberatung für Sozialplanung und Bürgerengagement
Gießereistr.16
44289 Dortmund

Telefon: 0231/94198909
Telefax: 0231/4750655

E-Mail: info@fastra.de
E-Mail: stratmann@fastra.de

Link:
www.fastra.de

Hintergründe und Diskussion

Leben und sterben, wo ich hingehöre Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem

Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Hamburg

"Leben und sterben, wo ich hingehöre" ist ein neues Buch von Klaus Dörner (Paranus-Verlag, 2007), in dem die Vision eines umfassenden deinstitutionalisierten Hilfesystems mit Bürgerbeteiligung entwickelt wird. Beschrieben werden Strategien auf unterschiedlichen Ebenen, die den Verbleib in der Wohnung oder im Viertel in sozialer Eingebundenheit bis zum Tod für alle ermöglicht. Eine zentrale Rolle spielt dabei der "dritte Sozialraum der Nachbarschaft".

Bekannt wurde Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, der profilierteste Vertreter der deutschen Sozialpsychiatrie (Wikipedia, Mai 2008), vor allem als Wegbereiter und Begleiter erfolgreicher Deinstitutionalisierung in der deutschen Psychiatrie (Klaus Dörner: "Ende der Veranstaltung", 1998). Die für viele Fachleute damals überraschenden, guten Erfahrungen mit diesem Systemwechsel in der Psychiatrie sind ein Hintergrund der umfassenderen Vision für ein neues Hilfesystem.

Mit Genehmigung des Verfassers finden Sie hier eine Collage zur Einführung in zentrale Thesen aus dem Buch "Leben und sterben, wo ich hingehöre". An wenigen Stellen wurden Sätze leicht gekürzt, einzelne Worte aus dem Zusammenhang ergänzt und Zwischenüberschriften und Hervorhebungen eingefügt, um die Lesbarkeit in dieser Textcollage zu erhalten. Zusammenstellung: Christian Carls

Die Wiederentdeckung des dritten Sozialraumes

Von allen solidaritätsstabilisierenden Institutionen ist die **Nachbarschaft** diejenige, die durch die Modernisierung und Institutionalisierung des Helfens am meisten demontiert und fast (denn ganz verschwinden konnte sie nie) unsichtbar gemacht wurde. Sie gehört zu dem merkwürdigen Zwischengebilde des dritten Sozialraums, der zwischen dem ersten Sozialraum des Privaten und dem zweiten Sozialraum des Öffentlichen liegt. Mit Ausnahme der auch insofern abnormen Epoche der Modernisierung (1880 – 1980) konnte keine Kultur der

Menschheitsgeschichte auf diesen dritten Sozialraum verzichten, weil er für das notwendig war, was die Fähigkeiten des einzelnen familiären Haushalts überstieg, also einmal für die Integration zwischen sozial Innerem und Äußeren, Eigenem und Fremdem (auch für unser Migrationsproblem entscheidend) und zum anderen für das Helfen, also für den überdurchschnittlichen Hilfebedarf, für die Alleinstehenden, die gar keine Familie haben, und für die Bewegungsbeeinträchtigten, damit sie alles fußläufig erreichen können, was sie zum Leben brauchen. Auch Helmuth Plessner sieht zwischen dem Privatraum und der Gesellschaft den **"Wir"-Raum**, womit der Raum gemeint ist, den die Menschen als "Wir" erleben können, die Zone der Begegnung zwischen dem konkreten Anderen und dem verallgemeinerten Anderen. Dabei versteht er aber diesen Raum streng territorial, weil die dort mögliche Wir-Solidarität alle Menschen umfassen muss, die dort leben, während er "Gemeinschaft" als gesellschaftszerstörend ablehnt, weil sie die Zugehörigkeit von Menschen nach Eigenschaften bewertet, zum Beispiel nur Arbeiter, nur Katholiken, nur "Volksgemeinschaft", alle anderen ausgrenzt. So gesehen, ist – vor allem im Unterschied zum Markt – die bürgerschaftliche Steuerungsform des Helfens die territorial begrenzte Solidarität, die auf einer "asymmetrischen Gegenseitigkeit" beruht, wo ich zu geben habe, was ich kann (etwa Zeit, aber auch Geld), während der hilfsbedürftige Andere zu bekommen hat, was er braucht. Es gibt also viele überlebenswichtige Gründe, den Sozialraum der Nachbarschaft für das zugegebenermaßen schillernde und sich der Planbarkeit entziehende **Herzstück** der Gesellschaft zu halten. Nachdem der 100-jährige Modernisierungsfortschritt uns vermuten ließ, Nachbarschaft sei als vormodern überholt, ist unsere Einsicht ein Geschenk der Zunahme der Alten und Chroniker, dass wir diese, das Gemeinwesen auch im übrigen verlebendigende Kostbarkeit dringender brauchen als je zuvor. (S. 92 ff.)

Eigenschaften und Stärken des dritten Sozialraumes

1. Solidarität lässt sich wirksam nur mobilisieren, wenn alle Beteiligten ihre Verantwortung streng territorial definieren, zwar jenseits der Grenze lebende Menschen ausschließen, dafür aber alle im Territorium lebende und hingehörende Menschen einbe-

ziehen. Das entspricht dem **Konzept des community living**. Das sollte sich auch finanziell abbilden nicht in einem kommunalen, sondern in einem Sozialraum- oder Nachbarschaftsbudget. Angenähertes Beispiel: Das Sozialraumbudget in Hamburg-Elmsbüttel.

2. Die Größenordnung eines Nachbarschafts-Sozialraums wird vor allem zu Beginn des Prozesses der "**Vernachbarschaftlichung**" sehr unterschiedlich sein, könnte etwa den Einzugsbereich einer Grundschule oder einer oder zweier Kirchengemeinden umfassen.

3. Wichtiger für die Größenordnung ist es, dass es sich dabei um einen anschaulich erlebnisfähigen Erfahrungsraum handelt, eben um einen "**Wir**"-Raum. (...)

4. Damit sind wir schon dem Wirksamkeitsgeheimnis von Nachbarschaft auf der Spur: Nur wer sich von der Zuständigkeit für das Elend der ganzen Welt freigestellt sieht, wird sein Engagement – bei immer zu unterstellendem Bedürfnis nach Bedeutung für Anderen – für seinen eigenen Sozialraum geradezu zwangsläufig erhöhen, ob er will oder nicht, weil er sich auf die Begrenztheit seines Aufgabenfeldes verlassen kann.

(...)

6. Unser Wissen, dass es auch früher in der Regel keine Großfamilie gab, ist auch für unsere heutige Praxis ganz brauchbar, denn somit steht fest, dass sowohl menschheitsgeschichtlich, als auch heute die kleinste tragfähige Einheit zum Helfen-für-alle "**Haushalt+Nachbarschaft**" (gewesen) ist. Es handelt sich um eine funktionelle Einheit, die man nur künstlich auseinandernehmen kann.

7. Da der dritte Sozialraum nicht nur in den privaten, sondern auch in den öffentlichen Sozialraum ausstrahlt, gilt ebenfalls, dass er die kleinste Einheit demokratischer Selbstverwaltung darstellt; damit ist er auch der einzige Raum, wo sich der konkrete Andere und der verallgemeinerte Andere, die sonst zwischen privatem und öffentlichem Raum eher aufgeteilt sind, sinnlich wahrnehmbar begegnen. Das legitimiert Bestrebungen, wonach zu jeder Nachbarschaft insbesondere für die Organisation des Helfens auch so etwas wie ein Sprecherrat oder ein **Nachbarschaftsverein** gehört. Es könnte anfangs – Beispiel – auch so etwas wie ein Runder Tisch der Honoratioren oder Multiplikatoren des Helfens sein

(etwa Hausarzt, ambulanter Pflegedienstleiter, Pfarrer, Schulrektor).

(...)

9. Die Nachbarschaft ist – nächst dem familiären Haushalt – der niedrigschwelligste Sozialraum zum Helfen. Daher entfällt hier die auf höheren und institutionellen Ebenen immer noch beliebte Spezialisierung, also Sortierung der Menschen nach Beeinträchtigungsarten. Auf der Nachbarschaftsebene leben die Menschen mit unterschiedlichem Hilfebedarf nach dem **Normalverteilungsprinzip**, so wie sie gerade mal irgendwo hingehören. Daher interessieren sie hier auch nicht so sehr nach ihren Defiziten, sondern mehr nach dem, was sie für Andere beizutragen haben.

(...)

11. Noch ein bisschen mehr zum merkwürdigen Innenleben der Nachbarschaftsbeziehungen: Zunächst bedeuten sie eine quantitative **Vermehrung der Schultern**, auf die sich eine konkrete Pflegelast verteilt, bis die jeweilige Tochter oder Schwiegertochter (um die handelt es sich meistens, wenn sich das auch noch ändern wird) wieder zu ihren eigenen Interessen kommt und bei allen Beteiligten Selbstbestimmung und Bedeutung für Andere sich im Gleichgewicht befinden.

12. Nachbarschaftshilfe macht aber, was leicht vergessen wird, das familiäre Sorgesystem auch qualitativ tragfähiger; denn wenn ich als Tochter oder Sohn meiner demenzen Mutter in 24-Stunden-Schicht dienlich bin, wird auch die größte Liebe zeitweilig in Hass, Todes- oder Tötungswunsch und dann auch in Gewalt umschlagen. Hier wirkt schon die **gelegentliche Präsenz** eines Nachbarn als eines System-Fremden emotional abkühlend und damit entlastend.

13. Philosophisch gesehen, besitzt gerade der Bürgerhelfer als Nachbar die Urteilskraft, also dasjenige Vermögen, das es erlaubt, einen konkreten Anderen in einem nicht zu verwissenschaftlichenden Freiheitsraum in seiner stets unvergleichbaren Einmaligkeit zu sehen, während Wissenschaft, Profis und Markt stets gehalten sind, diesen konkreten Anderen zu verallgemeinern, zu vergleichen, zu standardisieren und ihn zu rationalisieren, so wichtig das für sich auch sein mag. Dem Anderen in seiner **Selbstzweckhaftigkeit** dienend, darf der Bürgerhelfer, will er als er selbst wirksam bleiben, sich nicht zur Verallgemeinerung

verführen lassen. Das wird einmal relevant, wenn die Profis sich beeilen, die Bürgerhelfer "schulen" zu wollen, was bis zu einem gewissen Grad okay ist, jedoch gefährlich wird, wenn der Bürgerhelfer zum Schluss den Anderen genauso sieht wie der Profi. (S. 94 ff.)

Der Beitrag der Bürgerbewegung

Wenn fast alle Hilfsbedürftigen, insbesondere alle Alten und Alterspflegebedürftigen/Dementen leben, altern, sterben wollen, wo sie hingehören, dann ist es die vornehmste Aufgabe der Bewegung der helfenden Bürger, ihre Ressourcen, bei Insuffizienz der familiären Selbsthilfekräfte, so einzusetzen, dass dieses Ziel erreicht wird. Zu dieser Radikalität gibt es keine Alternative, da eine solche nicht mehr zu begründen und zu rechtfertigen ist, spätestens seit wir wissen, dass die Schwere der Pflegebedürftigkeit kein Hinderungsgrund mehr ist. (S. 81)

Der Beitrag der Profis

Da die Bürger sich nur in der Nachbarschaft für alle, auch die sonst ausgegrenzten, engagieren können, bin ich als Profi nur glaubwürdig, wenn ich dies auch tue. Während ich mich auf höheren Ebenen mit großräumiger Zuständigkeit zu institutionalisieren und zu spezialisieren gewohnt bin, muss das aus diesem Grund auf der Ebene der Nachbarschaft, des Viertels, der Dorfgemeinschaft entfallen; hier sind Deinstitutionalisierung und Entspezialisierung angesagt. Daher habe ich etwa mit meinem ambulanten Pflegedienst in diesem dritten Sozialraum alles zu pflegen, was es gibt... Fehlt mir für einen Einzelfall Spezialwissen, so bleibt auch dieser Bürger, wo er hingehört; vielmehr habe ich mir von außen so lange Spezialwissen einzukaufen, bis ich

auch darin kompetent bin... Für mich als Profi besteht daher für meinen dritten Sozialraum Pflicht- oder Vollversorgung. (S. 173)

Der Beitrag der Hilfsbedürftigen

Schließlich habe ich als Hilfsbedürftiger die Aufgabe, mich dafür einzusetzen, je nach dem Hilfeanlass auch dafür zu kämpfen, dass ich nicht dorthin gebracht werde, wo die Hilfe stattfindet, sondern dass die Hilfe zu mir kommt, dorthin, wo ich hingehöre. Das ist vielleicht nicht gerade bei einer Herzoperation anzuraten, gilt aber für immer mehr Hilfstätigkeiten, selbst technischer Art, weil der technische Fortschritt darin zu fördern ist, dass seine Produkte mobiler und bürgertauglicher werden. Ein solches Kämpfen ist zunehmend bedeutsam, weil einmal die Hilfe, wenn sie in meinem Haushalt stattfindet, bei geringerem Aufwand wirksamer und nachhaltiger ist (zum Beispiel Hausarzt), weil zum anderen ich damit die Chancen des neuen Hilfesystems nicht nur nutzen, sondern auch fördern kann und weil ich zum Dritten zunehmend einen Rechtsanspruch darauf habe. (S. 126)

Literatur

Klaus Dörner: Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem. Paranus Verlag, Edition Jakob van Hoddis, 2007.

Kontakt

Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner
Nissenstr. 3
20251 Hamburg

"Leben und Sterben, wo ich hingehöre"

- Interview mit Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner

Interview: Christian Carls, Forum Seniorenarbeit NRW, Diakonisches Werk Rheinland

"Leben und sterben, wo ich hingehöre" ist der Titel Ihres letzten Buches. Sie formulieren dort das Programm für ein konsequent sozialräumlich orientiertes Hilfesystem mit bürgerschaftlicher Beteiligung. Wie ist die Resonanz?

Die ist eindrucksvoll. Ich habe zwar so gut wie keine Resonanz bei den überregionalen Zeitungen gehabt, wo meine Bücher sonst sehr breit dargestellt werden, aber sehr viel Resonanz an der bürgerschaftlichen Basis. Dort geht das über Mund-zu-Mund-Propaganda rum. Wo immer sich bürgerschaftliche Initiativen im regionalen Bereich aufmachen, ist das Buch im Regelfall bekannt. Ich habe es seit einigen Jahren zu meinem Hobby gemacht, mich von bürgerschaftlichen Initiativen einladen zu lassen, Nachbarschaftsinitiativen, Hospizgruppen, Kirchengemeinden usw., ich diskutiere mit den Beteiligten, das macht unglaublichen Spaß. Es gibt diese neue Bürgerbewegung - ich hatte mir das so auch zunächst nicht vorstellen können.

Welche Ideen kommen besonders an?

Der "Dritte Sozialraum". Der Begriff schlägt ein. Bislang kannte man das so: Es gibt den Sozialraum des Privaten einerseits, den des Öffentlichen andererseits, dazwischen gibt es nichts. Wenn man das Dazwischen in den Blick nimmt, kommt man zu vielen Erkenntnissen. Man sieht, was sich an gesellschaftlich relevanten Hilfeprozessen abspielt. Da fallen einem geläufige Begriffe ein, vor allem Nachbarschaft, der aber klingt für viele überholt, auch nach sozialer Kontrolle. Überall, wo es um Integration geht, ist dafür der Privatraum zu klein, der öffentliche zu groß, das spielt sich irgendwo dazwischen ab. Geläufigere Begriffe sind das Viertel, der Stadtteil, die Dorfgemeinschaft. Der "Dritte Sozialraum" ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Das macht den Leuten Mut, weil die sagen, da ist ja wirklich was, da kann ich mich engagieren. Zugleich wächst der Hilfebedarf immer stärker. Die alternde Gesellschaft, die neue große Gruppe der Dementen und

chronisch Kranken macht den Gesamthilfebedarf so groß, wie es bislang von keiner Gesellschaft bekannt geworden ist.

Stoßen Sie auch auf Vorbehalte?

Ja, insbesondere von den Sozialprofessionellen, die machen sich schon Sorge, dass da etwas wächst, was ihre bisherige Monopolstellung gefährdet, was auch Arbeitsplätze gefährdet, da spüre ich häufig Abwehr, so dass man da schon von einer Rivalität sprechen kann zwischen Bürger Helfern auf der einen und Profi-Helfern auf der anderen Seite. Das aber ändert sich in der letzten Zeit, wir wachsen in eine Gesellschaft mit steigendem Hilfebedarf hinein, da müssen wir uns etwas Neues überlegen, das wird zunehmend gesehen. Da gibt es, mit Hegel, zunehmend Einsicht in die Notwendigkeit.

Welche Rolle kann Bürgerengagement im Hilfesystem spielen?

Wir alle sind so aufgewachsen: es gibt arbeitsgebundene Zeit und es gibt freie Zeit, die übrigens für die meisten Menschen in den letzten hundert Jahren um das doppelte zugenommen hat. Dazwischen gibt es aber auch noch etwas: soziale Zeit. Auch für Menschen, die nicht zu unserer Familie gehören und für die wir ein Stückchen weit da sein müssen. Wir brauchen etwas, was wir gar nicht wollen können, das kann man ausdrücken mit der sozialen Zeit. Wenn ich anfangs, mich zu engagieren, erlebe ich, das ist etwas, was ich auch selbst brauchen kann. Wir brauchen soziale Zeit, Bedeutung für Andere, als Sinn für unser Leben. Jeder Mensch braucht eine Tagesdosis an Bedeutung für andere, auch für mein "mich gesund fühlen". Die bürgerschaftlich Engagierten waren den professionellen Helfern lange untergeordnet. Wo sich das neue bürgerschaftliche Engagement im Viertel, im Dorf etabliert, ist es oft eigenständiges Engagement. Hier ist die Wurzel für ein neues Hilfesystem, das ich als Bürger-Profi-Mix bezeichne. Und das ist nicht nur eine Vision, sondern empirisch vorfindbar, wenn auch noch nicht in dem Sinne, dass es flächendeckend versorgungsrelevant ist. Kerne dieses Bürger-Profi-Mix sind heute schon zu finden und man sieht, dass das täglich zunimmt.

Sie sprechen auch von "Helfensbedarf..."

Ja, das ist nochmal ein so bewusst paradox formulierter Begriff. Helfen im sozialen Engagement zielt auf Integration, Inklusion, Community Care. Ich bleibe mal bei dem in

Deutschland mehr verbreiteten Begriff der Integration. Wenn man 93 Jahre alt ist, ist man in einer Altersgruppe mit mehr Dementen als nicht Dementen. Demenz gehört zu unserem Leben dazu. Hier müssen wir über das Integrationsbedürfnis dieser Menschen nachdenken - dazu reichen die professionellen Hilfen nicht aus. Und dabei geht es gar nicht in erster Linie um Kosten: Die professionellen Dienste können nicht integrieren. Integrieren können nur Bürger andere Bürger, wenn man davon ausgeht, dass dazu gehört, dass die Menschen ihre Beziehungen möglichst selbständig regeln.

Nach Möglichkeit argumentiere ich immer so, dass ich die Frage des Geldes möglichst außen vor lasse. Was die neue Bürgerhilfebewegung von der alten, der Ehrenamtsbewegung, aber unter anderem unterscheidet, ist, dass die neuen Bürgerhelfer auch bereit sind, einen kleinen Betrag Geld für ihre Leistung zu nehmen, zum Beispiel eine "Aufwandsentschädigung". Dazu passt, dass in Zukunft immer weniger Haushalte sich aus einem Einkommen finanzieren können. Da bietet sich der zunehmende Hilfebedarf an, dass Menschen ergänzende Einkommensquellen erhalten.

Sie sprechen in Ihrem Buch und bei Veranstaltungen viel vom "Helfen". Auf mich wirkt das an einigen Stellen etwas fordernd und moralisch...

Ich muss gestehen, dass ich lange darüber nachgedacht habe, ob es einen besseren Begriff als den des "Helfens" gibt - ich habe keinen gefunden. Sehr wohl wissend, dass der Begriff oft so empfunden wird, dass da jemand mit der Moralkeule kommt: Du bist nur ein guter Mensch, wenn Du helfend tätig bist. Das ist die Schattenseite. Auf der anderen Seite: man muss sich nur daran erinnern, noch in den 70er Jahren war es so eine Art Gesellschaftsspiel zueinander zu sagen: "Du hast ein Helfersyndrom", wenn jemand etwas für andere tat. Das stammt aus der Zeit der Professionalisierung, wo die Bürger sich gesagt haben, das Helfen überlassen wir denen, die dafür bezahlt werden und die das als Professionelle besser können. Im privaten Sektor, im Familiensystem, war das natürlich anders. Was schwächer geworden war, war die Bereitschaft, nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch darüber hinaus zu helfen.

Ob man das nun moralisch denkt oder nicht, ist die große Frage. Ich habe niemanden gefunden, der von sich aus das

Wort Moral, wenn er etwas für den Nachbarn tut, auf sich bezieht. In der Modernisierung war das Wort Moral zu einem Schimpfwort geworden. Wir sind dabei, die Institution einer gesellschaftsfähigen Moral zum Helfen wieder ins Leben zu rufen - aber der Begriff ist nicht wichtig, viel wichtiger ist, dass die Menschen sich in der Realität engagieren. Moral wird überall abgelehnt. Das Interesse an Ethik dagegen hat seit den 80er Jahren sehr zugenommen - vorher war das ein Fremdwort. Mein Eindruck ist, dass wir in einer Zeit leben, in der wir einen moralischen Umbruch erleben - wo neue Bedingungen es erfordern, dass alte Moral ethisch reflektiert wird und neue Moral entsteht. Aber Moral funktioniert wohl nur in dem Maße, dass man das Wort gar nicht strapazieren muss, wo etwas in den Bereich des Selbstverständlichen übergegangen ist. In dem Sinne kann man wahrscheinlich den Begriff "Moral" im Alltag nur negativ gebrauchen. Wo es von alleine gut läuft, braucht man den Begriff an sich schon nicht mehr.

Wenn jemand sich für mehr Bürgerengagement in seinem Viertel einsetzen möchte - Was wären die ersten Schritte?

Nehmen wir als Beispiel eine Kirchengemeinde, die eignet sich als Ausgangspunkt oft besonders gut, weil Kirchengemeinden traditionell die ideale Größe eines Dritten Sozialraumes haben. "Kirchengemeinde" betrifft dabei nach meinem Verständnis nicht nur die, die zur Gemeinde gehören oder sich dazu bekennen, sondern alle, die zum Territorium gehören. Die gehören alle zur "Gemeinschaft der Heiligen". Eine Kirchengemeinde hat in der Regel einen Kirchenraum und einen Gemeinderaum, und zwar für relativ viele Menschen, das heißt, man hat eine Kostbarkeit, die man für das Stadtviertel, für den Dritten Sozialraum verwenden kann. Also, ...

... erstens: Man kann alle Gruppen, die sich im Stadtviertel mit sozialen Fragen befassen, einladen, einen Treffpunkt für Engagierte schaffen. Es gibt überall viele engagierte Gruppen, die aber oft alleine vor sich hinbröseln. Denen die Gelegenheit geben, sich kennenzulernen und mehr voneinander zu erfahren, wäre der erste Schritt. Das kann auch zu einem regelmäßigen Treff ausgebaut werden.

... zweitens: Ein anderer Schritt, der immer funktioniert, ist die Erweiterung des Besuchsdienstes zu einem stadtviertelbezogenen

nen Nachbarschaftsverein, der, ergänzend zum professionellen ambulanten Pflegedienst, psychosoziale Leistungen in die eigenen vier Wände bringt. Wenn ich einen Besuchsdienst weiter entwickle, sollten nicht nur die Menschen besucht werden, die zur Gemeinde gehören. Wenn ich Besuche durchführe, beispielsweise zu Geburtstagen, kann ich auch offenkundigen Hilfebedarf feststellen. Dann liegt der nächste Schritt nahe, nach Möglichkeiten zu suchen, die nicht von den Profis zu beschaffenen Leistungen zu den Menschen zu bringen: Begleitdienste, Einkaufshilfen, Gartenpflege, ... Da passiert es dann oft und wird einem dann auch aufgedrängt, dass man dafür auch Geld nimmt. Und in dem Maße, wo das passiert, schauen die Menschen in der Regel, ob der/die Besuchte das aufbringen kann oder ob eine Hilfe ganz kostenlos erbracht werden sollte.

... drittens: Menschen aller Generationen aus dem Kirchengemeineraum schließen sich nach dem Prinzip der Wahlverwandtschaft zu einem Projekt des generationenübergreifenden Siedelns zusammen.

... viertens: Jede Kirchengemeinde macht sich selbst (oder über einen Trägerverein) zum Träger einer stadtviertelbezogenen oder dorfbezogenen ambulanten Wohnpflegegruppe. Die Kirchengemeinde "resozialisiert" sich damit, sie realisiert das oberste biblische Gebot der "Einheit von Gottes- und Menschendienst". Symbolisch wird zugleich das andere biblische Gebot öffentlichkeitswirksam, nämlich mit den "Letz-

ten", also den Bedürftigen und der Verantwortung für sie zu beginnen.

"Leben und sterben, wo ich hingehöre": Wie weit entfernt sind wir von diesem Ziel?

Das kann lange, Jahre und Jahrzehnte dauern. Aber es ist aufregend mit anzusehen, wie so eine neue Kultur Millimeter für Millimeter an Land gewinnt. Man sieht, wie plötzlich kleine Dörfer Wohnpflegegruppen organisieren und auf diese Weise ermöglichen, dass Menschen mit Demenz im Dorf bleiben können. Zugleich entstehen neue Arbeitsplätze für Jüngere im Dorf. Hier in Hamburg haben wir vor einigen Jahren noch die Erfahrung gemacht, dass die ersten Wohngruppen für dementiell Erkrankte Probleme hatten hinsichtlich der Belegung. Das war noch zu fremd für alle. Das sieht inzwischen ganz anders aus. Versorgungssicherheit im Alter in jedem Stadtteil wird in Zukunft auch ein wirtschaftlicher Standortvorteil werden.

Literatur

Klaus Dörner: *Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem.* Paranus Verlag, Edition Jakob van Hoddis, 2007.

Kontakt

Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner
Nissenstraße 3
20251 Hamburg

Seniorenpolitik auf neuen Wegen: Das Projekt Neues Altern in der Stadt als kommunikativer Prozess

Birgit Ottensmeier, Bertelsmann Stiftung

Mit dem Projekt NAIS - „Neues Altern in der Stadt“ – hat die Bertelsmann Stiftung vor gut zwei Jahren begonnen, exemplarisch neue Wege einer demographisch verantwortungsvollen kommunalen Seniorenpolitik zu beschreiten. Sechs ganz unterschiedlich strukturierte Pilotkommunen stellten im Rahmen von NAIS ihre Altenpolitik auf den Prüfstand, um sie letztlich entsprechend den jeweiligen lokalen Gegebenheiten neu auszurichten: die beiden nordrhein-westfälischen Städte Altena und Hamm, Bruchsal in Baden-Württemberg, Eschwege in Hessen, das sächsische Glauchau, sowie die Stadt Stuhr in Niedersachsen. Die Teilnahme am NAIS-Pilotprojekt setzte dabei voraus, dass NAIS in den Kommunen durch eine entsprechende politische Beschlussfassung im Stadtrat frühzeitig breite Akzeptanz und Unterstützung erfuhr, Verwaltung und Akteure sich bereit erklärten partizipative kreative Methoden zur Weiterentwicklung ihrer Seniorenpolitik und Handlungsfelder zu erproben und darüber hinaus dem Projekt durch jede Kommune auch eine – wenngleich geringe – personelle Ressource zur Verfügung gestellt wurde.

Mitmachen erwünscht!

Der NAIS-Ansatz setzt grundsätzlich auf die Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements. Getragen von der Prämisse, dass nicht nur über die ältere Klientel, sondern vor allem mit dieser gesprochen werden müsse, besteht ein Kernelement des Pilotprojektes in seiner partizipativen Ausrichtung. Folgerichtig wurde in jeder NAIS-Pilotkommune gleich zu Beginn sowohl ein projektleitendes Tandem (Verwaltungsmitarbeiterin bzw. -mitarbeiter sowie ehrenamtliche Seniorin bzw. Senior) und auch ein Initiativkreis ins Leben gerufen, in dem möglichst alle lokalen Akteure eingebunden wurden: Vertreter aus der Kommunalpolitik, der Verwaltung, Anbieter von seniorenspezifischen Leistungen, die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Krankenkassen, Vereine und Verbände, die örtliche Wirtschaft sowie Angehörige aus den Gesundheitsberufen. Und

last but not least waren natürlich vor allem interessierte Bürger und ältere Menschen selbst eingeladen, sich in den Initiativkreis einzubringen. In der Analyse- und Zielfindungsphase des Projektes waren die Initiativkreise in den sechs teilnehmenden Kommunen die Dreh- und Angelpunkte bei der Bestandsaufnahme der kommunalen Seniorenpolitik sowie bei der Erarbeitung und Prioritätensetzung von Themenfeldern.

Auf zu neuen Ufern: Leitbilder geben den Weg vor

Zentrales Kennzeichen einer zeitgemäßen kommunalen Seniorenpolitik besteht in der Thematisierung gemeinsamer Wertevorstellungen im Sinne eines Leitbildes zur Orientierung und Ausrichtung in der Seniorenpolitik. Diese Leitbilder wirken umso stärker, je mehr kommunale Akteure und „Schlüsselpersonen“ in seine Entwicklung und Formulierung eingebunden waren. Nicht nur das „Endprodukt Leitbild“ ist wichtig, sondern der Weg dorthin.

Zu Beginn der Analyse- und Zielfindungsphase 2006 wurde in fast allen Pilotkommunen der Entwurf eines Leitbildes für die Seniorenpolitik erarbeitet. Es sollten hierbei die langfristigen Ziele und allgemeinen Grundsätze für die Entwicklung der Gemeinde formuliert werden. Dieses beinhaltete, dass das Leitbild Ausgangspunkt jeder langfristigen politischen (strategischen) Planung war. Gleichzeitig wurde mit der Erarbeitung eines Leitbildes ein wesentliches Ziel von NAIS unterstrichen: Alle Ideen und Konzepte, die während der Projektlaufzeit angestoßen wurden, sollten nachhaltig in den teilnehmenden Kommunen wirken und miteinander verbunden sein.

Im Rahmen des NAIS-Ansatzes war es insbesondere von Bedeutung, dass bei der Entwicklung des Leitbildes von Anfang an auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Seniorinnen und Senioren beteiligt wurden. Die Seniorinnen und Senioren, aber auch der gesamte Initiativkreis NAIS sollten das Leitbild als Multiplikatoren in ihre Institutionen, Vereine und Gruppen hineintragen.

Vorgehen in Altena, Eschwege und Bruchsal

In Altena, Eschwege und Bruchsal wurde der Leitbildentwurf im Rahmen einer Zukunftswerkstatt erarbeitet. Dieser Prozess

begann mit der so genannten Beschwerde-/Kritikphase. Hier sollten die Teilnehmerinnen – unter der Vorgabe, auch selbst einmal in der betreffenden Kommune alt zu werden – auf Karten all die Probleme der Stadt und die Ängste und Befürchtungen insbesondere der älteren Bürger sammeln, die bereits bestehen oder zukünftig zu erwarten sind.

Die identifizierten Problembereiche sind in den drei Kommunen vergleichbar und beziehen sich insbesondere auf

- eine unzureichende bzw. fehlende Infrastruktur auch kultureller Art,
- mangelnde altengerechte Wohnmöglichkeiten,
- Vereinsamung und Isolation,
- Altersarmut bzw. Angst davor,
- fehlendes Miteinander der Generationen sowie ein negatives Altersbild.

Im nächsten Schritt – der Phantasiephase – wurden die eruierten Problembereiche mit Utopien belegt und somit ins Positive gewendet. Damit sich alle Teilnehmer ein besseres Bild dieser positiven Sichtweise machen konnten, wurden im Anschluss die in den Kleingruppen erarbeiteten Utopien in ein szenisches Spiel eingebaut, das im Plenum vorgeführt wurde.

In der Entwicklungs-/Verwirklichungsphase wurden die Negativaussagen zu der jeweiligen Problembeschreibung zusammengefasst. Ein positiver Leitsatz, der sich aus den Ideen der Utopiephase ableiten ließ, wurde jeweils angefügt.

Vorgehen in Glauchau und Stuhr

In Glauchau und Stuhr wurden in einem zweitägigen Workshop zunächst Altersbilder und Konzepte über das Altwerden der Teilnehmerinnen in Bezug auf die Gegenwart und die Zukunft erfragt. Unter der Überschrift „Wenn man älter ist, dann...“ bzw. „Ein älterer Mensch wird in Zukunft...“ nannten in der Einführungsphase die Teilnehmerinnen positive und negative Zuschreibungen für das Alter. Anschließend wurden unterschiedliche Themenkomplexen auf die kommunale Situation bezogen. Kleingruppen gingen der Frage nach, welche Rolle aktive, mobile, leistungsfähige Seniorinnen in der Kommune zukünftig spielen und was für diese im Hinblick auf

die anwachsende Anzahl Älterer charakteristisch sein sollte.

In der sich anschließenden Konkretisierungsphase wurde überprüft, welche Merkmale und Kriterien die Kommunen und deren Stadtteile aufweisen sollten, wenn sie als „altengerecht“ gelten wollten, und anschließend überprüft, in welchen Lebensbereichen von älteren Bürgerinnen selbstständig Ideen verwirklicht und umgesetzt werden könnten.

Aus diesem Verfahren wurden folgende Problembereiche herausgearbeitet:

Glauchau

- Erreichbarkeit sozialer, öffentlicher, kultureller Einrichtungen sowie von Geschäften, Apotheken etc.
- Barrierefreies Bauen
- Medizinische, insbes. fachärztliche Versorgung
- Allgemein die Versorgung der Randgebiete
- Öffentliche Sanitäreanlagen
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Freizeit- und Erholungsgebiete
- Subjektive Sicherheit im öffentlichen Raum

Stuhr

- Unzureichende Anbindung an den ÖPNV
- Unpassende Wohnformen
- Die Ländergrenzen (Niedersachsen/Bremen) bei der medizinischen Versorgung
- Versorgung mit den Waren des täglichen Bedarfs (Lebensmittel etc.)
- Abwanderung von Senioren in die benachbarte Großstadt (Bremen)
- Kein Stadtzentrum/Ortskern
- Keine Gemeindeidentität
- Die Position der Gemeinde innerhalb des Landkreises sowie die wirtschaftliche Situation des Landkreises

Den Abschluss dieses Leitbildvorgehens bildete in der Integrationsphase die Fragestellung, welche zentralen Aussagen und Elemente in das Leitbild der Kommunen aufgenommen werden sollten.

Erfahrungen

Die hier dargestellten Verfahren stellten die ersten Arbeitsschritte zur Formulierung des Leitbildes dar. Bis Ende 2006 wurden die Leitbilder von den jeweiligen Initiativkreisen unter Hilfestellung der Bertelsmann Stiftung ausformuliert und endredaktionell überarbeitet. Im November/Dezember 2006 wurde das Leitbild dann im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung interessierten Bürgerinnen vorgestellt. Die vorläufigen Leitbilder sollten in allen Kommunen bis Ende 2006 von den politischen Verantwortungsträgern verabschiedet werden. Die Entwicklung des Leitbildes entsprach mit beiden Verfahren einem Prozess der Sichtbarmachung von Stärken und Schwächen in den Kommunen sowie der Formulierung von Vorstellungen, deren Ziele anschließend erarbeitet und umgesetzt werden sollten. Die Güte dieses Prozesses kann als hoch bewertet werden angesichts der Zufriedenheitsergebnisse zum Thema Leitbild und der Bewertung der Handlungsempfehlungen.

Kennzeichen: Partizipation

Neben Leitbildentwicklungen gilt auch Partizipation der älteren Bürgerinnen und Bürger als unerlässliche Voraussetzung für die Gestaltung und Umsetzung sozialer Prozesse. Vor allem geht es dabei um die konkrete Mitwirkung an den sie selbst und ihre Lebenslagen betreffenden Entscheidungsprozessen in ihren Stadtteilen, Wohngebieten und allgemein „im öffentlichen Raum“. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, dass Partizipation unterschiedliche Grade bzw. Stufen erreicht von der reinen Information bis hin zur Selbstverwaltung. Es ist unerlässlich, sich im Vorfeld der Beteiligungsverfahren und kommunikativen Prozesse Klarheit über die jeweiligen Vorstellungen, Erwartungen und Rahmenbedingungen hinsichtlich der Partizipationsstufen zu verschaffen bzw. diese gemeinsam festzulegen.

Partizipative Verfahren in NAIS

Um in den Kommunen zukünftige Themen herauszuarbeiten – von der wohnortnahen Versorgung über neue Wohnformen bis zur Gesundheitsförderung – wurden moderierte Gruppenverfahren eingesetzt. Eine davon war die Szenariomethode.

Die Szenariotechnik ist eine Planungsmethode, die auf der Entwicklung und Analyse unterschiedlicher „Zukünfte“ beruht. Szenarien sind weder wissenschaftlich abgesicherte Prognosen noch Utopien ohne Realitätsbezug. Szenarien sind „sprachlich ausformulierte, hypothetische Zukunftsbilder von sozio-ökonomischen Problemfeldern, die möglichst viele alternative Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen, systematisch entwickelt werden und in ihrer Entstehung für andere nachvollziehbar sind“ (Thomas Retzmann: Die Szenariotechnik. Eine Methode für ganzheitliches Lernen im Lernfeld Arbeitslehre. Abrufbar unter: <http://www.sowi-online.de/methoden/dokumente/retzmszen.htm>)

Bei der Szenariotechnik werden im Allgemeinen drei Grundtypen von Szenarien entwickelt:

1. das positive Extremszenario, bei dem Aussagen zur bestmöglichen zukünftigen Entwicklung getroffen werden („best-case-scenario“);
2. das negative Extremszenario, bei dem Aussagen zur schlechtestmöglichen zukünftigen Entwicklung getroffen werden („worst-case-scenario“ oder „Horrorszenario“);
3. das Trendszenario, das die zukünftige Entwicklung unter der Annahme stabiler Umweltentwicklungen darstellt („Weiter-so-wie-bisher-Szenario“).

Umsetzung

Die Szenariomethode kam während der Analyse- und Zielfindungsphase in den Pilotkommunen Altena, Bruchsal und Eschwege zum Einsatz.

Dafür wurden die im Rahmen der Leitbildworkshops ermittelten Probleme/Handlungsfelder für ältere Menschen verwendet. Auf dieser Grundlage wurden die Ziele für die zukünftige Ausgestaltung der Senioren-

politik erarbeitet. In sieben aufeinander aufbauenden Treffen („Werkstätten“) wurden jeweils kommunalspezifische Szenarien erarbeitet.

Beim ersten Treffen wurden die Teilnehmenden mit der Szenariomethode bekannt gemacht. Inhaltlich wurde insbesondere der Frage nachgegangen, welches die Einflussfaktoren der identifizierten Probleme und Handlungsfelder sind. Die Einflussfaktoren wurden hinsichtlich ihres Verhältnisses untereinander sowie ihrer Veränderungsmöglichkeiten durch die Kommune diskutiert.

In der zweiten Szenariowerkstatt wurden die Einflussfaktoren mittels qualitativer und quantitativer Informationen („Deskriptoren“) weiter differenziert. Ziel war die Bestimmung messbarer Einflussfaktoren zur künftigen Lebenssituation älterer Menschen sowie die Einschätzung der zukünftigen Lebenslage dieser Bevölkerungsgruppe.

Die dritte Szenariowerkstatt stand im Zeichen eines Expertenhearings. Je drei bis vier Experten (Kommunalplaner, Gerontologen, Pflegeexperten) diskutierten mit den Teilnehmenden, welchen Einfluss die Deskriptoren auf das zukünftige Leben in der Kommune haben werden, wie die Deskriptoren zu bewerten sind und in welchem Zusammenhang sie stehen („Faktorenvernetzung“).

Das vierte Treffen wurde genutzt, um positive und negative Trendprojektionen zu erarbeiten. Hierbei wurde insbesondere der Frage nachgegangen, wie sich die Deskriptoren bis 2020 im Extremfall (positiv oder negativ) entwickeln.

Im Anschluss wurden beim fünften und sechsten Treffen die Szenarien entwickelt. Hintergrund bildeten die Deskriptoren, die nach Bedeutung geordnet und in ihrer Entwicklung bis zum Jahr 2020 projiziert wurden. Ziel war die Beschreibung der kommunalen Lebenssituation (sowohl im besten als auch im schlimmsten Fall) älterer Menschen für das Jahr 2020.

Bevor das Ergebnis in der Kommune präsentiert wurde, erfolgte in der siebten Szenariowerkstatt die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene, die sich auf die in positiven Szenarien beschriebenen Ideen stützen.

Die erarbeiteten Szenarien (best- bzw. worst-case) wurden der Öffentlichkeit in den Kommunen Ende 2006 auf einer Bürgerversammlung vorgestellt. Der Ausblick

für ein Leben in der Kommune im Jahr 2020 im schlimmsten und im besten Fall wurde durch ein Theaterstück dargeboten. Darüber hinaus wurden die weiteren geplanten Maßnahmen präsentiert.

Da die Szenarien möglichst datengestützt erarbeitet werden sollten, aber kaum entsprechende Informationen in den Kommunen zu finden waren, wurde eine schriftliche Seniorenbefragung durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Befragung konnten für die meisten Deskriptoren kommunalspezifische Daten ermittelt werden, die dann Eingang in die Szenarioformulierung fanden.

Erfahrungen

Die Szenariotechnik stellt eine zeitintensive Methode dar. Die Teilnehmerinnen der Szenariotechnik wurden jedoch stark sensibilisiert für zukünftige Entwicklungen in ihrer Kommune: Denn auf der einen Seite wurde durch die Negativszenarien deutlich, wie sich die Kommunen entwickeln können, wenn nicht gehandelt wird. Auf der anderen Seite stellten die Positivszenarien die Chancen einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik dar. Die Szenariotechnik hat eindrucksvoll gezeigt, dass eine positive Zukunft denkbar ist, wenn möglichst viele Bürgerinnen aktiv an der Gestaltung mitwirken.

Seniorenexperten-Workshops

Die Durchführung von Seniorenexperten-Workshops hatte – ebenso wie die anderen verwendeten Methoden – das Ziel, vorhandene bürgerschaftliche Kompetenzen sowie kommunale Kenntnisse und Strukturen zu nutzen, um Projektideen zu entwickeln und diese anschließend durch interessierte Bürgerinnen auch voranzutreiben und zu vernetzen.

Bei den Seniorenexperten-Workshops wurden Seniorinnen als Experten in eigener Sache verstanden und angesprochen. Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass ältere Menschen Kompetenzen und Wissen besitzen, die sie für ihre Kommunen bereitstellen können und wollen. Auch wenn diese Erkenntnisse nicht wissenschaftlich abgesichert sind, so stellen sie dennoch wertvolles Erfahrungswissen dar. Um dieses Wissen und Erfahrungen zu „inszenieren“ und abzurufen, bedarf es Methoden wie dem Seniorenexperten-Workshop.

Neben dem Wissenstransfer bieten Seniorenexperten-Workshops auch die Möglichkeit der Qualifizierung für bereits engagierte Ältere. Senioren bekommen so die Gelegenheit, sich systematisch und projektbezogen mit kommunalen Themenstellungen auseinanderzusetzen, die für sie von Interesse sind.

Die Seniorenexperten-Workshops wurden in Stuhr und Glauchau im Anschluss an die Leitbildworkshops durchgeführt.

In beiden Pilotkommunen wurden jeweils zwei Seniorenexperten-Workshops durchgeführt. Der erste Workshop hatte die Zielrichtung, künftige Anforderungen an die Stadt und an die kommunale Politik von Seiten der Generation „55+“ zu formulieren. Problem- und Konfliktfelder aus dem Leitbildworkshop wurden hier zum Teil wieder aufgegriffen und methodisch weiter bearbeitet. In einem zweiten Schritt eruierten die Akteure die kommunalen Anforderungen und drückten ihre Erfahrungen und Eindrücke im Rollenspiel aus.

Im zweiten Workshop wurden die Problem-/Konfliktfelder sowie Anforderungen ausgewertet und daraus resultierende Schlussfolgerungen gezogen. Neben der Einbindung und Bündelung der Ergebnisse aus dem ersten Workshop stand vor allem die Darstellung der Zwischenergebnisse vorangegangener kommunaler Datenerhebungen im Vordergrund. Diese sollten das Leitbild quantitativ anreichern und vorhandene Datenlücken aufzeigen. An dieser Stelle erwies sich die quantitative Erweiterung des Leitbildes in beiden Pilotkommunen als problematisch, da bislang noch nicht ausreichend Daten zusammengetragen worden waren. Insofern wurde ausschließlich dem zweiten Aspekt Rechnung getragen, da deutlich wurde, in welchem hohem Maße verlässliche und belastbare Daten in ausgewählten seniorenspezifischen Bereichen planungsrelevant sind.

Vor dem Hintergrund, Tätigkeitsfelder zu identifizieren und reale Projekte zu initiieren, die möglichst eigenständig von Seniorinnen im Rahmen von Bürgerengagement und Selbstorganisation durchgeführt werden sollten, wurden in Glauchau und Stuhr zweitägige „Open-Space-Konferenzen“ durchgeführt. Bei Open-Space-Konferenzen handelt es sich um Großgruppenveranstaltungen mit einer reduzierten Lenkung. Die unter einem Thema stehenden Diskussionspunkte und die entsprechenden Arbeits-

gruppen werden nicht vorgegeben, sondern während der Veranstaltung entwickelt. Die Arbeitsgruppen sind „offen“, d.h. Teilnehmer sollen zwischen den Arbeitsgruppen „pendeln“. Die Veranstaltungen waren so konzipiert, dass zunächst in einer freien Kreativphase verschiedene Ideen gesammelt wurden. Diese wurden dann in einer zweiten Phase hinsichtlich Projektthemen mit dem Ziel konkretisiert, diese in Arbeitsgruppen selbstständig umzusetzen. Folgende Projektideen wurden entwickelt:

Glauchau:

1. Zeitzeugen/Erfahrungswissen
2. Bildung und Weiterbildung für Senioren
3. Attraktivität der Innenstadt für Alt und Jung: „Glauchau zieht uns an“
4. Miteinander/Dialog der Generationen
5. Verschönerung der städtischen Anlagen

Stuhr:

1. Neue Wohnformen
2. Infopool und Anlaufstelle
3. Mehrgenerationenprojekt „...von 0 auf 100“
4. Neue Transportwege/Bürgerbus
5. Die mobile „Tante Emma“
6. Ein Park für jeden Stadtteil

In dem darauf folgenden Koordinierungstreffen sollten die Arbeitsgruppen der Projektideen ihre Zwischenergebnisse darstellen und aufzeigen, welche Unterstützung sie auch seitens der Kommune benötigten. Darüber hinaus wurde auf diesem Treffen die Auswahl für das von der Bertelsmann Stiftung unterstützte Schwerpunktthema getroffen.

In beiden Pilotkommunen wurden die Bürgerinnen zum Abschluss über die Ergebnisse des Analyse- und Zielfindungsprozesses informiert. In Glauchau fand eine Informationsveranstaltung statt, bei der gleichzeitig um weitere Mitarbeit in den Arbeitsgruppen geworben wurde. In Stuhr wurden die Bürgerinnen anhand eines Bürgerbriefs informiert.

Seniorenexperten-Workshops stellen ein kommunikatives Verfahren dar, bei dem sich Seniorinnen in einem Prozess ihrer Einschätzungen und Bewertungen bewusst werden und sich darüber austauschen können. Aus diesen einzelnen, ganz persönlichen Meinungen – in diesem Fall zum Thema „Älter werden in der Kommune“ – werden stabile Bewertungen, die auf begründeten Kriterien beruhen.

Fazit

NAIS stellte in fast allen Pilotkommunen in 2006 und 2007 die Initialzündung dar, um mit einem partizipativen Ansatz Handlungsfelder des zukünftigen Engagements in der Seniorenpolitik zu erarbeiten. Das Projekt leistete bei der Identifizierung von Themenschwerpunkten und der Erarbeitung von „maßgeschneiderten“ Handlungsempfehlungen wertvolle Unterstützung. Die inhaltlichen Schwerpunkte, für die sich die Akteure in den sechs Pilotkommunen entschieden, waren dabei genau so unterschiedlich, wie die Voraussetzungen und Problemlagen in den Kommunen selbst.

Einen Königsweg für eine seniorenfreundliche und damit zukunftsfähige Kommune gibt es dabei nicht, denn nur „maßgeschneiderte“, also auf Basis der konkreten Gegebenheiten vor Ort entwickelte Ergebnisse, sind auch „gute“ Ergebnisse im Sinne der Nachhaltigkeit.

Letztlich steht und fällt der Erfolg eines solchen kommunalen Projektes mit der möglichst breiten Einbeziehung aller Personengruppen, die mit Seniorenthemen zu tun haben. Bürgerschaftliches Engagement bedarf dabei der expliziten Wertschätzung und Unterstützung durch Politik und Verwaltung. Und nicht zu vergessen: eine nachhaltige Neuausrichtung der kommunalen Altenplanung und Seniorenpolitik muss auch von den Spitzen in Politik und Verwaltung „gewollt“ sein. Selbst die engagiertesten Bürger haben es schwer, etwas zu bewegen, wenn ihr Anliegen nicht von den maßgeblichen Entscheidern in ihrer Kommune mitgetragen oder im Idealfall sogar zur „Chefsache“ gemacht wird.

Kontakt

Birgit Ottensmeier
Bertelsmann-Stiftung
Aktion Demographischer Wandel
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Telefon: 05241/81-81205
Telefax: 05241/81-681205

E-Mail: birgit.ottensmeier@bertelsmann.de

Link:
www.bertelsmann-stiftung.de

Die Rolle von Nachbarschaften in der Wohnberatung

Susanne Tyll, Beratung | Fortbildung | Projektentwicklung, Krefeld

Die meisten Kolleginnen und Kollegen haben bei meiner Frage nach der Rolle der Nachbarn in der Wohnberatung zunächst kurz gestutzt, aber alle konnten etwas zum Thema beitragen. Natürlich spielen Nachbarn, insbesondere funktionierende Nachbarschaften, eine große Rolle, wenn es um die Frage geht, ob der oder die Ratsuchende in der vertrauten Wohnung weiter wohnen bleiben kann. Auch bei der Entscheidung, welche sonstige alternative Wohnform in Betracht kommt, ist diese Frage wichtig. Verschiedene Kolleginnen berichteten, dass beim Einzug ins Betreute Wohnen neben den Nachbarn auch die vertraute Umgebung, das bekannte, gewohnte, Sicherheit vermittelnde Quartier große Bedeutung hat. So sagte z.B. ein 92-Jähriger, als es um den Einzug in ein ca. drei Kilometer entferntes Betreutes Wohnen ging, dass er gerne vom Fenster aus Nachbarn zuwinke oder sie im anliegenden Supermarkt treffen möchte. "Das lohnt sich nicht mehr, in meinem Alter umzuziehen. Da bleibe ich lieber in meiner vertrauten Wohnung."

Vielen Älteren ist es wichtig, bekannt zu sein im Quartier und erkannt zu werden, auch in der Hoffnung, dass auffällt, wenn einem etwas passiert, wenn man sich nicht mehr zu den üblichen Zeiten auf den Weg macht und die Nachbarn sich dann kümmern. Nachbarn bedeuten Sicherheit, Vertrautheit, aber auch Vertrauen haben und das Gefühl der Zugehörigkeit. Nachbarn unterstützen manchmal bei vorpflegerischen Leistungen. Sie bringen Getränkekästen mit, tragen schwere Tüten ins Haus und besorgen Informationsbroschüren aus der Beratungsstelle. Teilweise lassen sie sich, so berichtete eine Wohnberaterin manchmal sogar selbst beraten, um die Informationen bei einem anstehenden Umzug an die Ratsuchenden weiter zu geben. Nachbarn helfen auch, wenn es bei einem Umzug um die Renovierung der Wohnung geht.

"Gut, wenn es funktionierende Nachbarschaften gibt", so eine Wohnberaterin. "Man kann sie anrufen, auch mal ein Schwätzchen halten, insbesondere, wenn man nicht mehr so mobil ist. Gute Nachbarschaften tragen wesentlich zum Wohlbefinden bei."

Für das Wohlfühlen spielen Nachbarn eine große Rolle, durch Kontakt, das Gefühl der Geborgenheit und Kommunikationsmöglichkeiten. Wenn man mit seinen Nachbarn nicht zu Recht kommt, kann das die Motivation steigern, ins Heim oder ins Betreute Wohnen umzuziehen. Dies wird dann des Öfteren mit der Idee verbunden, dass es dort viele Menschen in der gleichen Lebenssituation gibt und deshalb die Nachbarschaft besser sein wird.

Allerdings können gemeinsam älter werdende bzw. hochaltrige Nachbarschaften und Quartiere auch ein Problem sein, denn Hilfsbereitschaft, die früher selbstverständlich und auch leistbar war, ist dann öfters nicht mehr möglich, weil die Nachbarn gleich alt sind und ähnliche körperliche Beschwerden haben. So reizvoll die Situation zu sein scheint, wenn alle gleich jung sind beim Einzug, so viel schwieriger kann es unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Hilfeleistung werden, wenn alle Bewohner/innen des Quartiers gemeinsam alt werden.

Obwohl Betreutes Wohnen meist mit mehr Kontakt und mehr Aktivitäten in einer barrierefreien Wohnung verbunden ist, sagte eine ältere Rollstuhlfahrerin, dass sie in ihrer alten, nicht wirklich geeigneten, Wohnung wohnen bleiben wolle. "Hier weiß ich, was ich habe", und hier gibt es kurze Wege. Früher hat sie auch für die Nachbarn mittags mit Essen gekocht. Das geht jetzt zwar nicht mehr, aber die Nachbarn unterstützen sie, wenn sie Hilfe braucht, und das ist Grund genug für sie, in der vertrauten Umgebung zu bleiben.

In eher wohlhabenden Gegenden spielen Nachbarschaften eine andere Rolle als zum Beispiel in Bergarbeitersiedlungen. In letzteren war schon immer teilweise aufgrund knapperer finanzieller Möglichkeiten mit Nachbarschaft auch Hilfestellung verbunden. In Quartieren mit eher wohlhabenden Bewohner/innen werden diese Nachbarschaftsdienste zum Teil durch Dienstleistungen ersetzt.

Gute Nachbarschaften zahlen sich also aus und können sich auch finanziell auszahlen, wie eine Kollegin aus einer städtischen Beratungsstelle berichtete: Eine 98-jährige Frau lebt seit sechs Jahren in der 5. Etage unterm Dach eines Hauses. Es gibt einen Aufzug in der Hochparterre, der im Erdgeschoß über sechs Stufen zu erreichen ist, vom Fahrstuhl muss sie oben nochmals 12

Stufen zu ihrer Wohnung überwinden. Sie rief die Wohnberatung an, weil sie sich beim Einsteigen in die Sitzbadewanne sehr unsicher fühlt. Dies bestätigte sich beim Hausbesuch, als die Frau der Wohnberaterin angezogen vormacht, wie sie normalerweise in die Sitzbadewanne steigt: Sie setzt sich zunächst auf den Toilettensitz und benutzt diesen als Einstieghilfe (gleiche Höhe) in die Sitzbadewanne... Die Frau bezieht Grundsicherung und hat eine sehr gute Nachbarschaft, die ihr bei vielen Dingen behilflich ist. Die Frau möchte auf gar keinen Fall ausziehen. Für die Durchführung der Maßnahme gibt es eine ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung. Obwohl sie aufgrund nicht ausreichender Behinderung keinen Anspruch auf Eingliederungshilfe als Muss-Leistung hat, bekommt sie den Einbau einer flachen Duschtasse über die Eingliederungshilfe als Kann-Leistung als Maßnahme der Unfallprävention bzw. der Prävention einer Behinderung finanziert.

Nachbarschaft gewinnt nicht nur für Ältere zunehmend an Bedeutung, aber insbesondere für sie, weil immer mehr Familien weit

voneinander entfernt wohnen bzw. auch gar keine Angehörigen in der Nähe leben, so dass bei täglichen Kleinigkeiten der Unterstützung Nachbarn eine größere Bedeutung gewinnen, auch weil Freunde oft genauso alt sind wie man selbst und die räumliche Nähe der Nachbarn die Hilfeleistung oft deutlich einfacher macht.

Kontakt

Susanne Tyll
Beratung | Fortbildung | Projektentwicklung
Linner Str. 7
47829 Krefeld

Telefon: 02151/46158

Telefax: 02151/472862

E-Mail: mail@susannetyll.de

Link:

www.SusanneTyll.de

Ansätze, Konzepte und Methoden

Wege zur Initiierung eines Quartiersprojektes

Von Holger Stolarz und Ursula Kremer-Preiß, Kuratorium Deutsche Altershilfe

Um in Zukunft eine bedarfsgerechte Versorgung älterer Menschen zu sichern, wird es nicht nur darum gehen, einzelne besonders zukunftsfähige Wohnformen zu entwickeln und zu verbreiten. Ebenso wichtig ist die Vernetzung und Integration dieser Wohn- und Betreuungsmodelle in bestehende Versorgungsstrukturen und Wohngebiete. Vernetzte Altenhilfslösungen sind wesentliche Bedingungen zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen. Daher kommt quartiersbezogenen Wohnkonzepten, die auf eine kleinräumige Vernetzung und Integration unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsangebote ausgerichtet sind, in Zukunft eine zentrale Bedeutung zu.

Es braucht einen Initiator und Kümmerer

Zunächst muss ein Interesse an einem solchen Projekt bestehen, zum Beispiel von Bürgern eines Viertels oder eines Wohnblocks, die einen Bedarf an Hilfen und Vernetzung haben und sich beispielsweise zu einer Bürgerinitiative zusammenfinden. Oder es besteht das Interesse einer Kommune oder eines Trägers der Altenhilfe, eine koordinierte und flächendeckende Angebotsstruktur zur Unterstützung älterer Mitbürger im Stadtteil einzurichten. Oder ein Wohnungsunternehmen hat das Interesse, ihren älteren Mietern Hilfen anzubieten, damit sie länger im Bestand wohnen bleiben können. Es braucht einen (oder mehrere) Initiator(en), der/die hinter der Idee steht/stehen: Einen Ideenhaber, Ideenfinder oder Ideengeber, der engagiert die ersten Schritte in die Wege leitet. „Wer das letztendlich macht, ist egal. Aber Hauptsache, da wird was angedacht, da werden Türen geöffnet und es kommen Menschen zusammen“, so eine Praktikerin. Das kann eine Bürgerinitiative sein, ein Pflegedienst, eine Einrichtung der Wohlfahrtspflege, ein Wohnungsunternehmen oder eine Kommune. Unabhängig davon, wie man beginnt, braucht ein Quartiersprojekt vor allem in der ersten Zeit einen „Kümmerer, der es am Leben erhält und der auch Frustrationstoleranz hat“, sagt einer der Praktiker.

Kooperationspartner einbinden

Nach Aussage der meisten Akteure von Quartiersprojekten ist es von besonderer Bedeutung, die vor Ort bereits aktiven Vereine und Institutionen mit ins Boot zu nehmen: Kooperationspartner können so gewonnen, vorhandene Kompetenzen eingebunden und Konkurrenzen abgebaut werden. Von Anfang an ist darauf zu achten, was die Bürger eines Quartiers, oder die Nachbarn eines Wohnprojekts wollen, um nicht am Bedarf vorbei zu planen. Auch Träger von einzelnen Wohnprojekten sollten gemeinwesenorientiert denken, „rein in den Stadtteil und von da aus organisieren“, so eine Praktikerin. Runde Tische mit allen Interessierten - den bisher schon vor Ort Aktiven, der Kommune, der Kirchengemeinde und bekannten Persönlichkeiten wie Ärzte oder Pfarrer, zu denen die älteren Menschen Vertrauen haben - sind geeignete Instrumente. Besonders erfolgreich sind Konzepte, die von allen Beteiligten gemeinsam entwickelt und daher auch mitgetragen werden.

Beginnen mit dem Baustein „Soziales“

Überwiegend plädieren Praktiker und Experten für einen Beginn mit dem Baustein „Soziales“. Die Einrichtung von Begegnungsräumen und Nachbarschaftstreffs fördert den Kontakt untereinander und die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement in einem Wohnquartier und bildet einen wichtigen Ausgangspunkt für Selbsthilfe und Hilfe untereinander.

Verknüpfung baulicher Angebote

An den Anfang gehören zudem Beratungsangebote und die Vermittlung von Diensten sowie möglichst auch bauliche Maßnahmen in den „normalen“ Wohnungen. Soziale Angebote und die Anpassung der Wohnungen einschließlich der hierfür erforderlichen Wohnberatung sollten also von Anfang an miteinander verknüpft werden. Damit ist schon viel für die Unterstützung des selbstständigen Wohnens der Bewohner erreicht. Pflegeangebote, auch stationäre, können dann hinzukommen. Dabei ist es wichtig, dass diese quartiersbezogen organisiert und auch koordiniert werden.

Auch, wenn die oben genannten Bausteine eine wichtige Rolle bei der Umsetzung spielen, kann auch der umgekehrte Weg erfolg-

reich sein: So wurde z.B. mit der Einrichtung einer Anlage des Betreuten Wohnens in Verbindung mit einem Pflegestützpunkt begonnen. Zu diesen Betreuungsangeboten sind dann Gemeinschaftsangebote und Beratungsangebote für das Quartier hinzugenommen worden.

Kooperationsmodelle und -formen

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal von Quartiersprojekten ist, welche Akteure solche Projekte in die Wege leiten und umsetzen. Meistens arbeiten i. d. R. mehrere Akteure zusammen. Diese sind vor allem:

- Altenhilfeträger/Sozialträger
- Wohnungsunternehmen
- Kommunen
- Bürgerschaftliche Initiativen

Von besonderem Interesse erscheint es, dass bei Quartiersprojekten neben den etablierten Akteuren von baulichen und sozialen Angeboten „neue“ Akteure auf den Plan getreten sind. Dabei handelt es sich einmal um in unterschiedlichen Organisationsformen zusammengeschlossene Initiativen von Betroffenen bzw. interessierten Bürgern eines Wohnquartiers. Neben bürgerschaftlichen Initiativen gibt es auch unter den Anbietern von Diensten (Altenhilfe/Sozialträger) neue Gruppierungen, wobei vor allem trägerübergreifende Verbände interessant sind.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure haben sich im Wesentlichen zwei Modelle als Kooperationsformen herausgebildet:

- formal geregelte Kooperation (z.B. Verein, Arbeitsgemeinschaft) mit Kooperationsvertrag
- informelle Kooperation (z.B. Absprachen und Informationsaustausch)

Die formelle Kooperation kann beinhalten, dass ein Träger die Koordination übernimmt oder aber, dass alle Akteure gleichberechtigt sind. Gerade bei der informellen Kooperation spielt auch die Art der Angebotsorganisation eine Rolle. So gibt es z.B. Quar-

tiersprojekte, bei denen ein oder mehrere Bausteine von einem Träger bzw. Trägerverbund angeboten werden, während andere Angebote (häufig ambulante Pflegedienste) nur indirekt eingebunden sind, indem diese zwar im Quartier tätig sind, aber in ihrer Organisationsstruktur großräumiger agieren.

Kooperationen sind ein Lernprozess. Altenhilfeträger, Sozialträger, Wohnungsunternehmen und Kommunen müssen lernen, wirklich zusammenzuarbeiten. Sie müssen sich zudem öffnen für die Bedürfnisse der Bürger vor Ort und die Bürgerbeteiligung aktiv betreiben. Es ist erforderlich, sich immer wieder an veränderte Bedingungen anzupassen, sei es durch Hinzunehmen weiterer Kooperationspartner, oder durch eine Veränderung der Angebotsstruktur, wenn zum Beispiel das Durchschnittsalter der Bewohner eines Wohnviertels ansteigt. Für das Gelingen einer Kooperation ist es nach Meinung der Praktiker wichtiger, dass ein Konzept gemeinschaftlich erarbeitet und dadurch von allen Beteiligten unterstützt wird. Es geht vor allem darum, dass das Projekt von einer breiten Basis getragen wird und dass Zuständigkeiten klar herausgearbeitet werden. Auf der Grundlage sinnvoller Überlagerung sollten die Zuständigkeiten klar geregelt sein, um die jeweiligen Kompetenzen besser einsetzen zu können. „Was für uns bei allen Projekten, die wir machen, am allerwichtigsten ist, dass wir zuerst gucken, was es im Quartier gibt. Man darf nicht gegen etwas arbeiten, was bereits im Quartier vorhanden ist. Ein solches Projekt funktioniert nur, wenn es gelingt, die Akteure, die schon vor Ort arbeiten, mit ins Boot zu nehmen“, so die Akteurin eines quartiersbezogenen Wohnprojekts.

Rolle der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier

Aus vielen (guten) Gründen ist die Rolle der Quartiersbewohner als mitwirkende oder als treibende Kraft das entscheidende Verfahrenselement erfolgreicher Quartiersprojekte. Mitsprache und Mitarbeit der Quartiersbewohner sind dabei vor allem aus zwei Gründen von großer Wichtigkeit: Zum einen geht es um die Bedürfnisse und Wünsche der Quartiersbewohner. Diese müssen gehört und bei der Planung berücksichtigt werden. Zum anderen sind ihre Ideen und Kompetenzen gefragt, um als Ressourcen in die Arbeit des Wohnprojekts oder Stadtvier-

tels einzufließen. Da finanzielle und damit vor allem auch personelle Ressourcen der Projekte begrenzt sind, kann der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern in Quartiersprojekten erheblich dazu beitragen, Zahl und Qualität der Angebote und deren Vernetzung im Projekt zu erhöhen. Bürgerschaftlich Engagierte arbeiten beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe und führen Dienstleistungen füreinander durch, sind aber auch selbst verantwortlich für die Planung und Durchführung eigener Projekte. Dies muss sich keinesfalls auf Nachbarschaftstreffs und Kommunikationszentren mit Kulturangeboten etc. beschränken, sondern kann auch ein komplexes Dienstleistungsangebot umfassen. Ohne eine Beteiligung der (alten und jungen) Bürger im Quartier geht es also nicht. Bürgerschaftliche Initiativen verfügen, wenn sie Initiator sind, allein meist nicht über die erforderlichen Mittel. Sie sind aber oft die treibende Kraft zur Initiierung von Quartiersprojekten und benötigen finanzkräftige und kompetente Partner, um ihre Ideen weiterentwickeln und umsetzen zu können. Vereine und Initiativen vor Ort können auch im weiteren Prozess als zusätzliche Kooperationspartner gewonnen werden, wie in einem Fall ein Kindergarten oder ein buddhistisches Zentrum. Dies schafft eine höhere Akzeptanz im Stadtteil, bündelt Kräfte und gewährleistet eine Vielfalt der Angebote.

Umfang und Formen der Mitwirkung

Es gibt allerdings sehr große Unterschiede, wie aktiv diese Rolle ist und wie weit die Mitbestimmung geht. Grundsätzlich lässt sich zwischen den zwei Modellen

- top down (Angebot von oben nach unten)
- und bottom up (Angebot von unten nach oben)

unterscheiden, wobei in der Praxis natürlich Mischformen vorkommen. Wenn die Projekte von der Konzeption her „von oben“ geplant werden, müssen in weiteren Schritten Bürger und Kooperationspartner beteiligt werden. Werden sie von „unten“ her aufgebaut, indem sich die Quartiersbewohner zusammenschließen und die Initiative ergreifen, müssen sie geeignete Kooperationspartner finden, mit denen sie die gewünschten Angebote im Quartier verwirklichen können.

Weitere Unterschiede bestehen darin, ob die Bürger bei wichtigen Fragen formell mitbestimmen können oder ob sie lediglich befragt und informiert werden. Zudem ist wichtig, ob sich die Mitwirkung auf die Planung und Entwicklung des Projekts oder vor allem auf die Durchführung sowie die Mitwirkung in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten bezieht.

Erfolgreiche Wege zur Förderung der Mitwirkung

Folgende Zugangswege zu den Quartiersbewohnern waren erfolgreich, wenn diese nicht ohnehin als (Mit-)Initiatoren am Projekt beteiligt sind:

In Quartiersprojekten, die von gemeinschaftlichen Wohnprojekten, Genossenschaften etc. ausgingen, konnte der Kontakt zu den Mietern durch die räumliche und organisatorische Nähe über direkte Ansprache und Mitgliederversammlungen aufgenommen werden, sodass mit einer Bürgerbeteiligung frühzeitig begonnen werden konnte. In großflächiger geplanten Projekten konnte beispielsweise der Seniorenbeirat eines Viertels die Rolle eines Vermittlers einnehmen, über den der Kontakt zu den Bürgern hergestellt wurde. Eine Reihe weiterer Multiplikatoren, die zu den Stadtteilbewohnern Zugang haben und denen sie vertrauen, wie der Arzt, der Pfarrer oder der örtliche Frauenverein, oder, wie ein Workshopteilnehmer sie umschrieb, andere „repräsentative Führungspersonlichkeiten aus der Bewohnerschaft“, können die Funktion als Türöffner im Kontakt zwischen den Kooperationspartnern und den Bürgern in einem Quartier einnehmen.

Zur Förderung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement trägt vor allem auch das Angebot von Treffpunkten bei, die den Charakter von Wohn- und Lebensräumen haben, z. B. in Form von Nachbarschaftscafés. Die Menschen aus dem Quartier, die sich dort engagieren und eine lebendige Atmosphäre schaffen, ziehen wieder andere an, die ebenfalls Aufgaben übernehmen und sich engagieren.

Neben den Mitbürgern, die ihre Zeit kostenlos zur Verfügung stellen, gibt es inzwischen auch bürgerschaftlich Engagierte, die auch Geld für ihren Einsatz nehmen. Es entsteht eine Zwischenform von professioneller Erwerbs- und ehrenamtlicher Tätigkeit, ein Typ Bürger als sozialer Zuverdie-

ner oder „Semiprofi“. Diese Menschen lassen sich fortbilden, übernehmen Aufgaben und erhalten dafür Aufwandsentschädigungen. Zum Teil handelt es sich um Menschen, die gezwungen sind, nach zusätzlichen Einnahmen zu suchen. Nur manche Quartiersprojekte halten ein kleines Honorar für ehrenamtliche Tätigkeiten für wichtig, während andere hierauf verzichten und lediglich Vergünstigungen in Form von gemeinschaftlichen Veranstaltungen anbieten. Vor allem kommt es darauf an, dass die bürgerschaftlich Engagierten immer eingebunden sind und Rückendeckung haben, erklärt ein Praktiker. Dabei ist es wichtig, dass hauptamtliche und bürgerschaftlich Engagierte „auf gleicher Augenhöhe“ sind, um ihre Kräfte synergetisch nutzen zu können und nicht in Konkurrenz zueinander zu treten. Unkosten müssen erstattet werden und Vergütungen für spezielle Dienstleistungen (z.B. Haushaltshilfe, Kursleitungen) können sinnvoll sein.

Anerkennung und eine flexible Zeitgestaltung fördern die Mitwirkung der Bewohner. Bewährt haben sich besondere Veranstaltungen für die Freiwilligen, wie z.B. Ausflüge und Feiern, aber auch Fortbildungskurse, wie z.B. zur häuslichen Pflege, Umgang mit Demenz, Wohnungsanpassung usw.

Der Artikel stammt aus der Veröffentlichung „Ergebnisanalyse des Werkstatt-Wettbewerbs Quartier und Handlungsempfehlungen“, die von der Bertelsmann-Stiftung und dem Kuratorium Deutsche Altershilfe herausgegeben wurde.

Kontakt:

Holger Stolarz
Kuratorium Deutsche Altershilfe
An der Pauluskirche 3
50677 Köln

Telefon: 0221/931847-33
Telefax: 0221/931847-6

E-Mail: holger.stolarz@kda.de

Ursula Kremer-Preiß
Kuratorium Deutsche Altershilfe
An der Pauluskirche 3
50677 Köln

Telefon: 0221/931847-38
Telefax: 0221/931847-6

E-Mail: ursula.kremer-preiss@kda.de

Link:

www.kda.de

Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG)

Die Zukunft liegt im Quartier

*Von Gerhard Krayss, Bertelsmann Stiftung
und Alexander Künzel, Bremer Heimstiftung*

Gelungene Siedlungen und attraktive Wohnquartiere bieten die Möglichkeit für die Befriedigung von Wohnbedürfnissen. Eine lebendige Nachbarschaft ist die beste Voraussetzung für soziale Einbindung und Integration und die Erfüllung sozialer Bedürfnisse von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern. Angesichts des sozialen und demographischen Wandels kommt daher der Gestaltung lokaler, gemeinwesenorientierter Versorgungsformen eine sehr große Bedeutung zu. Diese Herausforderung muss heute von allen gesellschaftlichen Akteuren aktiv angegangen werden. Im Folgenden möchten wir die aktuellen Diskussionen und Herangehensweisen an dieses Thema aus der Perspektive der Wohlfahrtspflege im „Netzwerk: Soziales neu gestalten“ (SONG) näher vorstellen.

1. Vorgestellt: Das „Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG)“

- Die Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln
- Die Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Die Bremer Heimstiftung, Bremen
- Die CBT - Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbh, Köln
- Das Evangelische Johanneswerk e.V., Bielefeld
- Die Stiftung Liebenau, Meckenbeuren Liebenau

haben sich zum „Netzwerk SONG“ zusammengeschlossen. Alle Netzwerkpartner teilen die Überzeugung, dass die soziale Betreuung und Pflege älterer Menschen in Zukunft noch mehr als bisher in die Wohnquartiere verlegt werden muss, um diese wirksam und finanzierbar zu gestalten. Für eine bedarfsgerechte Versorgung sollten ambulante Pflege, teilstationäre Angebote, betreute Pflegewohngruppen, aber auch stationäre Einrichtungen wohnortnah organisiert sein und vernetzt arbeiten. Die Wohnungen für ältere Menschen müssen baulich angepasst werden. Neubauten sind barriere-

refrei zu errichten und unterschiedliche Wohnungsgrößen im Quartier bereitzustellen. Für die Entwicklung der Wohnangebote ist eine enge Kooperation zwischen Wohlfahrtspflege, Wohnungsunternehmen, Kommunen und lokalen Initiativen erforderlich. Das bestehende System der sozialen und kulturellen Infrastruktur muss stärker als bisher in lokalen sozialen Netzwerken arbeiten. Der weitere wildwüchsige Neubau isolierter Pflegeeinrichtungen muss verhindert werden.

Selbstbestimmung und Teilhabe für die hilfebedürftigen Menschen werden vor allem dann realisierbar, wenn möglichst viel Wahlfreiheit unter den Hilfsangeboten und die Möglichkeit zur Mitgestaltung der individuellen Hilfearrangements besteht. Diese Anforderungen sind nur mit einer Pluralität des Dienstleistungsangebots erfüllbar.

Gemeinsames Ziel ist es, über bereits realisierte „Leuchtturm-Projekte“ zu zeigen, dass es bessere Alternativen zu isolierten Pflegeheimen gibt. Auf Basis dieser Praxis-Erfahrungen fordern die SONG-Partner politische Rahmenbedingungen, die allgemeingültig solche Reform-Angebote absichern und verstärken, die an den individuellen Bedürfnissen älterer Menschen ausgerichtet sind. Darum ermitteln wir den sozialen und ökonomischen Mehrwert gemeinschaftlicher Wohnprojekte und beleuchten die damit verbundenen Änderungsprozesse in den Trägerorganisationen. Hierzu erfolgt auch eine Analyse des gesetzlichen Rahmens.

2. Im Fokus: Vier ausgewählte Quartiersprojekte

Bis heute gibt es keine Definition für ein gelungenes Quartiersprojekt. Aus unserer Sicht spielen aber die Elemente Soziale Angebote, Wohnen, Pflege und Kooperation eine herausragende Rolle. Im Folgenden werden vier SONG-Quartiersprojekte vorgestellt, die diese Schlüsselbausteine in herausragender Weise verwirklicht haben.

2.1 Beispiel für die Umsetzung Sozialer Angebote

Projektname: Haus im Viertel, Bremen

Projektträger: Bremer Heimstiftung

Kooperationspartner: Akzent – Wohnen für Behinderte, Paritätische Gesellschaft für Sozialwirtschaft, DRK-Dienstleistungszentrum und DRK-

Bücherstube, Montessori-Kindergarten, Buddhistische Religionsgemeinschaft SGI, Volkshochschule, Verein „FundamtTreffen“ e.V.

Bundesland: Bremen

Projektbeginn: 1998

Struktur und Größe des Quartiers: Das Quartier umfasst den dicht besiedelten Bremer Stadtteil „Steintor“ mit 23.200 Einwohnern, Bebauung überwiegend zwischen 1900 und 1930

Projekthalte:

Das „Haus im Viertel“ startete zunächst als Anlage des Service-Wohnens mit integriertem Pflegestützpunkt. Nach und nach wurde ein vielfältiges Angebot ausgebaut, das für die Bewohner der Wohnanlage wie für die Quartiersbewohner offen steht.

Das Projekt umfasst heute in verschiedenen Gebäuden im Viertel folgende Angebote:

- 86 Seniorenwohnungen
- Sechs Wohnungen und eine Wohngemeinschaft für junge Körperbehinderte, eine Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz
- Ambulanter Pflegedienst
- Kindergarten
- Kulturzentrum der Buddhistischen Gemeinde
- Dienstleistungszentrum
- Beratung und Koordination
- Café und Gemeinschaftsraum, zwei Seminarräume der Volkshochschule

Besonderheit der sozialen Angebote: Die Besonderheit des Projektes liegt in dem systematischen Aufbau sozialer Netze im Quartier, um Nachbarschaftshilfe und gegenseitige Unterstützung zu fördern. Dabei wurden zum einen die Bewohner der Anlage und des Viertels animiert, sich aktiv an der Gestaltung des sozialen Lebens zu beteiligen. Zum anderen wurden weitere Kooperationspartner eingebunden, die das soziale Leben im „Haus im Viertel“ bereichern.

2.2 Beispiel für Wohnangebote im Quartier

Projektname: CBT-

Mehrgenerationenwohnhaus „Miteinander leben und wohnen“, Wipperfürth

Projektträger: CBT-Caritas-

Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH, Köln

Kooperationspartner: Katholische Arbeitnehmerbewegung e.V. (KAB), Kommune, kommunale Beratungsstellen, Kirchengemeinde, soziale Einrichtungen, Vereine

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Projektbeginn: 2003

Struktur und Größe des Quartiers: Standort am Rand des Stadtzentrums von Wipperfürth mit 25.000 Einwohnern.

Projekthalte: Menschen mit unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen leben miteinander in einem barrierefreien Gebäude. Die Mieter gestalten selbstbestimmt und individuell das Leben und Wohnen durch Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung. Im Miteinander werden Stärken und Ressourcen eines jeden Mieters erkannt und in die Gemeinschaft eingebracht.

- 35 barrierefreie Wohnungen in zwei Gebäuden mit Ein- bis Vierzimmerwohnungen für Alleinstehende, Paare und Familien (21 Kinder), alte und junge Bewohner, Menschen mit und ohne Behinderung
- Gemeinschaftsraum in umgewandelter Zweizimmer-Wohnung (52 m²)

Besonderheiten des gemeinschaftlichen Wohnens im Quartier: Das Zusammenleben und die Selbstorganisation der Mieter werden durch eine Projektbegleitung unterstützt, vor allem durch die Förderung von Eigeninitiative der Bewohner, die bereits in die Projektplanung einbezogen waren. Die Hauptaufgabe der CBT-Mitarbeiterin besteht in der Moderation von Gruppenprozessen sowie der Beratung und der Vermittlung von Hilfen. Durch Kooperationsbeziehungen zu sozialen Einrichtungen und durch Gremienarbeit wird die örtliche Verankerung des Projektes erreicht.

2.3 Beispiel für die Integration ambulanter Pflege ins Quartier

Die kleinräumige Integration häuslicher Pflege gelingt am besten, wenn ambulante Dienste trägerübergreifend – unter Beteiligung der Bürger – koordiniert werden. Die Integration von stationärer Pflege gelingt vor allem dann, wenn direkt mit ambulanten Diensten kooperiert wird.

Projektname: Wohnprojekt Heinrichstraße, Bielefeld

Projektträger: Evangelisches Johanneswerk e.V., Bielefeld und Bielefelder gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, Bielefeld

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Projektbeginn: 2005

Struktur und Größe des Quartiers: Innerstädtisches Quartier von Bielefeld mit ca. 2.000 Einwohnern

Projektinhalte: Wohnform für Hilfe- und Pflegebedürftige im Quartier mit

- 42 barrierefreien Zwei- und Dreizimmerwohnungen
- Sonderlösung für ambulant betreute Wohngruppen: Pflegebedürftige leben in selbstständigen Wohnungen
- Wohncafé und Terrasse für Haus- und Quartiersbewohner
- Stützpunkt für häusliche Pflege in der Wohnanlage und im Quartier (zwei Büros, Nachtwache, Pflegebad)
- Gästezimmer und Pflegewohnung
- Einbindung von Ehrenamtlichen
- Beratung und Gemeinschaftsangebote im Quartier durch Wohnungsunternehmen

Besonderheiten der Versorgungssicherheit für das Wohnquartier: Ein Wohnprojekt mit einer Gruppe von Menschen mit hohem Pflegebedarf dient gleichzeitig als Pflege- und Betreuungsstützpunkt für die Bewohner des umgebenden Wohnquartiers. Durch die notwendige Präsenz von Pflegekräften im Wohnprojekt kann auch eine Rund-um-die-Uhr-Sicherheit im Wohnquartier gewährleistet werden

2.4 Beispiel für die Bedeutung von Kooperationen in Quartiersprojekten

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal von Quartiersprojekten besteht in der jeweils bei der Leitung und Umsetzung agierenden Akteurskonstellation. In der Regel arbeiten mehrere Akteure zusammen. Dies sind vor allem:

- Altenhilfeträger
- Wohnungsunternehmen
- Kommunen
- Bürgerschaftliche Initiativen

Hinsichtlich der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure haben sich im Wesentlichen zwei Kooperationsmodelle herausgebildet:

- Formal geregelte Kooperation (z.B. Verein, Arbeitsgemeinschaft) mit Kooperationsvertrag
- Informelle Kooperationen (z.B. Absprachen und Informationsaustausch)

Projektname: „Netzwerk für Jung und Alt“ der Gemeinde Amtzell

Projektträger: Stiftung Liebenau

Bundesland: Baden-Württemberg

Projektbeginn: Planung Anfang der 90er Jahre, Bezug 1996

Struktur und Größe des Quartiers: Das Quartier umfasst die ländlich geprägte Gemeinde Amtzell im Landkreis Ravensburg mit ca. 3.500 Einwohnern.

Projektinhalte: Das Projekt „Netzwerk für Jung und Alt“ in Amtzell ist ein praktisches Beispiel des von der Stiftung Liebenau entwickelten Wohnkonzeptes „Lebensräume für Jung und Alt“, das generationenübergreifendes Zusammenwohnen ermöglichen und Nachbarschaftshilfe fördern will. Um diese Ziele zu erreichen, wurden in Amtzell

- 40 barrierefreie Wohnungen gebaut und

- ein Service-Zentrum eingerichtet, mit Gemeinschaftsräumen und einem Büro für eine Gemeinwesenarbeiterin.

Die Gemeinwesenarbeiterin unterstützt die Bewohner der Wohnanlage und ist für die Einbindung von Freizeitveranstaltungen und Nachbarschaftshilfe in das Netzwerk der Gemeinde zuständig.

Besonderheit der Kooperation: Wesentlicher Bestandteil des Projektes ist die enge Kooperation mit der Kommune:

- Die Kommune finanziert das Projekt mit (z.B. durch die Bereitstellung des Grundstücks für die Wohnanlage). Die Stiftung Liebenau als Träger des Projektes erbringt dafür Leistungen für die Kommune. Über einen Sozialfonds werden die Gemeinwesenarbeit und der Gemeinschaftsraum finanziert, die sowohl den Bewohnern der Wohnanlage als auch den anderen Quartiersbewohnern zu Gute kommen.
- Die Wohnanlage ist zugleich Teil eines lokalen Netzwerkes, das organisatorisch zum „Arbeitskreis Dorfgemeinschaft“ zusammengefasst wurde und beratender Ausschuss des Gemeinderates ist.

3. Stärken und Schwächen: Die Potenziale von Quartiersprojekten

In Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und dem Büro für sozialräumliche Forschung und Beratung wurden die Stärken und Schwächen der ausgewählten Quartiersprojekte analysiert. Im Fokus stand dabei stets die Frage: Was können die Netzwerkpartner und andere Sozialunternehmen aus den praktischen Erfahrungen der innovativen Wohnprojekte für Erkenntnisse ziehen? Welche Erfolge wurden durch das gemeinwesenorientierte Quartiersprojekt erzielt? Welche Elemente müssen vorhanden sein, um von einem erfolgreichen Quartiersprojekt sprechen zu können und welche internen und externen Rahmenbedingungen sind für den Erfolg notwendig? Die Analyse zielt darauf,

- auf der Grundlage praktischer Erfahrungen zentrale Standards für ein zukunftsfähiges gemeinwesenorientiertes Wohnprojekt zu benennen und Faktoren zu ermitteln, wie diese erfolgreich umgesetzt werden können,
- Schlussfolgerungen über die Innovationen fördernden internen und externen Rahmenbedingungen ziehen zu können.

Gleichzeitig stellt sich dabei auch die Frage, inwiefern diese Projekte einen Beitrag zum Strukturwandel in der Altenhilfe leisten und wie man andere ermutigen kann, hier neue Wege zu gehen.

Die Ergebnisse der Studie sind nun im Verlag der Bertelsmann Stiftung als Buchpublikation unter dem Titel „Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 1. Eine Potenzialanalyse ausgewählter Wohnprojekte“ zu erhalten.

4. Fachgesprächsreihe: Gemeinwesenorientierung in der Altenhilfe – Große Trägerorganisationen stellen sich der Herausforderung

In einer Reihe von fünf netzwerkinternen Fachgesprächen tauschten sich jeweils über 60 Fachleute aus den Partnerorganisationen über notwendige Konsequenzen und Handlungsansätzen bzgl. einer stärkeren Gemeinwesenorientierung für soziale Dienstleister aus. Zu den Themen gehörten neben Bürger-Profi-Mix-Modellen auch Fragen des Handlings der lokalen Vernetzung und Kooperation im Quartier. Darüber hinaus wurden Best Practice der Mitarbeiterqualifikation, Finanzierung und Ansätze für eine wirkungsorientierte Organisationsveränderung diskutiert, die sich der Probleme bereits zukunftsweisend und modellhaft angenommen haben. Damit diese Ansätze gelingen können, ist ein Paradigmenwechsel erforderlich. Die Träger der Wohlfahrtspflege sind gefordert, sich zu gemeinwesenorientierten Akteuren zu entwickeln. Die Akteure vor Ort müssen lernen, im Netzwerk miteinander zu arbeiten. Das heißt konkret: Konkurrenzen abbauen und Kooperationen leben, den Hilfe-Mix professionell moderieren und managen, neue Schulungskonzepte für die Mitarbeiter entwickeln und akzeptieren, dass die Quartiersbewohner die Dienst-

leistung bestimmen und an deren Erbringung mitwirken.

Die aufbereiteten Ergebnisse der Tagungen stehen auf der Homepage www.zukunft-quartier.de kostenlos als Download zur Verfügung.

5. Mehrwert (er)leben: Sozio-ökonomische Mehrwertsanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte nach dem Social Return on Investment Ansatz (SROI)

Um die positiven sozio-ökonomischen Auswirkungen von Quartiersmodellen besser bestimmen zu können, werden die vier mehrfach ausgezeichneten Wohnprojekte der Projektpartner von renommierten Instituten wissenschaftlich untersucht. Ziel ist es, die zusätzlichen Kosten und Erträge der Quartiersprojekte zu quantifizieren und zu einer grundsätzlichen Einschätzung der betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nettoerträge dieser alternativen Altenhilfe- und Pflegekonzepte zu gelangen

Das Centrum für soziale Investition und Innovationen (CSI) der Universität Heidelberg und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) wenden bei der Bestimmung des sozialen und ökonomischen Mehrwerts der Quartiersprojekte den Ansatz des Social Return on Investment (SROI) an. Das vom Roberts Enterprise Funds (REF) erstellte SROI-Konzept zielt im Kern auf eine Quantifizierung sowohl einzelwirtschaftlicher als auch sozioökonomischer Kosten und Erträge der Aktivitäten von sozialen Institutionen. Diese Methode wird in diesem Zusammenhang erstmals in Deutschland angewandt.

Die ökonomischen Kosten und Erträge werden auf der Basis der betriebswirtschaftlichen Kosten- und Leistungsrechnung mit den üblichen Instrumentarien gemessen und im Rahmen einer Discounted Cash Flow-Rechnung zu einem Unternehmenswert verdichtet (economic value in der Definition des SROI-Konzepts). Die sozioökonomischen Kosten und Erträge werden ebenfalls quantifiziert und zwar als vermiedene Kosten (z.B. für die Inanspruchnahme sozialer Unterstützungsprogramme) und zusätzliche Erträge (z.B. aus den Steuerzahlungen von Beschäftigten in sozialen Einrichtungen). Diesen vermiedenen Kosten und zusätzlichen Erträgen sind allerdings zusätzliche soziale Kosten entgegengesetzt-

zen, die bei ihrer Generierung entstehen. Auch diese diskontierten Kosten- und Leistungsströme werden zu einem Wert kumuliert (socio-economic value in der Definition des Konzepts).

Rein qualitative Aspekte wie der Aspekt höherer Lebensqualität, die sich der Quantifizierung entziehen, werden in der SROI-Konzeption nur ergänzend und deskriptiv erfasst, um sie im Rahmen einer abschließenden Beurteilung der Ergebnisse der Investitionsrechnung ebenfalls berücksichtigen zu können:

Ein Projekt, das unter ökonomischen und sozio-ökonomischen Aspekten (im Sinne des SROI-Konzepts) einen negativen Unternehmenswert aufweist, kann unter Berücksichtigung dieser qualitativen Aspekte dennoch gesellschaftlich wünschenswert sein.

Dieses Grundkonzept soll im Rahmen des Forschungsprojektes auf die bereits beschriebenen vier innovativen Beispielprojekte angewendet werden. Kern dieser Projekte sind innovative Wohnformen, die eine bauliche und soziale Infrastruktur für eine subsidiäre, die traditionellen Pflege- und Unterstützungsdienste ergänzende und zum Teil auch ersetzende Alten- und Nachbarschaftshilfe bereitstellen. So lautet die Hypothese und Zielformulierung des Projektes SONG zur Bestimmung eines Social Return on Investment:

Durch gemeinwesenorientierte Pflege und Betreuung in persönlichen Sozialnetzen (Familie, Freunde, Nachbarn etc.), die in den vier quartiersbezogenen Wohnprojekten organisiert worden sind, lassen sich Pflegekosten für professionelle Kräfte einsparen, die langfristig höher sind als die Kosten für die Generierung und Bewirtschaftung dieser innovativen Wohnformen.

6. Fazit

Unverbundene, rechtlich parzellierte Leistungsbereiche, Politiken, Planungen, Verwaltungsstrukturen und Budgets sowie unkoordinierte und nicht im Sozialraum vernetzte Aktivitäten der Anbieter berücksichtigen nicht die Bedürfnislagen der Senioren, schaffen keine Lebensräume, nutzen nicht das Sozialkapital – und sind letztlich volkswirtschaftlich gesehen unökonomisch.

Lebensräume für unterstützungs-, betreuungs- und pflegebedürftige Senioren erfordern Veränderungen in den gemeinnützigen

Organisationen, der Politik und der Verwaltung, in den Systemen sozialer Sicherung und zwischen diesen Akteuren. Die bestehenden Unzulänglichkeiten für die Senioren verschärfen sich durch die demographische und ökonomische Entwicklung. Jetzt muss gehandelt werden.

Der Abschied von ressortisolierten Investitionen und die Öffnung zu einer stadtteilorientierten Vernetzungspolitik bedeuten einen Paradigmenwechsel. Hier besteht die einmalige Gelegenheit, die Steigerung sozialer Leistungsfähigkeit in den Quartieren mit einem ökonomischen Effizienzgewinn zu koppeln. Quartiersprojekte sind nur durch eine Umverteilung bestehender Mittel möglich. Hierfür sind ausgiebige Diskussionsprozesse notwendig, da es sich um langfristige Weichenstellungen handelt.

7. Weitergehende Informationen

Netzwerk Soziales neu gestalten: Policy Paper. Demographischer und Sozialer Wandel – Zentrale Leitlinien für eine gemeinwesenorientierte Altenhilfepolitik und deren Bedeutung für soziale Organisationen. Gütersloh 2006

Netzwerk Soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Positionspapier des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG) zum demographischen Wandel. Gütersloh 2008

Netzwerk Soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 1. Eine Potenzialanalyse ausgewählter

Wohnprojekte. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2008

Netzwerk Soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 2. Mehrwert (er)leben. Sozioökonomische Wirkungsmessung gemeinschaftlicher Wohnprojekte nach dem Social-Return-On-Investment Ansatz (SROI). Verlag Bertelsmann Stiftung. Erscheint Februar 2009

Kontakt

Netzwerk: Soziales neu gestalten
Bertelsmann Stiftung
Gerhard Krayss
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Telefon: 05241/8181336
Telefax: 05241/81681336

E-Mail: gerhard.krayss@bertelsmann.de

Bremer Heimstiftung
Alexander Künzel
Marcusallee 39
28359 Bremen

Telefon: 0421/2434-0

E-Mail: info@bremer-heimstiftung.de

Links:

www.zukunft-quartier.de
www.bertelsmann-stiftung.de
www.bremer-heimstiftung.de

WohnQuartier 4 - Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten

Von Christa Stelling, WohnQuartier 4

Das Konzept "WohnQuartier 4" – Die Zukunft altersgerechter Quartiere" basiert auf einer innovativen Kooperation zwischen Sozialem, Wirtschaft und Bildung, vertreten durch die drei Akteure Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland e.V., HOCHTIEF Construction AG und Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein.

Ausgehend von den allseits bekannten Fakten des demographischen und gesellschaftlichen Wandels wird hier die Vision eines Konzeptes zur altersgerechten (Um)Gestaltung von Wohnquartieren als Antwort auf die vielfältigen neuen Herausforderungen beschrieben. Im Rahmen einer interdisziplinären Lernplattform ist das Fachwissen hierzu gebündelt und sind die unterschiedlichen Interessen vernetzt worden. Wesentliche Leitmotive waren dabei die Beachtung der Menschenwürde bei allen Punkten sowie die Passgenauigkeit des Konzeptes.

Von September 2004 bis September 2006 haben insgesamt 22 Mitwirkende in mehreren Workshops kreativ gearbeitet und im November 2006 konnte das fertige Konzept der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Wer war in den Workshops vertreten und hat dort mitgearbeitet?

Land: Ministerien, Stiftung für Integration in NRW

Kommune: Sozialdezernat, Planungsdezernat

Wirtschaft: Bau- und Wohnungswirtschaft, Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW

Bürgerschaftliches Engagement: Netzwerke und Initiativen

Bildung & Wissenschaft: Erwachsenenbildungswerk, Volkshochschule, Fachhochschule, Universität

Kunst & Kultur & Ökologie: Ateliers; Werkstätten

Im Ergebnis kann festgehalten werden:

Die altersgerechte Quartiergestaltung orientiert sich an der konkreten Lebenswelt von Menschen im Sozialraum und basiert auf den folgenden 4 Faktoren, die sich ja auch im markenrechtlich geschützten Namen des Konzeptes „WohnQuartier 4“ wieder finden:

1. Wohnen & Wohnumfeld
2. Gesundheit & Service und Pflege
3. Partizipation & Kommunikation
4. Bildung & Kunst und Kultur

Faktor 1 - Wohnen & Wohnumfeld

Die Menschen verbringen mit zunehmendem Alter mehr Zeit in der eigenen Wohnung, so dass der Themenkomplex "Wohnen im Bestand" an Bedeutung gewinnt. Wohnraumanpassungsmaßnahmen und mobile Wohnberatung tragen dem längstmöglichen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit Rechnung; allerdings muss auch das Wohnumfeld im umfassenden Sinne barrierefrei gestaltet werden, beispielsweise durch die Beseitigung von Angsträumen oder die Schaffung von Orientierungshilfen im Quartier.

Neubau und Umbau müssen unterschiedlichen Lebensphasen und Präferenzen in einer individualisierten Gesellschaft Rechnung tragen. Individuelle Angebote ebenso wie Modelle für gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt werden unter dem Aspekt der Selbstverwaltung und Partizipation weiter entwickelt.

Gemeinsame Projekte von Wohnungsgesellschaften und Anbietern von sozialen und kulturellen Dienstleistern, z.B. ambulant betreute Wohngemeinschaften (auch für Demenzerkrankte) haben darüber hinaus das Ziel der Förderung tragfähiger Nachbarschaften und neuer sozialer Netze.

Faktor 2: Gesundheit & Service und Pflege

Um einen langfristigen Verbleib älterer Menschen im Quartier zu sichern, bedarf es einer quartierbezogenen Ausstattung mit Serviceangeboten im Bereich der Gesundheit und Pflege.

Begegnungsstätten und Seniorenbüros als Anlaufstellen für Service- und Dienstleis-

tungen können im Sinne der Pflegestützpunkte durch die Reform des SGB XI weiterentwickelt und als vorhandene Infrastruktur genutzt werden. Weiterhin ist ein Case-Management, das auch pflegende Angehörige unterstützt und einen Erfahrungsaustausch mit Betroffenen gewährleistet, ebenso wichtig wie vorpflegerische und Pflege ergänzende Angebote (wie bspw. Pflegebegleiter).

Neben der Vernetzung von gemeinwesenorientierter, ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenhilfe gilt es, gesundheitsfördernde und kulturelle Einrichtungen, wie Sportvereine, Bildungsinstitute und Pflegekassen einzubeziehen und ebenfalls zu vernetzen. Dabei sind bei der Entwicklung neuer Angebote und Engagementfelder zielgruppenspezifische Bedarfe für Demenzerkrankte, Migranten und Behinderte verstärkt zu berücksichtigen.

Faktor 3: Partizipation & Kommunikation

Die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner muss gestärkt werden. Die Teilnahme an "Runden Tischen" und Stadtteilkonferenzen sowie das Initiieren von gemeinsamen Sozialraumerkundungen gehören zum Standard. Akteure der gemeinwesenorientierten Altenarbeit, der Stadtteilarbeit mit den Stadtteilmoderatoren, Stadtteilbüros, u. a. aus dem Programm Soziale Stadt, Seniorenbeiräte sowie Aktive aus Vereinen und Seniorennetzwerken arbeiten zusammen.

Wichtig dabei ist der Dialog auf Augenhöhe, auch bei der Einbindung von Bürgern in Gremien und bei Planungsvorhaben. Bestehende Seniorennetzwerke werden unterstützt, die Zusammenarbeit mit "Keyworkern" wird gefördert.

Faktor 4: Bildung & Kunst und Kultur

Bildung & Kunst und Kultur sind Lebensmittel, welche wesentlich für die Lebensqualität insbesondere älterer Menschen - verantwortlich sind. Hier müssen Zugänge auch bei Immobilität, z.B. Kultur auf Rädern geschaffen werden. Die Nutzung besonderer Orte und Einrichtungen im Quartier, wie Kirchen und Gemeindezentren, die Verknüpfung von Kultur-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen ist für eine stadtteilnahe Kultur- und Bildungsarbeit zu fördern.

Kirchen als zentrale Orte für Spiritualität und Gemeinschaft müssen neu (wieder) entdeckt werden. Die Öffnung von Künstlerateliers oder Bühnen schafft neue Lernorte für Jung und Alt. Sommer- und Straßenfeste und begleitende Events fördern interkulturelle Begegnungen (z.B. im „Kulturzentrum der Generationen“ oder beim „Reisen ohne Koffer“).

Ein zentrales und zugleich die vier Faktoren verbindendes Element ist die Weiterentwicklung und Umsetzung der Konzepte für „Wohnschulen“ in den Quartieren.

Das planvolle Handeln im Sinne dieser altersgerechten Quartiergestaltung findet auf drei Ebenen statt; ihr funktionierendes Zusammenspiel bildet den Garant für das Gelingen der Arbeit vor Ort:

Ebene 1:

Quartierebene: Lokale Akteure sind die Bewohnerinnen/Bewohner im Viertel.

Hier werden im Sinne von Aktivierung und Beteiligung die Interessen der Betroffenen organisiert und die Aktivitäten vor Ort begleitet.

Ebene 2:

Hier ist die Stadt gemeint; die Verwaltungsebene mit den Dezernaten und Ämtern. Die Koordination, die Gesamtprojektsteuerung und die Ressourcenbündelung sind von besonderer Bedeutung.

Ebene 3:

Intermediäre Ebene: Hier erfolgt die gebietsbezogene Koordination. Die Akteure sind für die Moderation, Mediation, Vernetzung sowie für die Projektentwicklung zuständig.

Die drei verantwortlich handelnden Personen sind:

- ein(e) Gebietsbeauftragte(r)
- ein(e) Stadtteilmoderator(in)
- ein(e) Vertreter(in) der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit.

Welchen Nutzen haben nun die Kooperationspartner durch das Konzept?

Mehr! Werte!

Innovative Nutzungskonzepte für Immobilien von Kirchengemeinden, Verbänden und der Wohnungswirtschaft sowie nachfragegerechte und zukunftsweisende Alternativen zu den gängigen Altenarbeits- und Hilfef Konzepten werden entwickelt. In einem partizipativen, kommunikativen Prozess wird bürgerschaftliches Engagement neu initiiert.

Wohnortnahe Versorgung und Beschäftigung werden gestärkt (Stadtteilläden, Soziale Arbeit, Integrierte Pflegekonzepte etc.).

Urbanes Leben wird neu gestaltet.

Offizieller Start

Am 1. April 2008 ist „WohnQuartier 4“ offiziell an den Standorten Remscheid-Hohenhagen und Essen-Altenessen gestartet. Die finanziellen Mittel hat die Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege bewilligt.

Die Projektkoordination liegt in der Hand des Diakonischen Werkes Rheinland, Ansprechpartnerin hier ist Frau Dipl.-Ing. Christiane Grabe (siehe Kontakt).

Weitere Informationen zum Konzept:

Eine ausführliche Broschüre zum Konzept ist unter www.wohnquartier4.de zu finden.

„Leben und sterben, wo ich hingehöre“ heißt das aktuelle Buch von Klaus Dörner, in dem viele Aspekte der Konzeption detailreich beschrieben werden.

Der Artikel stammt aus der Dokumentation der Veranstaltung „Natürlich geht das. Nachbarschaftliches Leben in der Gemeinde“ des Evangelisches Zentrums für Innovative Seniorenarbeit, die am 26. Februar 2008 in Düsseldorf stattfand.

Kontakt

Christiane Grabe
Diakonisches Werk der Ev. Kirche im Rheinland e.V.
Haus der Diakonie
Lenastraße 41
40470 Düsseldorf

Telefon: 0211/6398-306
Telefax: 0211/6398-299

E-Mail: cgrabe@dw-rheinland.de

Links:

www.wohnquartier4.de
www.diakonie-rheinland.de

Nachbarschaftsintegratives Wohnen

Interview mit Margot Opoku-Böhler, Neues Wohnen im Alter e.V. (Köln)

Forum Seniorenarbeit: Im Verein "Neues Wohnen im Alter e.V." setzen Sie sich intensiv für die Förderung selbständiger Wohn- und Hausgemeinschaften ein. Nachbarschaftsintegratives Wohnen – Was heißt das?

Margot Opoku-Böhler: Hierunter wird eine hausinterne und/oder eine hausederne gelebte Nachbarschaft verstanden, die sowohl als Wohnen im Veedel, im Quartier, oder als Leben im Wohnprojekt und oft im Zusammenhang mit Pflegebedarf gedacht wird. Schwerpunkt dieses Themas ist vor allem die gegenseitige Unterstützung der BewohnerInnen im Haus und/oder im Veedel außerhalb der professionellen Pflege auf ehrenamtlicher bzw. unentgeltlicher Basis.

Forum Seniorenarbeit: Wo findet man nachbarschaftsintegratives Wohnen?

Margot Opoku-Böhler: Es gibt bekanntlich vor allem eine Vielfalt von Hausgemeinschaften: Sie variieren in Größe, in der Art der Mischung der BewohnerInnenbelegung, in der sozialen Struktur, in ihren unterschiedlichen juristischen Formen und in den unterschiedlichsten Altersstrukturen. Die zukunftsweisenden sind die Mehrgenerationenwohnprojekte.

Für den Pflegebereich sind vor allem die in den Hausgemeinschaften integrierten Pflegeeinheiten und die Pflegeprojekte, die sich aus einer gewachsenen Nachbarschaft heraus entwickelt haben, als zukunftsweisend bekannt.

In Bielefeld hat sich im Bereich von Quartierwohnen mit ambulantem Pflege- und Hauswirtschaftservice im Zeitraum von mehr als 20 Jahren eine solch lebendige Wohnszene entwickelt, dass sie als vorbildlich bezeichnet werden kann. Hier ist flächendeckend und bedarfssensibel über die Jahre eine kleinteilige gemütlich nachbarschaftliche Bewohnerstruktur mit integrierten Pflegestützpunkten aufgebaut worden, die nun als Bielefelder Modell bezeichnet wird. Allerdings funktioniert dies nicht auf ehrenamtlicher Grundlage.

Forum Seniorenarbeit: Welche Erfahrungen haben Sie, wer gerne in Hausgemeinschaften wohnen möchte?

Margot Opoku-Böhler: In die Mehrgenerationenwohnprojekte möchten die meisten ziehen, obwohl oft nicht bewusst ist, was dies in der Praxis heißt. Das Problem fängt aber an, wenn es um die Integration einer Pflegeeinheit geht. Spätestens dann heißt es oft, „Ich möchte in keinem Pflegeheim oder in einer entsprechenden Nachbarschaft wohnen, bevor ich nicht selbst pflegebedürftig bin“. Schon beim Planen einer Pflegeeinheit im Projekt kann man Bemerkungen hören wie „Ich möchte nicht, dass meine Bekannten denken, ich wohne in einem Pflegeheim“. Das gleiche gilt für die Nachbarschaft: Niemand möchte in einem Haus oder in einer Nachbarschaft mit einer Pflege- oder Sozialstation wohnen, solange es hierzu keinen persönlichen Bedarf gibt.

Allgemein kann gesagt werden, dass sich die meisten Menschen erst ernsthaft mit einer Pflegesituation befassen möchten, wenn es nicht mehr anders geht. So melden sich oft z.B. Töchter, Söhne, Verwandte, Bekannte oder Freunde, weil Mutter oder Vater usw. im Krankenhaus liegt und klar ist, dass sie/er nicht mehr weiter in ihrer/seiner Wohnung leben kann.

Das Interesse an Pflegeeinheiten für Demenzbetroffene im Wohnprojekt mit einem „ambulanten „Rundum-die-Uhr-Service“ und Priorität für zukünftige Betroffene im Haus und in der Nachbarschaft wird von vielen Planungsgruppen neuerdings als zusätzliche Lebensqualität im Alter betrachtet. Dies vor allem, weil sonst bei einer Demenzbetroffenheit niemand weiter im Haus wohnen bleiben könnte.

Die Vorstellung, das es in einer Situation, in der man „nicht-mehr-bis-drei-zählen“ und sich nicht mehr in der eigenen Wohnung aufhalten kann, die Möglichkeit gibt, im vertrauten Umfeld zu bleiben mit den bekannten nicht wechselnden Bezugspersonen und der gewohnten Tagesstruktur, ist einfach inzwischen für viele überzeugend.

Forum Seniorenarbeit: Was ist Ihrer Ansicht nach zu berücksichtigen?

Margot Opoku-Böhler: Die Planung muss realistisch erfolgen. Das heißt, es muss allen Beteiligten von Anfang an klar sein, dass z.B. die zukünftigen BewohnerInnen eines Mehrgenerationenwohnprojekts nicht ihre Nachbarn pflegen können, oder für diese Dienste übernehmen müssen. Es dürfen keine emotionalen Belastungen geschaffen werden, die die Projektgruppe gefährden.

Bald wird es auch nicht mehr die RentnerInnen geben, die es sich leisten können ehrenamtliche Dienste zu übernehmen, wenn ihre eigene Existenz nicht mehr abgesichert ist.

In diesem Zusammenhang muss noch sehr viel Bewusstseinsarbeit geleistet werden. Es gilt auch Ängste abzubauen, die sich aus persönlichen Erfahrungen heraus entwickelt haben.

Der ganz normale Alltag, der sich in einem lebendigen Mehrgenerationenwohnprojekt abspielt, bietet den BewohnerInnen ausreichend Möglichkeit, sich freiwillig gegenseitig zu unterstützen.

Forum Seniorenarbeit: Worum geht es bei der gegenseitigen Unterstützung in Wohnprojekten?

Margot Opoku-Böhler: Viele von uns, die in Wohnprojekten leben, wissen aus der Praxis des Zusammenlebens, wie wir uns gegenseitig unterstützen können. Wichtig ist hierbei, ob man sich mit den ProjektbewohnerInnen soweit identifizieren kann, dass aus diesen zwischenmenschlichen Beziehungen Energien geschöpft werden können. Deshalb sollte schon bei der Belegung z.B. darauf geachtet werden, inwieweit es Interessenstrukturen gibt, über die sich zusätzliche Identitätsmöglichkeiten oder Gemeinsamkeiten bilden können.

Wichtig ist auch, dass sich in der alltäglichen Praxis keine emotionalen Erwartungen und Belastungen entwickeln, wie sie aus familiären Zusammenhängen bekannt sind. Ein verbales gegenseitiges sich unter Druck setzen wie „Du hast mehr Zeit, du tust zu wenig oder warum warst du nicht auf der Feier...?“ u. ä. riskiert solche emotionalen familienähnlichen Zwänge aufzubauen, die das Gegenteil bewirken. Es darf für die BewohnerInnen auch keine zusätzlichen psychischen Belastungen durch MitbewohnerInnen geben, weil die Hausgemeinschaft hierdurch vollkommen überfordert würde. Eine Hausgemeinschaft ist keine Therapeutische Wohngruppe, obwohl sie durchaus für einzelne MitbewohnerInnen eine therapeutische Funktion haben kann.

Eine große Unterstützung für eine konstruktivere Belegung wäre, wenn sich zukünftig an dem Zustand, dass es im normalen deutschen Wohnungsbestand nur ein Prozent barrierefreie Wohnungen gibt, etwas grundsätzlich ändert, damit nicht mehr versucht werden muss, diesen Bedarf in Ge-

meinschaftlichen Wohnprojekten zu decken. Dieses führt unweigerlich dazu, dass sich MitbewohnerInnen bei der Belegung eher für die Wohnung als für die Wohngemeinschaft interessieren, auch wenn dies nicht offen gesagt wird.

Forum Seniorenarbeit: Was empfinden Sie als normal in Wohnprojekten?

Margot Opoku-Böhler:

- Alle MitbewohnerInnen haben ihre Vorstellungen des Zusammenlebens in einer offenen Konzeption mehr oder weniger gemeinsam ausformuliert.
- Die gemeinsame Zielsetzung und Zweckbestimmung ist in der Satzung des Vereins juristisch abgesichert und beim Amtsgericht registriert.
- Es haben sich bei der Entstehung des Projekts alle so gut kennengelernt wie nirgends in einer Hausgemeinschaft.
- Sie sind mit Ausnahmen alle befreundet und duzen sich in der Regel.
- Sie halten sich gegenseitig die Türen auf und interessieren sich füreinander.
- Sie versuchen Nebenkosten und anderes gemeinschaftlich einzusparen.
- Jeder hat einen Gemeinschaftsbe- reich, den er/sie verantwortlich pflegt.
- Alle freuen sich HausbewohnerInnen im Haus, auf der Straße, in der Bahn und zufällig in der Stadt zu treffen.
- Es gibt ein Gefühl des „Sich-Dazugehörig-Fühlens“.
- Ein Gefühl „Des-Nach-Hause-Kommens“.
- Die BewohnerInnen fühlen sich nicht nur in der eigenen Wohnung, sondern im ganzen Hause „zu Hause“.
- Bei Bedarf versucht jeder/jede das Beste zu tun.
- Wird eine BewohnerIn plötzlich von einem Schnupfen heimgesucht, dann hat sie/er die Qual der Wahl: lässt man sich von einer homöopathisch orientierten Nachbarin oder eher von einem schulmedizinisch überzeugten Nachbarn beraten oder von jemand,

die/der noch was ganz Anderes weiß?

- In Notfallsituationen packen alle mit an.
- Gegenseitige Besorgungen werden bei Bedarf von allen getätigt.
- BewohnerInnen, die gerne feiern, haben im Wohnprojekt viele Möglichkeiten dazu.
- Es kann gemeinschaftlich gekocht und gegessen werden.
- Die BewohnerInnen bekochen sich gegenseitig.
- Im Gemeinschaftsgarten besteht eine Pflegekonkurrenz zwischen den einzelnen. Blumenecken-BetreuerInnen, während die Nichtstuer begeistert kommentieren.
- Gesellschaftsspiele stehen immer zur Verfügung und werden genutzt.
- Wenn darum gebeten wird, ist immer jemand da, der/die zuhört.
- Die Erwerbstätigen, Kita- und SchulbesucherInnen stürzen morgens - wie überall - oft schon gestresst aus dem Haus, während die RentnerInnen den ganzen Tag hellwach und gemütlich das Haus betreuen: es ist immer jemand da.
- Die Kinder und Jugendliche haben ihre eigenen gewählten Kontakte.
- Reisen macht Spaß, weil zu Hause alles bestens betreut wird und die/der Reisende bei der Rückkehr wieder herzlich willkommen geheißen wird.
- Kontaktfreudige Menschen haben die Möglichkeit viele Kontakte zu pflegen.
- und vieles mehr

Dieses allgemeine Wohlbefinden beeinflusst logischerweise auch die Beziehungen zur externen Nachbarschaft. Das Wohnprojekt wird von außen neugierig und interessiert beobachtet.

Forum Seniorenarbeit: Was kommt in der Nachbarschaft auf jeden Fall an?

Margot Opoku-Böhler:

- Die Kontaktfreudigkeit überträgt sich auf die Nachbarschaft.

- Der Nachbarschaftsinfokasten wird intensiv beobachtet und die Infos gelesen.
- Viele feiern gerne in Gemeinschaftsräumen des Wohnprojekts ihre privaten Familienfeste, wobei ihnen das Mehrgenerationenwohnen vertraut wird.
- Auch ins Nachbarschaftscafé kommen Interessierte, um nachzufragen: „Was macht ihr hier?“
- Viele möchten einziehen.
- Hier gibt es Zeit zum Zuhören und zum Reden. Es ist ein Kontaktcafé und kein Lauf-Café.
- Die Bedienung wird von den älteren BewohnerInnen in die Hand genommen.
- Jede/Jeder wird herzlich empfangen.
- Geschichten aus dem Veedel und überhaupt über Köln und „die Welt“ sind zu hören.
- Die BewohnerInnen freuen sich über Nachbarschaftskontakt und haben auch schon das Katzenfüttern und Einkaufen übernommen.
- Ein Ehepaar aus der Nachbarschaft verbrachte mehr Zeit bei uns im „Haus Mobile“ als in seiner eigenen Wohnung. Auch alle Feste im Haus feierten sie mit, bis einer der beiden starb und der andere sich im Heim befand, aber auch dann ging der Kontakt weiter.
- und so weiter

Kontakt

Margot Opoku-Böhler
Neues Wohnen im Alter e.V.
Marienplatz 6
50676 Köln

Telefon: 0221/2407075
Telefax: 0221/9231887

E-Mail: [NWIA.eV@t-online.de](mailto:NWiA.eV@t-online.de)

Link:

www.nwia.de

„Es ist machbar, Herr und Frau Nachbar...“

Erfahrungswissen für Initiativen: "Wohnen" und "Nachbarschaft" als Themen im EFI Programm NRW

Ute Schünemann-Flake, ZWAR Zentralstelle NRW

„Es ist machbar, Herr und Frau Nachbar...“ so lautete die Überschrift zu einem Zeitungsartikel, den die Projektinitiatorin Margarete Dott, Teilnehmerin am Programm „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI NRW) in einer Hagener Zeitung zur Werbung für mehr MitstreiterInnen veröffentlichte.

„Gelebte Nachbarschaft in Hagen Wehringhausen“ ist ein EFI Projekt in NRW, das das Ziel verfolgt, ein selbstorganisiertes soziales Netzwerk unter den BewohnerInnen in einem Stadtteil aufzubauen und den Zusammenhalt untereinander zu stärken.

Immer wieder wird die Bedeutung des Themenkomplexes „Wohnen im Alter“ und „nachbarschaftliches Leben“ in zahlreichen Veranstaltungen und Seminaren zur Lebenssituation von Menschen in der nachberuflichen/nachfamilialen Phase zentral hervorgehoben. Lebensqualität im Alter hängt in besonderem Maße angesichts zu erwartender Veränderungen in wichtigen Lebenszusammenhängen entscheidend von den Bedingungen der Wohnung, der Nachbarschaft und des Wohnumfelds ab.

Die soziale Einbindung älterer Menschen in eine Gemeinschaft und eine anregende Umgebung sind wichtige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Sie befriedigen nicht nur menschliche Grundbedürfnisse, indem sie Zugehörigkeit, Schutz, Sicherheit und Geborgenheit vermitteln, sondern ermöglichen auch aktive Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie beugen Isolation und Vereinsamung vor.

Die Übernahme sozialer Verantwortung und ein engagierter, Sinn gebender Einsatz für eine Gemeinschaft fördern darüber hinaus generationsübergreifende Kontakte und tragen zum Erhalt der geistigen, sozialen und körperlichen Beweglichkeit bei.

Vor diesem Hintergrund entstehen immer mehr Projekte und Ideen, so dass Klaus

Dörner angesichts dieser Entwicklung vom „Wachsen einer „Neuen sozialen Bewegung“ seit den 80er Jahren und „der Entdeckung der Nachbarschaftlichkeit als einen großen Verdienst“ spricht. (Dörner 2007)

Die Kommunen ihrerseits sind vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und demografischen Entwicklung vor die Aufgabe gestellt, Hilfe für Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen in überalterten und überforderten Nachbarschaften sowie in instabiler werdenden Familienstrukturen zu organisieren.

Vertreter der modernen Seniorenarbeit machen schon seit einiger Zeit auf einen Perspektiv-Wechsel aufmerksam.

Sie weisen einerseits auf die Potenziale des Alters hin, andererseits darauf, dass allen Reden von Egozentrik und Individualisierung zum Trotz großes Interesse an Gestaltungswillen und der Übernahme von sozialer Verantwortung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen besteht.

Ressourcen von Menschen im nachberuflichen Leben, ihr Erfahrungswissen, ihr soziales und kulturelles Kapital, ihre Innovationskraft, vor allem aber ihr Interesse an der Mitgestaltung von Strukturen und lebenslangem Lernen, das zunehmend als der Schlüssel zur Lösung anstehender Zukunftsaufgaben gesehen wird, werden verstärkt in den Blick genommen.

Dort, wo die Probleme des Lebens im Alter als Entwicklungsaufgaben formuliert werden, entstehen innovative kreative und nachhaltig wirkende Bildungs- und Betreuungskonzepte.

In deren Mittelpunkt stehen die Förderung von Selbstorganisation und bürgerschaftlichem Engagement, die Qualifizierung für freiwillige Tätigkeiten und insbesondere der Aspekt der sozialen Vorsorge.

Soziale Vorsorge muss als gleichberechtigte Säule neben der Renten- und der gesundheitliche Vorsorge stehen.

Dies sind zentrale Gedanken der Qualifizierungen des EFI Programms NRW, das im Rahmen der „Qualifizierungsoffensive“ des Landes NRW gefördert wird.

Soziale Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Herzensanliegen

Begegnungsräume zu schaffen und neue Kontakte zu ermöglichen, gehört zu den

klassischen Zielen der offenen Seniorenarbeit. Die so genannte "Netzwerkarbeit" mit Älteren ist dabei der modernste Ansatz zur Förderung sozialer Netze.

Anlässe, Methoden und Zugänge im Bereich der Netzwerkbildung mit und für Ältere sind Charakteristika der verschiedenen sich ergänzenden Anbieter in NRW (vgl. Forum Seniorenarbeit, Themenschwerpunkt Juli 2006: Netzwerk-sensible Seniorenarbeit).

Was sie eint, ist das Bestreben, Menschen mit einem beträchtlichen Zuwachs an gewonnener Freiheit und Selbstbestimmung in der nachberuflichen/nachfamilialen Phase anzusprechen und zu bewegen, miteinander in Kontakt zu treten. Netzwerkarbeit spricht Menschen an auf der Suche nach Neuorientierung, nach neuen sozialen Kontakten und sinnstiftenden Tätigkeiten, die gemeinsam mit anderen etwas für sich selbst, für andere, für ihre „Nachbarschaft“, für ihren Stadtteil und für die Gesellschaft tun möchten. Die eigenen Begabungen und erworbenen Fähigkeiten werden so zum eigenen und zum Wohle der Gemeinschaft eingesetzt. Somit wird die soziale Netzwerkarbeit mit sozialer Verantwortung gekoppelt.

Immer mehr Ältere beteiligen sich an Freizeit- und Bildungsangeboten und/oder engagieren sich bürgerschaftlich, um ihr soziales Netz zu erweitern. Solche neuen Kontakte sind wichtig, wenn in den verschiedenen Lebenszusammenhängen Bezugspersonen im Beruf, der Familie, dem Freundeskreis und der Nachbarschaft/dem Stadtteil weniger werden oder gar verloren gehen.

Wer, vor allem im hohen Lebensalter, auf die Effekte und Annehmlichkeiten sozialer Einbindung zurückgreifen möchte, muss auf den Aufbau und den Erhalt seiner sozialen Netze Wert legen und sich zeitlebens für deren Erhalt engagieren.

„Der Aufbau von sozialen Netzwerken als soziale Unterstützungssysteme, verbunden mit der Erfüllung eigener Bedürfnisse und Sinnfindungen, wird ein zunehmender Motor des bürgerschaftlichen Engagements (BBE, S. 9).

Das moderne bürgerschaftliche Engagement mit dem Verständnis von einem gemeinsamen Entwicklungs- und Lernprozess steht und fällt dabei mit der Bündelung der vorhandenen Ressourcen im Gemeinwesen, einer auf Dauer angelegten Vernetzung von Praxisfeldern in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und einer von

Gleichberechtigung geprägten Form der Zusammenarbeit. Dies bedingt die Notwendigkeit der Schaffung und Zusammenführung von Partnern und Strukturen für Kooperation und Vernetzung im Quartier, in den jeweiligen Stadtteilen, im „dritten Sozialraum der Nachbarschaft“. (Dörner 2007, S. 92)

Gleichzeitig impliziert es eine Form von Engagement nicht in irgendwelchen Projekten, sondern bringt Projekte für Themen und Zielgruppen hervor, für die sich die Älteren engagieren möchten, wofür ihr Herz schlägt. Das **Engagement für „Herzengenanliegen“** motiviert dabei zur Erschließung von neuen Aufgabenfeldern und gibt Anstoß für gesellschaftliche Veränderungsprozesse.

So lautet ein zentraler Satz aus dem EFI Qualifizierungsprogramm NRW „Um glücklich zu sein, müssen wir tun, was wir lieben“ (Sher 2005) und schafft so in diesem Sinn gemeinsam mit den Älteren neue Verantwortungsrollen in ihren Projekten, in denen sie als Multiplikatoren, Impulsgeber und Mitgestaltende **nachhaltig und vernetzt im Wir-Raum** wirken.

„Wohnen“ und „Nachbarschaft“ als Themen im EFI Programm NRW

Das zentrale Thema "Wohnen" tritt auch im EFI Programm NRW stark in den Vordergrund, denn es berührt, wie kein anderes Thema, existentielle Fragen der Gestaltung des eigenen Alters, des Lebensraums und des Mit- und Füreinanders.

In Zukunft wird es darauf ankommen, zur "Hardware" des Wohnens, also zu den seniorengerechten Wohnformen und Wohnungsausstattungen, eine kompatible "Software" zu entwickeln. Menschen aller Altersgenerationen werden "Wohnen" und "Nachbarschaftliches Leben" lernen müssen.

Ein vor diesem Hintergrund von SeniorTrainerInnen initiiertes und mit entwickeltes Konzept trägt den Namen „Wohnen mit Verantwortung“.

Wohnen mit Verantwortung bedeutet: mit Anderen aktiv werden - für ein lebendiges Miteinander der Generationen und Kulturen in Nachbarschaft und Wohnumfeld, für den Aufbau und Erhalt tragfähiger sozialer Netze, für gegenseitige Hilfe und für die Entlastung nachfolgender Generationen.

Dabei ist allen Beteiligten klar: Wir können die Städte nicht neu bauen. Wir müssen Lösungen im Bestand entwickeln.

Wohnen mit Verantwortung setzt auf das Erfahrungswissen älterer Menschen. Wenn es gelingt, das Erfahrungswissen Älterer für Initiativen in Nachbarschaft und Wohnumfeld zu nutzen und zu bündeln, dann hätte dies große Auswirkungen für die Förderung von Selbsthilfe, Selbstorganisation und bürgerschaftlichem Engagement aller Altersgenerationen. Wenn möglichst viele Menschen ermutigt werden können, sich – ihren individuellen Interessen entsprechend – aktiv in die Gestaltung ihres nachbarschaftlichen Lebens einzubringen, wäre für das Wohnumfeld viel erreicht.

Es unterstreicht die Bedeutung des Miteinanders der Generationen und die Idee von der lernenden Organisation bzw. der lernenden Nachbarschaft für die Zukunft.

Nach Klaus Dörner ist demografischer Wandel keine Aufgabe, die auf eine einzige Generation abgewälzt wird und bei der man vom Sessel aus zusehen kann.

Im Rahmen einer EFI Lernplattform NRW zu dem Themenbereich wurden Fragen formuliert, um die es in Zukunft gehen wird:

- Was müssen wir gemeinsam lernen, damit wir in unserem Quartier gut leben und gut alt werden können?“
- Wie wollen wir in Zukunft wohnen? Wie verhindern wir überforderte Nachbarschaften?
- Wie gestalten wir das Miteinander der Kulturen und Generationen?
- Was können wir tun, um junge Familien zu entlasten, die nicht nur ihre Kinder erziehen, sondern sich auch vermehrt um ihre alten Eltern kümmern müssen?
- Wie versorgen wir allein stehende (ältere) Menschen?
- Wie eröffnen wir jungen und alten Menschen bessere Lebens- und Bildungschancen?
- Wie gehen wir verantwortungsvoll mit unserer Umwelt um?

Soll generationen-übergreifendes Lernen gelingen und sollen die Ergebnisse nachhaltig wirksam sein, müssen Strukturen für Kooperation und Vernetzung im Quartier genutzt bzw. neu aufgebaut werden. Vor

allem gilt es, private und öffentliche Räume in Nachbarschaft und Stadtteil aufzuspüren und auf ihre Eignung für gemeinsames Lernen hin zu überprüfen: Familien- und Gemeindezentren bieten sich an, Bürgerhäuser, Museen, Theater, Künstlerateliers, aber auch Fitnessstudios und – wie ein gelungenes Beispiel in Duisburg zeigt – sogar Warzezimmer von Ärzten.

Gleiches gilt für die Methoden und Inhalte zukünftigen gemeinsamen Lernens: Auch hier wird alles Bestehende einer Überprüfung unterzogen werden müssen. Auch hier wird es darum gehen, parallel zu zukunftsfähigen traditionellen Ansätzen innovative Konzepte zu entwickeln und zu erproben – und zwar in intergenerativen, interkulturellen und interdisziplinären Teams.

Das EFI Projekt „Gelebte Nachbarschaft in Wehringhausen“

Das eingangs erwähnte Nachbarschaftsprojekt ist ein EFI Projekt in NRW, das die Ideen ihres Titels seit ca. einem Jahr umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt.

Es wurde von der Hagenerin Margarete Dott im Rahmen ihrer Tätigkeit als seniorTrainee in ins Leben gerufen und hat in der Zwischenzeit etliche MitstreiterInnen im Stadtteil gewonnen und über die Stadtteilgrenzen hinaus bereits große Anerkennung gefunden.

Kooperationspartner sind neben der Freiwilligenzentrale und dem Seniorenbüro der Stadt Hagen, die ZWAR Zentralstelle NRW, die AWO Begegnungsstätte, Vereine und die Händlergemeinschaft im Stadtteil sowie die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft.

Monatliche Treffen des Netzwerks dienen dem Kennenlernen der Nachbarinnen und Nachbarn verschiedener Altersgruppen und Kulturen untereinander, der Organisation und der gemeinschaftlichen Weiterentwicklung des Projekts. Sie bilden die Grundlage für das notwendige Vertrauen unter den Aktiven, die individuellen Erfahrungen, Kompetenzen und Wissen für einen lebendigen Stadtteil mit Zukunft einsetzen.

Mitgestaltung ihrer Nachbarschaft bzw. Wohnumgebung bedeutet für sie die Übernahme der Verantwortung, ihr Nachbarschaftsnetzwerk aufzubauen bzw. zu erhalten. Mit ihrem freiwilligen Engagement wollen sie für sich mit anderen für andere zu

einer Wohnumgebung beitragen, die für sie und die anderen Generationen lebenswert ist.

Als Nachbarschaftsnetzwerk in räumlicher Nähe werden gegenseitige Hilfestellungen gegeben, wie beispielsweise kleine Einkäufe erledigt, Blumen gegossen oder in Notfällen zur Seite gestanden.

Daneben stehen gemeinsame Projekte zur Stadtteilerneuerung- und -belebung, die Einrichtung eines Stadtteilcafés und vor allen Dingen der Aufbau von Kooperationsstrukturen auf der gemeinsam ausgearbeiteten Agenda.

Das Projekt-Motto – sichtbar auf den eigens entwickelten Flyern – lautet „Miteinander, Füreinander, Umeinander“ wird ergänzt um die Erkenntnis „Wenn Nachbarn zusammenhalten, ist das ein Gewinn für jeden Einzelnen – sozial, kulturell und wirtschaftlich“.

Ein auf Nachhaltigkeit angelegtes erfolgreiches Beispiel eines neu entstandenen und sich stetig weiterentwickelnden sozialen Nachbarschaftsnetzwerks im Stadtteil, das Lust und Mut macht, soziale Netze zu bilden und in Netzwerken gemeinsam zu lernen, zu arbeiten und zu altern.

Literatur

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE): »Zukunftstrends der Bürgergesellschaft« Diskussionspapier des BBE beschlossen vom Koordinationsausschuss, 2008

Dörner, Klaus: Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem. Neumünster 2007

Dörner, Klaus: Sinnvolles Gestalten. Fürst Donnersmarck-Stiftung - Hörbericht des Vortrags am 27. Juni 2007 in der Villa Donnersmarck.

Heetderks, Gerrit und Nell, Karin: Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)

Fortbildungskonzept des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks. Forum Seniorenarbeit April 2007; Themenschwerpunkt Fortbildung für die Seniorenarbeit - gute Beispiele und neue Arbeitsformen

Nell, Karin: Engagement mit Eigensinn: Neue Verantwortungsrollen älterer Menschen im bürgerschaftlichen Engagement. Forum Seniorenarbeit November 2007; Themenschwerpunkt Bürgerschaftliches Engagement im Fokus.

Stanjek, Paul: ZWAR Zentralstelle NRW – Netzwerkorientierte Qualifizierungen zur Modernisierung der sozialen Arbeit mit älteren Menschen. Forum Seniorenarbeit April 2007; Themenschwerpunkt Fortbildung für die Seniorenarbeit - gute Beispiele und neue Arbeitsformen

Sher, Barbara: Wishcraft. Lebensträume und Berufsziele entdecken und verwirklichen. Edition Schwarzer 2005

www.efi-nrw.forum-seniorenarbeit.de: Erfahrungswissen für Initiativen (EFI) - Das Qualifizierungsprogramm für seniorTrainee-rinnen und seniorTrainer in Nordrhein-Westfalen

www.netzwerke-duesseldorf.de/images/Broschuere.pdf - Wohnen mit Verantwortung, Düsseldorf 2004

Kontakt:

Ute Schünemann-Flake
ZWAR Zentralstelle NRW
Steinhammerstr. 3
44379 Dortmund

Telefon: 0231/961317-32
Telefax: 0231/618517-2

E-Mail: ut.schuenemann@zwar.org

Link:

www.zwar.org.de

Community Organizing - eine Strategie zur Erneuerung sozialer Beziehungen in Stadtteilen

Von Paul Cromwell, United Church of Christ (USA)

Übersetzt von Annette Scholl, Kuratorium Deutsche Altershilfe

Seit über 70 Jahren ist „Community Organizing“ eine erfolgreiche Strategie in den USA, um das Zusammenleben zu stärken und Bewohner von Stadtteilen zu unterstützen, ihre Alltagsprobleme gemeinsam zu lösen. Sie wurde bereits in mehr als 100 amerikanischen Städten angewandt. Community Organizing ist besonders erfolgreich in „Nachbarschaften“, in denen Minderheiten und Menschen mit niedrigem Einkommen leben. Mit einer solchen Strategie haben es „normale“ Bürgerinnen und Bürger geschafft, Verbindungen zu Kommunen und/oder der Wirtschaft aufzubauen, um Probleme wie Kriminalität, schlechter öffentlicher Personennahverkehr oder unzureichende Infrastruktur und andere Schwierigkeiten, die sich auf das tägliche Leben in Stadtteilen auswirken, anzugehen.

Community Organizing hat aktuell wieder an Popularität in den USA gewonnen, denn beide demokratischen Präsidentschaftskandidaten weisen Erfahrungen mit Community Organizing auf: Barack Obamas erste Anstellung war die eines Community Organizers in Chicago, die er drei Jahre lang ausführte. Und Hillary Clinton schrieb ihre Abschlussarbeit an der Universität über Paul Alinsky, der Community Organizing entwickelte.

In Deutschland wurde Mitte der 90er Jahre das Forum Community Organizing gegründet (FOCO). Es setzt sich mit der Umsetzung dieser Strategie in Deutschland näher auseinander (www.fo-co.info).

Zielsetzung von Community Organizing

Mit Community Organizing ist eine Strategie entstanden, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen und Prozesse zu organisieren, die helfen, gemeinsam etwas anzupacken. Wichtig dabei ist, dass nicht etwas über die Köpfe der Menschen hinweg unternommen wird, sondern jede einzelne Person angesprochen wird. Es werden viele

persönliche Kontakte hergestellt und so die Beziehungen untereinander gestärkt.

Mit Community Organizing werden Menschen zusammen gebracht, damit sie aktiv ihre Probleme lösen. Das können Probleme einer Kirchengemeinde, eines Stadtteils, einer Schule oder ähnliches sein. Um etwas zu verändern, müssen die Menschen Macht ausüben können. Einem Geschäftsführer eines großen Unternehmens oder einem Politiker stehen viele Türen offen. Doch bei Menschen mit normalem oder niedrigem Einkommen sieht dies anders aus. Sie haben meist nicht ausreichend Geld, um Macht auszuüben. Sie können sich aber organisieren, um mehr Macht zu gewinnen. Community Organizing hilft dabei, sich zu organisieren.

Community Organizing basiert auf dem Konzept und der Ausübung von Macht. Macht wird sehr häufig sehr negativ bewertet und stereotyp wahrgenommen. In der Strategie Community Organizing wird Macht als Notwendigkeit angesehen, um Werten wie Mitgefühl, Gerechtigkeit, Fairness mehr Geltung zu verschaffen. Macht zeigt sich in der Gesellschaft in zwei Formen: als „organisiertes Geld“ oder als "organisierte Menschen".

Ein Beispiel: Der Geschäftsführer eines großen Unternehmens besucht den Bürgermeister einer Stadt. Es ist wahrscheinlich, dass der Bürgermeister den Firmenchef empfangen wird. Der Geschäftsführer repräsentiert die Macht des großen Geldes. Wenn auf der anderen Seite ein Obdachloser, Arbeitsloser oder ein älterer Menschen den Bürgermeister sprechen möchte, bleiben ihm mit aller Wahrscheinlichkeit alle Türen verschlossen. Wenn aber einige hundert Menschen in einer Sitzung zusammen kommen und den Bürgermeister dazu einladen, ist es wahrscheinlich, dass er kommen wird. Denn hier zeigt sich die Macht in der großen Zahl an Menschen.

Community Organizing arbeitet immer daran, eine große Zahl an Menschen einzubinden, um Herausforderungen und Probleme in Nachbarschaften zu lösen.

Prozess des Community Organizing

Community Organizing geht davon aus, dass Menschen aus zwei Gründen aktiv werden:

1. Sie haben ein direktes Eigeninteresse an einer Sache oder einem Thema und/oder
2. sie sind von Menschen zur Mitarbeit eingeladen worden, zu denen eine partnerschaftliche Beziehung besteht.

Community Organizing ist ein Prozess, der folgendermaßen abläuft:

1. Schritt: Zuhören

Der erste Schritt ist einer großen Zahl an Bewohnerinnen und Bewohnern einer Nachbarschaft zuzuhören und ihre Herzensangelegenheiten, ihre Probleme und ihre Visionen herauszufinden und gleichzeitig Beziehungen aufzubauen.

Das Zuhören kann auf zweierlei Art und Weise geschehen. Eine Möglichkeit ist, dass Hauptamtliche und freiwillige Engagierte einer Bürger-/Nachbarschaftsinitiative oder einer Kirchengemeinde eine große Anzahl an Bewohnerinnen und Bewohnern aufsuchen. Eine Person allein kann nicht zwei- oder dreitausend Menschen, die in einer Nachbarschaft oder Gemeinde leben, befragen. Daher werden Freiwillige darin geschult, andere zu Hause zu besuchen und sie zu befragen. Das funktioniert wie ein Schneeballsystem: Eine Person besucht zehn Personen, die wiederum zehn andere besuchen.

Die andere Möglichkeit ist eine Reihe von kleineren Treffen abzuhalten. In beiden Fällen werden die Bewohner befragt: „Was würde Ihrer Meinung nach die Nachbarschaft/unsere Viertel besser machen?“

Der entscheidende Grund, dass dieser erste Schritt des Zuhörens so wichtig ist, liegt darin, dass Menschen sich beteiligen und in Nachbarschaftsprobleme eingebunden werden. Durch das Zuhören entstehen gute Beziehungen, die auf Vertrauen und Respekt basieren.

Am Ende eines solchen Prozesses des Zuhörens, der meist über acht Wochen geht, wird jeder der Befragten zu einem Treffen eingeladen, in dem über die Ergebnisse der Befragungen informiert wird. Bei einem solchen Treffen werden dann von den Teilnehmenden zwei oder drei vorrangige Themen ausgewählt. Die Teilnehmenden werden außerdem eingeladen, in Arbeitsgruppen mitzuwirken, um Lösungen für die ausgewählten Themen zu finden.

2. Schritt: Recherche

Der zweite Schritt des Community Organizing ist die so genannte Recherche, um realistische Lösungen für die ausgewählten Probleme im Quartier zu finden. Oft ist ein Teil der Recherche, erfolgreiche Beispiele aus anderen Städten zu finden, die im eigenen Quartier angewandt werden können. Weitere Akteure wie Gruppen oder Einzelpersonen werden im Rahmen dieses Schrittes ermittelt und angesprochen, daran mitzuwirken. Außerdem werden einflussreiche Unterstützerinnen und Unterstützer gesucht, die beim Lösen der Probleme mitarbeiten können.

3. Schritt: Umsetzung der Lösung

Der dritte Schritt ist die Umsetzung der Lösung. Manchmal haben Hauptamtliche und Freiwillige die Fähigkeiten und Ressourcen, die ausgewählten Probleme eigenständig zu lösen. Meist reicht diese aber nicht aus und so müssen weitere Unterstützer wie kommunale Verwaltungen oder Unternehmen angesprochen werden.

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Quartieren oder Stadtteilen können solche Schlüsselpersonen wie Führungskräfte auf zweierlei Art und Weise treffen: in großen Sitzungen mit 50 bis 1000 Teilnehmenden oder in kleineren Verhandlungsterminen. Sie agieren meist in positiver Weise, wenn sie bemerken, dass viele Menschen aus einem Stadtteil hinter dem vorgebrachten Anliegen stecken.

Erfolgreiche Beispiele in Deutschland

Es gibt inzwischen zahlreiche Beispiele in Europa und in Deutschland: In Berlin ist es mit diesem Ansatz gelungen, eine Fachhochschule in einen Stadtteil mit sozialem Brennpunkt zu verlagern und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen und die umgebenden Wohn- und Einkaufsgebiete zu beleben. In Worms haben Bewohner mit geringem Einkommen und Migrationshintergrund es geschafft, mit einer Wohnungsbaugesellschaft zu verhandeln, damit Reparaturen und Erneuerungen in ihrem Wohngebiet durchgeführt werden. In Nordenham haben es obdachlose Menschen erreicht, kostenlose Kinokarten zu bekommen, um so die Qualität ihres Alltags zu verbessern.

Community Organizing und ältere Bürgerinnen und Bürger

Bislang gibt es nur begrenzte Erfahrungen zum Community Organizing speziell mit älteren Menschen, wobei ältere Menschen immer eine aktive und engagierte Rolle spielen. Menschen im Ruhestand haben wichtige Ressourcen wie Zeit und Erfahrungen, die beim Community Organizing eine große Rolle spielen. Gleichzeitig erfahren sie besondere Zufriedenheit durch ihre Mitwirkung und die Beziehungen, die sie mit anderen aufbauen können.

Schlussfolgerung

Der Reiz von Community Organizing beruht auf fünf Faktoren:

1. Community Organizing ist eine erprobte, methodische und erfolgreiche Strategie, um Probleme in Quartieren zu lösen und dabei eine große Zahl an Bewohnerinnen und Bewohnern einzubinden.
2. Neben der konkreten Lösung von Problemen trägt Community Organizing auch dazu bei, Nachbarschaften, Organisationen und Initiativen neu zu beleben. Kirchengemeinden beispielsweise erfahren mehr Engagement und Teilhabe, wenn Menschen im Rahmen des Community Organizing stärker eingebunden werden.
3. Community Organizing lässt sich sehr gut auf unterschiedliche Rahmenbedingungen, Organisationen und Kulturen anpassen. Es kann mit unterschiedlichen Personen wie älteren Menschen, Obdachlosen, Kirchen, usw. angewandt werden. Es bringt unterschiedlichste Akteure zusammen und hilft, gemeinsame Ziele zu erreichen.

4. Im Unterschied zu Bürgerinitiativen, die sich meist mit einem Thema auseinandersetzen, ist es mit Community Organizing möglich, Organisationen aufzubauen, die sich mit verschiedenen Themen auseinandersetzen und auf lange Sicht bestehen können. Normalerweise kann der dreischrittige Prozess des Zuhörens, Recherchierens und der Aktion meist drei Problembereiche in einem Zeitraum von einem oder zwei Jahren lösen. Danach kann der Prozess wiederholt werden.
5. In Zeiten, in denen soziale Leistungen immer weiter heruntergeschraubt und gekürzt werden, ist es für Bürgerinnen und Bürger bedeutsam zu erleben, dass wichtige Leistungen erhalten bleiben und Lösungen für menschliche Bedürfnisse durch Selbsthilfe entwickelt werden können.

Kontakt

Paul Cromwell

E-Mail: paulallancromwell@hotmail.com

Paul Cromwell ist Pfarrer der United Church of Christ in den USA (eine der Partnerkirchen der Evangelischen Kirche Deutschland) und hat 25 Jahre Erfahrung in der Organisation amerikanischer Kirchengemeinden. Seit Juli 2004 studiert und arbeitet er in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Paul Cromwell berät aktuell sechs deutsche und sieben Projekte in Europa in Community Organizing. Diese Projekte umfassen sowohl kirchliche wie auch nicht-kirchliche Organisationen.

Links:

www.fo-co.info

www.forum-community-organizing.de

Praxisbeispiele

Nachbarschaftstreff im Althoffblock Dortmund

Ute Busch-Bernard und Petra Emig, Nachbarschaftstreff im Althoffblock Dortmund

**Auf Reisen brauchst du ...
einen guten Weggenossen.
Zu Hause ...
einen guten Nachbarn.**

Der Nachbarschaftstreff in Dortmund im Althoffblock unterstützt Menschen bei dem Aufbau guter Nachbarschaft. In den vergangenen Jahren ist ein umfassendes Netz der Nachbarschaftshilfe entstanden. Gute Nachbarschaft entsteht nicht von allein, sondern braucht vor allem Begegnung, die im Nachbarschaftstreff durch 24 unterschiedliche Gruppenangebote für Jung und Alt ermöglicht wird. Gemeinsame Aktivitäten schaffen Vertrauen: eine Grundvoraussetzung für nachbarschaftliche Hilfe.

Wie alles anfing... Geschichte des Nachbarschaftstreffs

Der Althoffblock ist ein seit 1914 bestehendes Wohnquartier mit sieben Wohnblöcken des Spar- und Bauvereins, eine 1893 gegründete Wohnungsbaugenossenschaft.

Seit 1978 hat die Caritas Dortmund im Althoffblock eine Sozialstation. Mitte der 90er Jahre stellten der Caritasverband und der Spar- und Bauverein fest, dass viele Menschen isoliert lebten, nicht nur Alte. Das ehemals vertraute Miteinander, das Gefühl von „Jeder kennt jeden“ schien sich aufzulösen. Hinzu kam, dass zahlreiche kleine Geschäfte aufgaben. Die Basis für einen nachbarschaftlichen Plausch war langsam, aber sicher verschwunden. 1995 wurde das erste gemeinwesenorientierte Projekt gestartet. Ein Mitarbeiter, der sein Büro in der Caritas Sozialstation hatte, machte über Öffentlichkeitsarbeit bekannt, dass das nachbarschaftliche Miteinander Ziel seiner Arbeit sei. Es kam zum ersten Treffpunkt in der benachbarten kath. Kirchengemeinde, wo sich in erster Linie ältere Menschen trafen, Beziehungen aufbauten und damit die Grundvoraussetzung für alle weiteren Entwicklungen schufen. Dieses Projekt war auf zwei Jahre begrenzt, aber der Bedarf ge-

weckt. 1999 wurde noch einmal für drei Jahre eine neue Mitarbeiterin eingestellt, die zunächst bei den Mieterinnen und Mietern den Bedarf erfragen sollte. Gemeinsam mit dem Mieterberater des Spar- und Bauvereins, Kollegen des Caritasverbandes und Ehrenamtlichen wurde ein Fragebogen erstellt und an 1550 Haushalte im Althoffblock verteilt. 147 Menschen antworteten und erklärten, dass sie sich einen Raum wünschten, der zur freien, ungezwungenen Begegnung da sein sollte. Die Kollegin lud interessierte Nachbarn regelmäßig in eine Gaststätte vor Ort ein, um gemeinschaftlich ein Konzept zu erstellen. Inzwischen waren sechs Ehrenamtliche (die so genannte Konzeptgruppe) gefunden, die eine Menge Vorschläge hatten, die sich rund um Begegnungsangebote drehten. Denn eines war klar: Nur über Begegnung entsteht Vertrauen, daraus erwächst wieder selbstverständlich Hilfe für den Nächsten. Das Konzept wurde an den Spar- und Bauverein weitergegeben, der recht schnell von der Wichtigkeit dieser Ideen überzeugt war. Im März 2000 stellte der Spar- und Bauverein eine ehemalige Parterrewohnung in der Althoffstraße mit einem Begegnungsraum, einem Büro, behindertengerechten Toiletten und Eingängen sowie einer Küche zur Verfügung. Da der erste Treff in der Althoffstraße für alle Aktivitäten bald zu klein wurde, übergab der Spar- und Bauverein dem Nachbarschaftstreff im Juli 2005 größere Räume in der ehemaligen Post.

Der Nachbarschaftstreff ist ein Kooperationsprojekt der Caritas Dortmund und des Spar- und Bauvereins.

Nachbarn für Nachbarn

Im Nachbarschaftstreff finden inzwischen 24 regelmäßige Gruppenangebote statt, zusätzlich einmalige Veranstaltungen.

Angebote, die regelmäßig stattfinden (wöchentlich, 14-tägig oder monatlich):

Krabbelgruppe, Computerkurs, Schachgruppen, Erzählcafé für Senioren, Spanisch, Spiele, Historisches Gewandnähen, Digitale Fotonachbearbeitung, Englisch, Rückenschule, Entspannung, Boccia, Gesprächsgruppe, Mutter-Kind-Gruppe, Qi Gong, Singen, Sitztanz und Gymnastik für Senioren, Frauenfrühstück, Doppelkopf, Literaturkreis, Vorlesen für Kinder, Redaktionsgrup-

pe Althoffblättchen, Konzeptgruppe, Malkurs.

Weitere Veranstaltungen

Stadtbesichtigungen, Verschenketag, Ausflüge, Sonderversammlungen der Gruppen, z.B. Modenschau der Nähgruppe, Ausstellungseröffnungen, Kochen und Backen, Feiern zu unterschiedlichen Anlässen, Besichtigungen, Informationsveranstaltungen, Infostände.

Das Prinzip zur Entstehung der Angebote ist einfach: Eine Nachbarin oder ein Nachbar regt ein Angebot an, weil sie selbst die Fähigkeit haben, eine Gruppe zu leiten oder sie suchen einen Referenten oder eine Gruppe, der sie sich als Teilnehmer anschließen können. Mit anderen Worten: Die Konzeptgruppe und die Hauptamtlichen stützen den Menschen in ihrem Stadtteil nicht über, sondern motivieren sie, sich selbst mit eigenen Bedürfnissen einzubringen, denn die Nachbarn sind Experten ihres Stadtteils und wissen am besten, was sie brauchen.

Im Jahr 2007 nahmen pro Monat durchschnittlich 450 Bewohner an den unterschiedlichen Gruppenangeboten teil. Ohne das Engagement der 30 Ehrenamtlichen, die als Gruppenleiter tätig sind, wäre dies nicht möglich! Weitere nachbarschaftliche Hilfen erwachsen aus und in den Gruppen. So fällt zum Beispiel in den Seniorengruppen auf, wenn jemand fehlt und man erkundigt sich. Krankenbesuche oder ein Einkauf für den Nachbarn werden durch das aufgebaute Beziehungsgeflecht zur Selbstverständlichkeit. Bei Problemen und Konflikten, die einer Unterstützung durch professionelle Sozialarbeit bedürfen, werden die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen hinzugezogen.

Aufgaben der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen

Im Nachbarschaftstreff arbeiten zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen, die sich eine Stelle teilen (80 zu 20 Prozent) und folgende Aufgaben übernehmen:

- Organisation, Planung und Verwaltung (Programm usw.)
- Moderation, Gesprächs- und Gruppenleitung
- Kooperation und Netzwerkarbeit (Stadtbezirkskonferenzen u. a.)
- Informationsgespräche und psychosoziale Begleitung
- Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Schaukasten, eigene Stadtteilzeitung „Althoffblättchen“, Ausstellungseröffnungen, Stadtteilstunden, eigene Homepage, Radio- und Fernsehbeiträge, Vorträge, Veranstaltungen)
- Gewinnung, Beratung und Begleitung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (u. a. Konfliktmanagement)

Eine gute Zusammenarbeit der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen ist Voraussetzung für das Gelingen der umfangreichen Angebote im Nachbarschaftstreff. Die Konzeptgruppe, bestehend aus Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, trifft sich jeden Monat und sorgt für die Organisation, Programmgestaltung und zukünftige Entwicklungen.

Kontakt

Ute Busch-Bernard, Diplom- Pädagogin
Petra Emig, Diplom-Sozialarbeiterin

Nachbarschaftstreff im Althoffblock
Steubenstraße 16

44137 Dortmund

Telefon: 0231/7214970

Telefax: 0231/5330877

E-Mail: nachbarschaftstreff@caritas-dortmund

Link:

www.nachbarschaftstreff-althoffblock.de

An einem Netz für das eigene Alter im Stadtteil knüpfen

Ragnhild Geck, Evangelische Kirchengemeinde Saarn

Die Evangelische Kirchengemeinde Saarn gründete im September 2005 das Netzwerk Saarn in Mülheim. Mülheim ist die Stadt mit dem höchsten Anteil an über 60-Jährigen in NRW. Laut Statistischem Jahrbuch 2007 beträgt der Anteil der über 60-Jährigen derzeit bereits 29 Prozent.

Im Netzwerk Saarn treffen sich inzwischen 120-150 Menschen in 14 verschiedene Interessengruppen, die teilweise wöchentlich oder monatlich stattfinden. Es gibt folgenden Themenschwerpunkten: Kultur, Bewegung- und Gesundheitsangebote, Begegnung und Geselligkeit, neue Medien, Informationen zum Netzwerk und Nachbarschaftshilfe.

Engagement und Partizipation

Im Netzwerk erlebe ich bei den Netzwerkern und Netzwerkern ein steigendes Interesse an der politischen Teilhabe um das Älterwerden im Stadtteil und in der Stadt Mülheim: Netzwerker, die regelmäßig zu den Sitzungen des Seniorenbeirats gehen, an den Zukunftswerkstätten für die Gestaltung der Sozialräume mitmischen und besonderes Interesse an dem Thema neue Wohnformen im Alter haben.

Das Netzwerkbüro

Ein Jahr nach Gründung des Netzwerkes entstand ein Netzwerkbüro als Anlaufstelle für Kontakt und Informationen zum Netzwerk. Das Netzwerkbüro wird betreut von acht Netzwerkern, die schwerpunktmäßig beruflich aus dem kaufmännischen Bereich kommen. Von Anfang an war es den Netzwerkern wichtig, neben Informationen über das Netzwerk auch über weitere Fragen rund um das Thema Alter in Saarn zu informieren, bzw. an kommunale Stellen weiterzuvermitteln. Während der Bürozeit erhalten Interessierte Informationen über die Angebote des Netzwerkes, der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden und anderer Vereine im Stadtteil. Aus dieser Initiative ist außerdem ein regelmäßiger Informationsstand auf dem Wochenmarkt

im Stadtteil und auf dem Maifest des ortsansässigen Bürgervereins erwachsen und das Angebot eines Stadtteilfrühstücks seit Oktober 2007.

Die Stadt Mülheim führt seit letztem Jahr Stadtteilgespräche mit Senioren zum Thema "Wie stelle ich mir meinen Stadtteil in 5,10,15 Jahren vor?" Viele Netzwerker besuchen diese Veranstaltungen. Die Gespräche ergaben weiteren Handlungsbedarf im Stadtteil in den Bereichen Wohnen, Geschäfte, Alltagshilfen, Ehrenamt, Migranten, Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit. Nach dem zweiten Stadtteilgespräch kam die Anfrage der Stadt Mülheim den Fortgang der Stadtteilgespräche zukünftig an die bestehenden Strukturen des Netzwerkes Saarns anzubinden. Beim nächsten Stadtteilgespräch bildete sich eine Arbeitsgruppe "Seniorenarbeit" mit interessierten Bürgern und weiteren wichtigen Akteuren im Stadtteil. Dies ist m. E. ein weiterer, wichtiger Schritt der Zusammenarbeit und Vernetzung des Netzwerkes im Stadtteil und auf kommunaler Ebene.

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Aufgrund des demographischen Wandels beschäftigt viele Netzwerker die Frage des selbstbestimmten Wohnens im Alter. Der Wunsch ist groß, in den vertrauten vier Wänden bleiben zu können, den Wohnraum anzupassen, nach einer barrierefreien Wohnung oder anderen alternativen Wohnformen im Stadtteil zu suchen, um die vertraute Nachbarschaft zu erhalten. Aus einem Seminar zum Thema „Kulturführerschein Wohnen“ mit dem EEB Nordrhein 2007 in Westkapelle ist die Initiative von drei Teilnehmerinnen für ein Wohnprojekt für Menschen ab 55 in Saarn entstanden. Diese Idee stößt auf großes Interesse. Zu den monatlichen Treffen finden sich mittlerweile 30 Menschen ein. Das Projekt soll in fünf bis sieben Jahren verwirklicht werden. Ein erster Bauträger wurde bereits auf die Initiative aufmerksam.

Die Netzwerkarbeit setzt auf Partizipation und bietet vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten. Die Netzwerker geben sich nicht mit den bestehenden Vorgaben und Bedingungen im Stadtteil zufrieden, sondern bringen ihr Erfahrungswissen und ihre Wünsche ein. Sie möchten die Zukunft ihres Wohnquartiers mitgestalten.

Kontakt

Ragnhild Geck
Netzwerk Saarn
Evangelische Kirchengemeinde Saarn
Lindenhof 20
45481 Mülheim

Telefon: 0208/3776637

E-Mail: ragnhild.geck@kirche-muelheim.de

Link:

www.ev-kirche-saarn.de

Lebendige Nachbarschaft im Hochhaus **Miteinander wohnen, aufeinander achten und füreinander da sein**

Von Annette Scholl, Kuratorium Deutsche Alterhilfe

Lebendige Nachbarschaft im Hochhaus? In Dortmund im Ortsteil Löttringhausen gibt es im Langeloh 4 ein Beispiel für ein Hochhaus, in dem Anonymität ein Fremdwort ist und wo von gelebter Nachbarschaft gesprochen werden kann. Dazu braucht es aber engagierte Menschen, die sich eine Wohnumgebung geschaffen haben, in der sie sich wohl fühlen. So ist in den letzten Jahren ein Zuhause entstanden, wo viele ältere Menschen gezielt hinziehen.

Etwas verändern oder ausziehen!

Hansine Herold ist mit die entscheidende Person, die dazu verholfen hat, dass Langeloh 4 mit seinen 12 Etagen, 127 Wohnungen und den vielen dunklen Fluren kein sozialer Brennpunkt mehr ist. Als Hansine Herold vor mehr als 15 Jahren in das 60er Jahre Hochhaus einzog, war es kein Haus, in dem man gerne wohnt: Jugendliche, die Briefkästen aufbrachen und auch sonst viel randalierten und Nachbarn, die ihren Müll im Treppenhaus abladen. „Unfassbare Zustände waren das“, betont Hansine Herold. Doch Hansine Herold ließ sich nicht abschrecken. Sie sagte sich: „So geht das nicht weiter, entweder muss man etwas verändern oder man zieht weg.“

Einfach anfangen lautet die Devise

Die alleinstehende Frau suchte sich unter den Mieterinnen und Mietern Mitstreitende. Bei einer ihrer ersten Aktionen, sammelte sie 95 Unterschriften im Haus, um der Wohnungsbaugesellschaft DOGEWO21 deutlich zu machen, dass der Zustand nicht beibehalten werden kann. Das Engagement von Hansine Herold zeigte nach einiger Zeit Erfolge, denn die Wohnungsgesellschaft war froh, dass die Mieter aus eigenem Antrieb mobil machten. Die Leerstandsquote lag bei rund 50 Prozent, die Fluktuation war hoch und mit vielen Mieterinnen und Mietern gab es massive Schwierigkeiten. Als erstes wur-

de ein Hausmeisterservice im Langeloh 4 eingerichtet, der erste Schritte der Verbesserungen einleitete.

Der Hausmeisterservice brachte die Mieter von Langeloh 4 auf die Idee ein Sommerfest zu machen, damit sich die Leute untereinander besser kennen lernen. Ganze 47 Personen nahmen daran teil. Kein Vergleich mit den heutigen Sommerfesten, die jährlich stattfinden und an denen 150 Personen und mehr teilnehmen. „Für einen ersten Versuch fanden wir es einen gelungen Start“, erinnert sich Hansine Herold. Es gab keinen Kühlschrank und nichts. Inzwischen sind die Sommerfeste besser ausgestattet und zur Tradition der Sommerfeste gehört eine Tombola. Die Preise für die Tombola stammen von Mietern und von Geschäften aus der Umgebung.

Jede Woche Kaffeetrinken in der Gemeinschaftswohnung

„Da wir alle zusammen sehr viel Spaß miteinander hatten, entstand die Idee sich häufiger zu treffen“, ergänzt sie. Die Wohnungsgesellschaft stellte dazu eine Wohnung kostenlos für gemeinschaftliche Aktivitäten zur Verfügung. Hansine Herold und ihr Team organisierten Tische, Stühle, Geschirr und einiges mehr. Erste Kaffeetrinken fanden statt, Spielenachmittage, Skatrunden. Die engagierten Mieter informierten ihre Nachbarn über Infozettel, die sie in die Briefkästen steckten. Anfangs kam eine Handvoll Mieter, bald war es ein Dutzend – heute quillt die komplett eingerichtete Wohnung bei der wöchentlichen Mittwochs-Kaffeetafel aus allen Nähten. Zwischen 30 und 40 Personen kommen regelmäßig. Dann wird es schon richtig eng in der Gemeinschaftswohnung. Die Männer sitzen in einem eigenen Raum in der Gemeinschaftswohnung, trinken Kaffee und essen Mettbrötchen. „Ich denke, dass gefällt Ihnen besser als unter den ganzen Frauen zu sitzen“, meint Hansine Herold. „Vor einiger Zeit waren wir nur 20 Personen, da viele krank waren. Da haben wir kurzerhand die belegten Brötchen zu den Mietern gebracht – Essen auf Rädern sozusagen“.

Gemeinsam etwas unternehmen

Neben der Kaffeetafel und den Sommerfesten ist Silvester auch eine der besonderen Gelegenheiten, zu denen sich die Mieterinnen und Mieter von Langeloh 4 regelmäßig

treffen. Sie feiern gemeinsam ins neue Jahr. Jeder, der möchte, kann mitmachen. Es wird keine(r) gezwungen mitzumachen, wenn er oder sie nicht möchte, betont eine Teilnehmerin der Kaffeetafel. Die Nachbarn unternehmen sogar gemeinsame Ausflüge beispielsweise zu Musical-Aufführungen nach Hamburg, nach Bad Pyrmont oder ins Dortmunder Theater. „Busweise sind wir unterwegs und unternehmen Ausflüge, die die Nachbarn sich wünschen, sagt Hansine Herold, der die Ideen selten ausgehen. So organisierte sie Ende 2005 im Foyer erstmals „Kultur im Flur“, einen Adventstreff mit Lesung, Kaffee und Kuchen.

Intakte Nachbarschaft

Nicht nur für die Mieterinnen und Mieter ist das neue Gemeinschaftsgefühl im Hochhaus ein Segen. Dies gilt auch für die Wohnungsgesellschaft, denn von den 127 Wohnungen sind 123 belegt. Vor allem ältere Menschen aus dem Umfeld ziehen seit einiger Zeit ganz bewusst ins Hochhaus Langeloh 4. Fast 55 Prozent der Mieter sind älter als 60 Jahre, 33 Haushaltsvorstände haben sogar die 75 überschritten. Die Seniorinnen und Senioren schätzen die relative Barrierefreiheit des Hauses bzw. der Wohnungen und natürlich die intakte Nachbarschaft. Man kennt sich, grüßt sich, spricht miteinander, schaut nach den anderen, erledigt Einkäufe mit, feiert Geburtstage gemeinsam. So gehört aber auch immer wieder dazu, dass man gemeinsam zu Beerdigungen verstorbener Mieter geht. „Ja wir gehen hin, bei einem belastet es einen mehr als beim anderen, aber das ist leider so“, sagt Hansine Herold“.

Die Wohnungsgesellschaft hat durch die Modernisierung des Hauses mit dazu beigetragen, dass sich das Haus auch äußerlich verändern konnte. So wurde die Fassade komplett erneuert, ein gläsernes, helles Foyer gebaut und die Balkone lassen sich mit verschiebbaren Scheiben in Wintergärten verwandeln. Es gibt inzwischen sogar eine Gästewohnung, in der Verwandte übernachten können. Im Zuge der Modernisierung wurde auch von der Gemeinschaftswoh-

nung ein direkter Zugang zum Garten eingerichtet. Bis auf das Rasenmähen kümmern sich die Mieter um den Garten und pflegen ihn regelmäßig. Mit den Gewinnen, die mit der wöchentlichen Kaffeetafel eingenommen wurden, konnte sogar eine Gartenlaube angeschafft werden, die unter den Mietern „Liebeslaube“ genannt wird.

Nachfolgerin oder Nachfolger gesucht!

Die Nachbarinnen Frau Herold und Frau Maschmann haben sich vorgenommen, sich noch 10 Jahre lang für Langeloh 4 zu engagieren. Bis dahin müssen andere gefunden werden, die die nachbarschaftlichen Traditionen fortführen. „Das ist aber gar nicht so einfach, betont Hansine Herold. Viele sehen nur die Kaffeetafel, aber nicht die Arbeit, die hinter allen Aktivitäten steckt. Eins muss man für die ehrenamtliche Arbeit mitbringen und das ist Geduld. Denn vieles geht häufig in Gemeinschaft nicht so schnell, wie man es möchte. Anfangen und weitermachen lautet ihre Devise. Denn Langeloh 4 zeigt, dass Gemeinschaft und intakte Nachbarschaft auch in einem Hochhaus möglich ist!

Kontakt

Hansine Herold
Langeloh 4
44229 Dortmund

Regine Stoerring
DOGEWO21: Dortmunder Gemeinnützige
Wohnungsgesellschaft mbH
Marketing/PR
Landgrafenstr. 77
44139 Dortmund

Telefon: 0231/1083-258
Telefax: 0231/1083-312

E-Mail: r.stoerring@dogewo21.de

Link:
www.dogewo21.de

Gelebte Nachbarschaft in Wehringhausen

Fünf Fragen an Margarete Dott, SeniorTrainerin aus dem Projekt "Erfahrungswissen für Initiativen" (EFI) und Initiatorin des Projekts Gelebte Nachbarschaft Hagen-Wehringhausen

1. Was ist das Besondere an "Gelebter Nachbarschaft"?

"Gelebte Nachbarschaft Wehringhausen" wird von und mit Nachbarn betrieben, ohne direkte professionelle Beteiligung. Räume, Gerätenutzung, Papier usw. stehen seitens der Freiwilligenzentrale und der Arbeiterwohlfahrt allerdings kostenlos zur Verfügung. Die Tatsache, dass ausschließlich Ehrenamtliche für das Fortbestehen der Initiative sorgen, führt zu einer großen Vielfalt an Aktivitäten, da jede/r sich nach seinen Interessen einbringt. Beispiele: Gemeinsames Singen, Ausflüge zu Nachbarschaftsinitiativen in andere Städte, Messebesuche zum Thema "Leben im Alter", Filmvorführung mit Frühstück, Flohmarkt zur Anschaffung eines Geschenkregals, professionell geleitete Meditations- und Entspannungseinheiten im Rahmen unserer Treffen, Brunch mit Wort und Klang usw. Zu allen Veranstaltungen ist die Öffentlichkeit eingeladen und macht regen Gebrauch davon. Wir streben an, alle Generationen mit ins Boot zu holen.

2. Wie ist das Projekt entstanden?

Während der Qualifizierung zur Seniortrainerin fand ich meinen Herzenswunsch wieder, verstärkt in Kontakt zu treten mit den Menschen um mich herum, die mir täglich auf der Straße begegnen. Ich suchte im Internet unter "Nachbarschaft", ob etwas Nachahmenswertes in Deutschland besteht, fand jedoch nur Angebote großer Träger, die eine Art Sozialarbeit machen. Mir schwebte gegenseitige Hilfe vor. Also entwarf ich ein Flugblatt mit konkreten Beispielen gegenseitiger Hilfe. Ein eigenes Logo war schnell gemalt und zusammen mit den amtlichen Logos draufkopiert. Diese Werbebotschaft verteilte ich tausendfach in Geschäften und Briefkästen. Als Treffpunkt nannte ich ein öffentliches Café im Zentrum unseres Stadtteils am Sonntagvormittag. Es kamen 20 Personen, einschließlich der UnterstützerInnen aus dem Kreis der EFIs. Wir

tauschten uns rege aus über unsere Motivation für das Thema und vereinbarten, die nächsten Treffpunkte in der AWO-Begegnungsstätte Wehringhausen. Seither besteht der "harte Kern" aus neun Personen, die regelmäßig teilnehmen und sich mehr als ein einziges Mal im Monat sehen wollen. Ab Juni 2008 bewirtschaften wir jeden 1. Samstag im Monat ein Nachbarschaftscafé, was reihum organisiert wird. Als Bonbon zum einjährigen Bestehen veranstaltet die Gruppe in diesen Tagen ein Krimi-Dinner für ihre "Aufrechten".

3. Warum engagieren Sie sich in dem Projekt?

Nachbarn sind einem gegeben, man sucht sie sich nicht aus. Wenn man mit diesen Menschen, deren Lebensweisen und Einstellungen einem vielleicht fremd sind, ein gemeinsames Ziel finden will, muss man offen bleiben oder werden für andere Meinungen. Ich erhoffe mir dadurch eine erweiterte Sicht auf die Dinge des Lebens.

Außerdem möchte ich als Mensch für andere wichtig sein, über meine Familie hinaus.

Mit Fortschreiten des Projektes werden schlummernde Fähigkeiten zum Leben erweckt und wo sich Fortbildungsbedarf abzeichnet, kann ich u. U. gefördert werden.

Auf lange Sicht möchte ich mitwirken an einer Zukunft, die auch Alten und Kranken tragende, gehaltvolle Kontakte bietet, wenn sie nicht mehr auf andere zugehen können. Auch ich möchte zuhause leben, möglichst bis zum Tod.

4. Welche Ideen haben Sie für die Zukunft?

- Den Kreis der Aktiven zu vergrößern
- Besuche bei Nachbarn, die ans Haus gefesselt sind, um Vereinsamung zu verhindern
- Begegnungen mit Kindern auf kreativer, musikalischer oder anderer Ebene, um stabile Kontakte zwischen Alt und Jung zu schaffen

5. Was können Sie Interessierten empfehlen, die ähnliches auf den Weg bringen wollen?

- Angebunden bleiben an die jeweilige Keimzelle, hier: die EFIs, die Freiwilligen

ligenzentrale und das Seniorenamt der Stadt Hagen. So ist kollegialer Rat gesichert und die Institutionen Freiwilligenzentrale und Seniorenamt schaffen

- Vertrauen, wenn man irgendwo vorsehen muss, ist ein "Türöffner" im wahrsten Sinne.
- Ort und Unterstützer im Stadtteil suchen, hier: Begegnungszentrum Wehringhausen der Arbeiterwohlfahrt. Wenn die Zusammenarbeit partnerschaftlich läuft, findet man Hilfe für den Vertretungsfall und kann größere Veranstaltungen gemeinsam schultern.

- Im Konfliktfall: nicht lange abwarten bis der Frust groß wird, besser: Moderator bestellen, alles auf den Tisch bringen. Es soll niemand aus Enttäuschung ausscheiden, jede/r wird gebraucht.

Kontakt

Margarete Dott
Sternstr. 1
58089 Hagen (Westf.)

Telefon: 02331/332101
Telefax: 02331/332101

E-Mail: margarete_dott@web.de

Altenhilfeplanung und Stadtteilgespräche in Dorsten

Petra Kuschnerenko, Altenhilfeplanung der Stadt Dorsten

Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass der demografische Wandel die gesellschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik, den Kreisen und den Kommunen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immens verändern wird. So vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht in den Medien darüber berichtet wird, welche Veränderungen sich anbahnen. Schwerpunktthemen sind die sinkende Geburtenrate bei gleichzeitig zunehmender Lebenserwartung, d.h. eine zahlenmäßig stark zunehmende ältere Bevölkerung.

Die daraus resultierenden Problemfelder sind vielseitig und vielschichtig:

- eine wachsende Anzahl der älteren Mitbürger
- eine starke Zunahme der Anzahl der Hochaltrigen
- die Zunahme der Zahl der demenziell Erkrankten
- die Abnahme der Kinderzahl und damit Abnahme des familiären Hilfpotenzials
- weniger familiäre Kontakte
- mehr Singles

Dies sind nur einige der abzusehenden Veränderungen mit weitreichenden Folgen für das Pflege- und Hilfesystem sowie für die gesamtstädtischen Versorgungsstrukturen, der Infrastruktur und der Teilhabe der älteren Menschen an dem Gesellschafts-, Wirtschafts-, Kultur- und Freizeitleben in einer Kommune.

Neben defizitären Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung mit bedarfsorientierten Konzepten im Pflege- und Hilfebereich wird heute dringend notwendig auch über die Potenziale und Ressourcen des Alters nachgedacht. Die Partizipation der Senioren, eine zielgruppendifinierte Orientierung der Angebote an eine Senioren generation, die heute zum Teil mehr als vier Jahrzehnte

vereint, und ein differenziertes Altersbild sind Bestandteile der Altenhilfeplanung.

Nun sind viele Erkenntnisse nicht neu – schon Anfang der 90er Jahre schwappte eine erste Welle der Altenhilfeplanung in die Kommunen.

Neu ist, dass jetzt erst die eigentliche Brisanz zum Handeln erkannt wird und Altenhilfeplanung in vielen Kommunen verankert wird.

Die Stadt Dorsten

Die Stadt Dorsten ist eine von zehn kreisangehörigen Städten im Kreis Recklinghausen. Sie ist eine Mittelstadt am Rande des Ruhrgebiets mit fast 80.000 Einwohnern und 11 Stadtteilen mit urbanen, aber auch dörflichen Strukturen. Flächenmäßig sind einige Stadtteile weit vom Stadtkern entfernt, so dass die Stadtteile zum Teil vielfältige, sehr unterschiedliche Strukturen aufweisen.

Der Anteil der älteren Bevölkerung mit knapp 19.500 über 60-Jährigen liegt bei 24,4 Prozent an der Gesamteinwohnerschaft und steigt laut der Prognose bis zum Jahr 2025 auf ca. 25.300 über 60-Jährige und einem Anteil von 33,6 Prozent an der Dorstener Bevölkerung. (Prognosedaten: Landesamt für Datenarbeit und Statistik NRW/Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 31.12.2005).

Leitbildentwicklung

Im Oktober 2006 wurde vom Rat der Stadt Dorsten das Leitbild zum „Älter werden in Dorsten“ beschlossen.

Kern des Leitbilds ist die

- Forderung nach einem differenzierten Altersbild,
- die Altenhilfeplanung zur Anpassung der Versorgungsstrukturen an die sich aus der demografischen Entwicklung ergebenden Bedarfen und Anforderungen
- sowie die Vernetzung der Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Akteuren der Altenhilfe, der Verwaltung und der Politik.

Ein besonderer Akzent wird auf die Partizipation der Senioren und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements gelegt. Zu drei Bereichen wurden Leitziele und erste Handlungsempfehlungen erarbeitet

- Wohnen im Alter in Dorsten
- Pflege und Hilfen zur Alltagsbewältigung
- Bildung, Begegnung und Kultur

Runder Tisch Altenhilfe

Ende 2006 wurde ein Runder Tisch Altenhilfe gebildet, der die Durchführung von Stadtteilgesprächen und die Bildung von Arbeitsgruppen zu den drei oben genannten Bereichen beschloss. Der Runde Tisch Altenhilfe setzt sich zusammen aus Vertretern der Verwaltung (Sozialdezernent, Sozialamt, Planungsamt), der politischen Parteien, einem Vertreter der Wohlfahrtsverbände, je einem Vertreter der ambulanten und stationären Pflege, der städtischen Betreuungsstelle, der Alzheimer Selbsthilfegruppe und dem Vorsitzenden des Seniorenbeirats.

Stadtteilgespräche

Das Sozialamt der Stadt Dorsten hat in Kooperation mit dem Planungs- und Umweltamt von Januar 2007 bis Juni 2007 Stadtteilgespräche durchgeführt. Ziel der Gespräche war, die Senioren an dem zurzeit stattfindenden Planungsprozess in der Altenhilfe zu beteiligen und ihre Interessen abzufragen.

Alle Stadtteilgespräche wurden konzeptionell gleich durchgeführt. Eingeladen wurden aktive Senioren aus Begegnungsstätten und Seniorentreffs, aus Verbänden und Initiativen des Stadtteils, sowie alle interessierten Senioren über die Presse. Nach einem Input über die Auswirkungen zur Bevölkerungsentwicklung und dem Sinn und Zweck der Stadtteilgespräche wurden zunächst allgemeine Charakteristika des Stadtteils (Wohnqualität, Wohnumfeld, Besonderheiten im Stadtteil) von den anwesenden Senioren erfragt. Danach wurden gezielt Wünsche, Ideen und Anregungen zu den drei Leitzielbereichen ermittelt. Abschließend wurden die Teilnehmer gebeten, in einem Fragebogen 20 für Senioren relevante Be-

reiche (Wünsche für ein optimales Umfeld im Alter) nach ihrer Priorität zu beurteilen und besondere Wünsche hinzuzufügen.

Eine Auswertung und Dokumentation zu den Stadtteilgesprächen hat zu einer Fülle von Anregungen und Wünschen für das Alter werden in Dorsten geführt.

Obwohl jeder Stadtteil seine ganz individuellen Strukturen hat und damit differenzierte Wünsche der Senioren geäußert wurden, sind sehr viele übereinstimmende Meinungen vorgetragen worden. Es wird nicht überraschen, dass die Prioritätenliste damit angeführt wird, dass die älteren Menschen so lange wie möglich zu Hause, in der gewohnten Umgebung bleiben wollen. Deshalb haben Ärzte, Lebensmittelläden und das selbstbestimmte (betreute) Wohnen zu Hause mit hauswirtschaftlicher Hilfe, Hausnotruf und Mahlzeitendiensten sowie einer altengerechten Infrastruktur (Grünflächen, Parkbänke, gefahrlose Rad- und Fußwege, ausreichende Beleuchtung) Priorität. Gleich danach kommen gute Verkehrsanbindungen, Apotheken, Beratungsangebote, Seniorentreffpunkte, ambulante Pflegedienste aber auch Begegnungsangebote für Jung und Alt.

Zu der Frage nach stadtteilbezogenen bzw. stadtteilübergreifenden Wünschen wurde eine bessere Verkehrsanbindung an Friedhöfe und Sicherheitsaspekte, d.h. eine ausreichende Beleuchtung an Bushaltestellen und Bahnhöfen und eine gute Polizeipräsenz genannt.

Die Erhaltung der Mobilität, ein barrierefreier Zugang in den Bus/die Bahn, bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel und Mitfahrgelegenheiten werden ebenfalls als wesentliche Faktoren für den Verbleib in der gewohnten Umgebung genannt. Die Pflege und Hilfen im Alltag sind für viele ältere Menschen gekoppelt mit bezahlbaren organisierten Hilfen, der Unterstützung für pflegende Angehörige und mit funktionierenden Nachbarschaften.

Sehr umfangreich waren die Anregungen, die während der Veranstaltung gesammelt wurden. Hier wurden Ü-70 Partys angeregt, bei der Gestaltung von Spielplätzen auch an Ältere zu denken (z.B. Boulebahnen einbauen), Angebote attraktiver und zeitgemäßer entwickeln sowie unverbindliche Treffpunkte (eine Art „Marktplatz“) zum Treffen der Generationen zu initiieren. Viele Ältere erklärten sich auch bereit, sich persönlich zu engagieren. Die Fülle der Anregungen

gungen ist an dieser Stelle kaum wiederzugeben. Damit jedoch nichts verloren geht, wurden die Wünsche und Ideen in einer Dokumentation zu den Stadtteilgesprächen gesammelt.

Arbeitsgruppen

Altenhilfeplanung ist heute nicht mehr Planung vom Schreibtisch aus, sondern eine prozessorientierte, partizipative Beteiligung aller für die Altenhilfeplanung relevanten Akteure.

In der zweiten Phase des Planungsprozesses wurden deshalb zu den bereits erwähnten drei Leitzielbereichen Arbeitsgruppen gebildet.

- Arbeitsgruppe Wohnen im Alter
- Arbeitsgruppe Pflege und Hilfen zur Alltagsbewältigung
- Arbeitsgruppe Bildung, Begegnung und Kultur

Hierzu wurden alle für den Seniorenbereich und die Altenhilfe maßgeblichen Ansprechpartner der Dienste, Einrichtungen und Angebote eingeladen. Je nach Kommune sind dabei ganz unterschiedliche Akteure gefragt, die Zusammensetzung kann so von Kommune zu Kommune variieren.

Die Arbeitsgruppen haben sich mit den Anregungen der Teilnehmer der Stadtteilgespräche befasst, eigene Überlegungen dazu beigetragen und schon in der Entwicklung befindliche Prozesse und Planungen ausgetauscht.

Konzeptionell wurden die Anregungen aus den Stadtteilgesprächen unter folgenden Aspekten diskutiert:

- Was wurde angefragt?
- Welche Maßnahmen sind dafür erforderlich?
- Welche Handlungsträger, Kooperationspartner müssen dafür gewonnen werden?
- Wann und in welchem Zeitraum ist eine Umsetzung möglich (kurz-, mittel-, oder langfristige Ziele)?
- Rahmenbedingungen

Dabei sind viele innovative und ideenreiche Überlegungen angestellt worden. Sie reichen von der Einrichtung weiterer Anlaufstellen und Beratungsangebote im Stadtteil, der Überlegung, anbieterübergreifende, gemeinsame Pflegekurse zu initiieren bis zu konkreten Ideen zu generationsübergreifenden Projekten.

Die Anregungen aus den Stadtteilgesprächen und die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen werden im weiteren Prozess an den Runden Tisch Altenhilfe weitergeleitet. Dieser bündelt die Anregungen und bereitet Umsetzungspläne vor. Die Ergebnisse des gesamten Prozesses fließen in den Altenhilfeplan ein.

Fazit

Eine abschließende Bewertung über die Effizienz dieses Planungsprozesses kann erst nach Fertigstellung des Altenhilfeplans erfolgen.

Erste Zwischenergebnisse und die Fülle der Anregungen, Ideen und Umsetzungsvorschläge deuten jedoch darauf hin, dass durch diesen wohl zeitintensiven Beteiligungsprozess ein **Mehr**

- an Informationen zu den Wünschen und Bedürfnissen der Senioren und Seniorinnen,
- an Informationen über die bestehenden Einrichtungen, Dienste und Angebote,
- an Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft zwischen den Akteuren der Altenhilfe sowie
- an innovativen Ideen

gesammelt bzw. entwickelt wurden, weil fachübergreifend, trägerübergreifend und teilweise auch themenübergreifend diskutiert wurde.

In der Entstehung ist ein Netzwerk, das die neue Dimension der Altenhilfeplanung als Querschnittsaufgabe für den Pflege- und Hilfebereich sowie für die offene Altenhilfe, die Bildungs- und Kulturarbeit, die Prävention, die Engagementförderung im Selbsthilfe- und Ehrenamtsbereich aufzeigt.

Kontakt

Petra Kuschnerenko
Stadt Dorsten
Seniorenbüro / Altenhilfeplanung
Bismarckstr.1
46284 Dorsten

Telefon: 02362/66-4432

Telefax: 02362/66-5752

E-Mail: petra.kuschnerenko@dorsten.de

Link:

www.dorsten.de/buergerservice

Nachbarschaftsinitiativen in Hanau

von Barbara Heddendorp und Frank Becker,
Seniorenbüro der Stadt Hanau

Ein bedeutender Beitrag zur Gestaltung lebendiger Nachbarschaften, ist die Initiierung und Umsetzung von Nachbarschaftsinitiativen in Regionalbezirken und Quartieren der Städte gemeinsam mit möglichst vielen dort lebenden Menschen und den vor Ort tätigen Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden und Organisationen.

Der Begriff Nachbarschaftsinitiativen versteht sich als Überbegriff für Seniorengenossenschaften/Bürgergenossenschaften, Nachbarschaftshilfevereine und Tauschringe.

Unterschiede Tauschringe – Genossenschaften – Mischformen

Die vielfältigen Nachbarschaftsinitiativen arbeiten entweder nach dem Genossenschaftsprinzip oder nach dem Prinzip der Tauschringe oder mischen beide Vorgehensweisen. Im Folgenden möchten wir kurz die Unterschiede aufzeigen, wobei es für das Gestalten einer lebendigen Nachbarschaft zweitrangig ist, für welche Form der Umsetzung einer Initiative im Bezirk/Quartier sich die Menschen entscheiden. Die Zielsetzungen und Inhalte sind oft identisch. Unterschiede gibt es beim Versicherungsschutz der Mitglieder und dieser sollte auf jedem Fall umfassend geklärt sein.

Tauschringe

Tauschringe beabsichtigen einen möglichst regen Umlauf der Verrechnungseinheiten, d.h. kein Horten von Guthaben. Damit soll eine Blockierung durch den Spareffekt zwischen Leistungsgebern und Leistungsnehmern verhindert werden.

Die Tausche (biete Backwaren gegen Babysitting oder Bügeln gegen Rasenmähen) wird in einer Fantasiewährung auf Konten verbucht. Was eine Leistung wert ist, bestimmen nicht alle Tauschringe in gleicher Weise.

Seniorengenossenschaften/Bürgergenossenschaften

Die Genossenschaften sind im Prinzip eine Sonderform der Tauschringe. In ihrer Funktionsweise sind sie wie Tauschringe aufgebaut. Sie unterscheiden sich jedoch grundlegend in ihren Zielsetzungen.

Der Grundgedanke der Seniorengenossenschaft ist, sich in aktiven Zeiten als Leistungsgeber einzubringen und Zeitpunkte anzusparen. Die „Zeitpunkte“ können bei Krankheit oder im Alter, wenn Hilfe benötigt wird, in Anspruch genommen werden.

Mischformen

Viele Nachbarschaftsinitiativen mischen die Zielsetzungen und den Verrechnungsmodus von Tauschringen und Genossenschaften.

So berechnen Tauschringe die Leistungen zwar nach Fantasiewährungen, sprechen aber gleichzeitig von Zeitguthaben. Initiativen, die nach dem Genossenschaftsprinzip arbeiten, bieten sofort gegenseitige Hilfen an und werben mit Tauschangeboten.

Unserer Meinung nach ist es zur Gestaltung lebendiger Nachbarschaften zweitrangig, wie sich die Initiativen aufstellen. Die Recherche hat gezeigt, dass es zum einen von den Zuschüssen der Kommunen, Länder, Bundesregierung und Sozialfonds der EU abhängen kann, für welche Form sich Initiatoren entschieden haben. Ein weiterer Aspekt ist, ob die Initiatoren durch kommunale/verbandliche hauptamtliche Mitarbeiter unterstützt und begleitet wurden bzw. ob die Initiative durch die Anregung von Hauptamtlichen eingerichtet wurde, und ob zu Beginn eine Form favorisiert und die Unterschiede sichtbar gemacht wurden.

Sind die Initiatoren überwiegend alleine gestellt, sind Fachtexte zum Thema zweitrangig und man arbeitet nach dem Prinzip „learning by doing“. An Hand der Beispiele der Initiativen aus Hanau wird deutlich, dass die Angebote zum großen Teil identisch sind. Sowohl Initiativen nach dem Genossenschaftsprinzip als auch Tauschringe mit ihren Unterstützungs- und Hilfeangeboten stärken die sozialen Strukturen und stellen eine Bereicherung für das Leben im Stadtteil, im Bezirk und im Quartier dar.

Nachbarschaftsinitiativen in Hanau

In Hanau gibt es zur Zeit fünf Nachbarschaftsinitiativen, die unterschiedlich aufgestellt sind – z.B. keine eigenen Büroräume haben, unterschiedliche Mitgliederzahlen haben, die unterschiedliche Zuschüsse erhalten und die nicht gleichermaßen in der Öffentlichkeit oder bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Mitarbeitern der sozialen Einrichtungen bekannt sind.

Vor diesem Hintergrund initiierte das Seniorenbüro der Stadt ein erstes Netzwerktreffen der Nachbarschaftsinitiativen in Hanau. Ergebnis des ersten Treffens war die Erstellung einer Übersicht aller Nachbarschaftsinitiativen in Hanau, die u. a. Auskunft darüber gibt, in welchem Stadtteil es bereits Initiativen gibt, wie diese arbeiten, welche Voraussetzungen es gibt, um Mitglied zu werden und welche Leistungen angeboten werden.

Diese Übersicht soll den Bürgerinnen und Bürgern die Angebote der Nachbarschaftsinitiativen aufzeigen und auch die Bereitschaft fördern, sich in der Initiative im Stadtteil aktiv einzubringen und/oder bei Bedarf Unterstützungsangebote zu nutzen.

In Stadtteilen, in denen es noch keine Initiativen gibt, können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung des Seniorenbüros vernetzen und weitere Initiativen bilden. Die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements durch aktive Bürgerbeteiligung ist eines der Ziele des Seniorenbüros.

Regionalisierung der Seniorenarbeit der Stadt Hanau

Die im Fachbereich für Soziale Dienste der Stadt Hanau vertretenen fünf Abteilungen (Beratung und wirtschaftliche Hilfen, Seniorenbüro und Freiwilligenagentur, Familien- und Jugenddienste, Amtsvormundschaft und Kommunalen Sozialer Dienst) sind in den vergangenen Jahren weitgehend nach dem Prinzip der Regionalisierung strukturiert worden. Das Gebiet der Stadt Hanau wurde in vier Regionalbezirke geteilt, die jeweils von einem oder mehreren Stadtteilen gebildet werden. Kriterien für die Aufteilung waren vergleichbare Einwohnerzahlen und Sozialstrukturen.

Vor diesem Hintergrund finden seit etwa einem Jahr in den Regionalbezirken Regional- bzw. Stadtteiltreffen der Seniorenarbeit

statt. Eingeladen werden zu diesen Treffen alle Akteure der Seniorenarbeit in den Bezirken, bzw. nochmals getrennt nach Stadtteilen. Über die Presse sind die Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich an den Veranstaltungen zu beteiligen.

Die Einladungen an die Akteure der Seniorenarbeit erfolgen schriftlich durch das Seniorenbüro und finden jeweils an den Veranstaltungsorten der Akteure der Seniorenarbeit statt. Diese Form der Vernetzung hat dazu geführt, dass Übersichten aller Angebote für ältere Menschen im Stadtteil erstellt werden konnten (z.B. Angebote im Regionalbezirk 1/Innenstadt). Diese Treffen führten unter anderem auch dazu, dass das Thema Nachbarschaftsinitiativen im Stadtteil Steinheim (Regionalbezirk 3) vorgestellt wurde. Nach mehreren Planungstreffen interessierter Bürgerinnen und Bürger mit Begleitung durch das Seniorenbüro sowie zu Beginn auch mit Unterstützung der Hanau Marketing GmbH wurde dann die Nachbarschaftshilfe Steinheim e.V. gegründet.

Ein weiteres Informationstreffen zum Thema Nachbarschaftsinitiativen ist bereits im Regionalbezirk 3 im Stadtteil Klein-Auheim anberaumt.

Initiierung und Umsetzung von Nachbarschaftsinitiativen

Wie bereits schon erwähnt, ist es wichtig das Thema Nachbarschaftsinitiativen bekannt zu machen. Gibt es in Kommunen bereits Regionaltreffen, Werkstattgespräche, Runde Tische, Stadtteilforen oder ähnliches in den Regionalbezirken, können diese Strukturen sicher gut genutzt werden, um das Thema ins Bewusstsein zu rücken.

Gibt es im Bezirk bereits Initiatoren, Interessenten, die in ihrem Bezirk eine Initiative umsetzen möchten, empfiehlt sich ein Kontakt zu dem zuständigen Dezernenten für den Sozialbereich, falls es keinen ausgewiesenen Ansprechpartner für den Stadtteil/Regionalbezirk gibt.

Steht hauptamtliches Personal für den Stadtteil/Regionalbezirk zur Verfügung nehmen Sie Kontakt auf und stellen Sie ihre Idee vor und bitten um Unterstützung für ihr Vorhaben. Meint es eine Kommune ehrlich mit der Bürgerbeteiligung, wird sie Menschen, die eine lebendige Nachbarschaft stärken möchte, fachlich unterstützen und Hilfestellungen bieten. Ein Tipp für Initiatoren: Suchen Sie Mitstreiter, begeis-

tern Sie die Menschen in ihrem Bezirk von der Idee, zeigen Sie die Vorteile auf, eine Initiative im Stadtteil zu haben und zeigen Sie den Politikern der Stadt, dass Sie mit einer gut funktionierenden Nachbarschaftsinitiative auch den städtischen Sozialbereich entlasten, indem sie die lokalen sozialen Netze enger knüpfen.

Lebendige Nachbarschaften durch Nachbarschaftsinitiativen sind zukunftsweisende Modelle, die Generationen verbinden, Kommunen mittelfristig auch finanziell entlasten und das Miteinander im Stadtteil, Bezirk und Quartier stärken.

Lebendige Nachbarschaften brauchen aber auch Hauptamtliche, die unterstützen und für die aktive Bürgerbeteiligung ein gesellschaftliches Muss ist. Zeitlich verstärktes Engagement der Hauptamtlichen für die

Bürgerinnen und Bürger bedeutet Entlastung zu einem späteren Zeitpunkt.

Kontakt

Hanauer Seniorenbüro
Steinheimer Straße 1
63450 Hanau

Frank Becker
Telefon: 06181/66820-44
Telefax: 06181/66820-49
E-Mail: Frank.becker@hanau.de

Barbara Heddendorp
Telefon: 06181/66820-60
Telefax: 06181/66820-49
E-Mail: Barbara.Heddendorp@hanau.de

Links:

www.senioren-hanau.de
www.hanau.de/rathaus/buergerservice

"Gemeinsam gegen Einsamkeit" im Landkreis Hersfeld- Rotenburg

*Christa Bittner, Erste Kreisbeigeordnete im
Landkreis Hersfeld-Rotenburg*

Herbst 2001

An einem Tisch im Büro der Ersten Beigeordneten des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, Christa Bittner, sitzen Mitarbeiterinnen der hauseigenen Seniorenberatung, Vorstände des Rotenburger Seniorenrates, Vertreter der Bürgerstiftung und der Ehrenamtsagentur des Kreises. Grund des Treffens: Wie können wir etwas für die älteren Menschen tun, die nicht mehr zu Seniorennachmittagen und -fahrten kommen können? Wie können wir ihre Vereinsamung aufbrechen? Wie können wir den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern helfen, die sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt haben oder von ihren Familien mehr oder weniger versteckt worden sind, weil sie unter Demenz leiden oder nicht mehr voll orientiert sind? Was können wir also für Menschen tun, die sich zurück gezogen haben, um nicht in der Öffentlichkeit ob ihrer Leiden auffällig zu werden? Dieser Rückzug von älteren Menschen ist gerade in ländlichen Regionen häufig zu beobachten - vielleicht deshalb, weil dort die Menschen mehr aufeinander achten und die soziale Kontrolle intensiver betrieben wird.

Mit hauptamtlichen Kräften lässt sich dagegen kaum etwas unternehmen, das ist im Herbst 2001 allen am Tisch klar. Die hauptamtlichen Seniorenberater müssen sich um Akutfälle kümmern und deren Angehörigen unterstützen – das füllt die Arbeitszeit mehr als aus. Ehrenamtliche Helfer engagieren sich zumeist in Seniorenveranstaltungen; bei Hausbesuchen fühlen sie sich mitunter überfordert. "Mit hauptamtlichen Kräften können wir nie ein Netz der Hilfe für Seniorinnen und Senioren über alle Kommunen unseres Landkreises knüpfen. Also müssen wir unsere ehrenamtlichen Kräfte stark machen, sie auch auf aufsuchende Seniorenarbeit vorbereiten, so dass sie einerseits helfen können, andererseits auch wissen, wann sie professionelle Hilfe hinzuziehen müssen", fasste die Erste Kreisbeigeordnete Christa Bittner damals die Diskussion zusammen.

Dieser Problem-Aufriss ist das Startzeichen für die Erstellung eines Aktionsplans:

- Die Mitarbeiterinnen der Seniorenberatung überlegen ein Schulungskonzept.
- Die Bürgerstiftung prüft die Möglichkeit der Finanzierung dieser Schulungen.
- Die Seniorenbeiräte machen Werbung bei ihren Mitgliedern für das neue Projekt.
- Die Erste Kreisbeigeordnete bittet die Bürgermeister der Kommunen um Unterstützung und Vorstellung der Idee in den Ortsbeiräten.
- Außerdem wird der Landkreis nachfragen, ob über ihn der Versicherungsschutz für ehrenamtliche Senioren-Betreuer gewährleistet werden kann.

Frühjahr 2002

Das Schulungskonzept steht. Die Bürgerstiftung hat die Finanzierung zugesichert. Und die Stadt Bad Hersfeld hat als größte Kommune des Landkreises gleich 28 neue ehrenamtliche Senioren-Betreuer zur Schulung angemeldet. Es kann also losgehen.

Frühjahr 2008

Mittlerweile haben sich sieben Projektgruppen im Landkreis gebildet und ein recht dichtes Netz bürgerschaftlichen Engagements zur Unterstützung und Begleitung von einsamen Seniorinnen und Senioren über den Landkreis geknüpft. Nach mehreren Schulungseinheiten durch die Seniorenberatung Waldhessen und abschließender Zertifizierung sind fast 200 ehrenamtliche Seniorenbetreuerinnen und Seniorenbetreuer in den Dörfern und Städten aktiv.

Versichert werden konnten sie allerdings nicht über den Landkreis, da zwar die Jugendhilfe, aber nicht die Altenhilfe zu den Pflichtaufgaben einer Kommune gehört. Zusätzliche – sprich freiwillige – Angebote deckt die Versicherung der Kommunen nicht ab. Doch auch dieses Problem wurde gelöst. Es gründete sich ein Verein "Gemeinsam gegen Einsamkeit", der finanziell so von der Bürgerstiftung unterstützt wird, dass er für die Seniorenbetreuerinnen und Seniorenbetreuer den Versicherungsschutz

gewährleisten kann, ohne Mitgliedsbeiträge veranschlagen zu müssen.

Die Aufgaben der Seniorenberaterinnen und Seniorenberater sind insbesondere

- der Vereinsamung von Seniorinnen und Senioren durch Besuchsdienste vorzubeugen, denn wer weniger als sieben Kontakte täglich hat, ist einsam;
- die Versorgung der Wohnung bei Abwesenheit;
- das Betreuen und Begleiten;
- die Übernahme gesetzlicher Betreuung;
- Einkaufen gehen;
- Blumen gießen, Gräber pflegen;
- Haustiere betreuen;
- notwendige Hilfen rechtzeitig erkennen.

Doch jeder einzelne der ehrenamtlich Tätigen hat zudem eigene Qualitäten. Der eine kann gut vorlesen, die andere kann Geschichten auch auf "Platt" erzählen. Der nächste weiß von seinen vielen Reisen durch die Welt zu berichten. Gleich eine ganze Gruppe hat sich mit Gedächtnisstraining beschäftigt, eine andere mit Bewegungen nach Musik im Sitzen. Und so gibt es auch einen regen Austausch der Projektgruppen untereinander.

Im Verein ist zudem immer in Treffen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch gegeben. Interessante Fachvorträge halten die Mitglieder auf Stand und geben immer wieder gern genutzte Ratschläge für den Umgang mit älteren Menschen. Dabei lernen die Seniorenberater auch viel über sich selbst, denn die meisten sind "junge Ältere" aus der Gruppe Ü60.

Parallel zu "Gemeinsam gegen Einsamkeit" läuft das Projekt "Perspektiven haben" im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Es richtet sich an Demenzerkrankte und ihre Angehörigen und hat die Zielsetzung, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen mehr Unterstützung zu ermöglichen und auch die häusliche Pflege zu stärken.

Die dreistündigen Treffen, die die Seniorenberatung organisiert und mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gestaltet, fin-

den wöchentlich statt und dienen dem Demenzerkrankten zur Erhaltung von Kontakten außerhalb seines sozialen Umfeldes. Dadurch wird ein längeres Verbleiben in der vertrauten häuslichen Umgebung ermöglicht.

Für die pflegenden Angehörigen besteht während der Gruppentreffen die Möglichkeit, die Zeit für sich zu nutzen. Das mindert Belastungen; gleichzeitig gewinnen pflegende Angehörige mehr Handlungssicherheit durch Information, Beratung und Erfahrungsaustausch.

Somit verbessert sich nicht nur die Lebensqualität der Pflegedürftigen, sondern auch Moral und Durchhaltevermögen der pflegenden Angehörigen.

Auch in diesem Projekt erfahren die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vor ihrem Einsatz eine umfangreiche Schulung in Theorie und Praxis.

Zudem ist über die Senioren-Beratung des Landkreises das Projekt "R.I.A" eingerichtet worden. R.I.A. steht für Reden, Informieren, Austauschen und knüpft an die Zielsetzung des Projektes „Perspektiven haben“ an. 70 Prozent aller Pflegebedürftigen werden im Landkreis Hersfeld-Rotenburg von ihren Angehörigen zu Hause betreut, deshalb ist gerade dieses Projekt so wichtig. 24 Stunden am Tag gefordert zu sein, stellt für Angehörige eine enorme Belastung dar und zieht häufig eine soziale Isolation nach sich, da Kontakte zu Freunden, Bekannten, mitunter auch Verwandten, verloren gehen.

Mit R.I.A bietet die Senioren-Beratung ein Selbsthilfeprojekt an, in dem sich pflegende Angehörige treffen, um sich ihre Sorgen und Probleme von der Seele zu reden, jemanden zu haben, der zuhört, um zu erfahren, dass man mit seinem Schicksal nicht allein steht und dass es auch anderen so geht. Die zweistündigen Treffen finden alle 14 Tage statt.

Kontakt

Erste Kreisbeigeordnete Christa Bitter
Friedloser Straße 12
36251 Bad Hersfeld

Telefon: 06621/87-256
Telefax: 06221/87-244

E-Mail: christa.bittner@hef-rof.de

Link: www.hef-rof.de

Bürgerschaftliches Engagement als Baustein neuer Wohnkonzepte

Das Beispiel Tiedoli (Emilia-Romagna/Italien)

von Dorette Deutsch

Über zwei Jahre nach dem Erscheinen meines Buches „Schöne Aussichten fürs Alter“ (Piper, München) mache ich mich wieder in den kleinen Weiler Tiedoli auf. Ich besuche Maria V., heute über achtzig, die im Sommer im eigenen Haus und im Winter bei ihrem Sohn Gianni wohnt. Sie kommt bislang noch weitgehend alleine zurecht, weil sie, außer einer fast zwanzigköpfigen Familie mit Enkeln und Urenkeln, eine Reihe von fürsorglichen Nachbarn hat.

Maria V. wohnt in Lavachiello, einem winzigen Ortsteil von Tiedoli, in der norditalienischen Emilia-Romagna, in den Ausläufern des Apennin. Noch in den dreißiger Jahren lebten achthundert Menschen hier, in kleinen Weilern, die in einem idyllischen Tal verstreut waren. Bevor das Altenprojekt „Le case di Tiedoli“ begann, war der Ort vom Aussterben bedroht. Genau dreißig, meist alte Leute lebten hier. Außer der Landwirtschaft gab es keinerlei Arbeitsmöglichkeiten, die meisten Bewohner waren bereits Ende des 19. Jahrhunderts oder spätestens in den dreißiger Jahren ausgewandert. Viele hatten, etwas näher, in Mailand oder Parma Arbeit gefunden. Doch bei allen blieb, über jede geographische Distanz, ein starkes Heimat- und Zugehörigkeitsgefühl erhalten. Als Sommerfrische wurden viele der alten Steinhäuser genutzt. Denn die „Abgewanderten“ hatten ihre Verbindung zum Ort aufrecht erhalten und verbrachten den Sommerurlaub hier. Für ein engagiertes Ehrenamt waren sie geradezu prädestiniert. Gerade bei ihnen, die inzwischen um die fünfzig waren und selbst bereits an die Pensionierung dachten, war die Erinnerung an dörfliche Feste, an den Zusammenhalt innerhalb der Kirchengemeinde erhalten geblieben. Viele bestellten noch Felder und Gärten in dem weitläufigen Tal, auch mit dem Gedanken, im Alter hierher zurückzukehren – falls es eine ausreichende ärztliche Versorgung und eine Anbindung an die Kreisstadt Borgotaro gäbe.

Maria V. ist in Tiedoli geboren und hat ihr ganzes Leben hier verbracht. Ihr Mann ist

verstorben, ihre Kinder leben, bis auf einen Sohn, in der Stadt. Durch ihre Herzlichkeit und Gastfreundschaft ist sie ein wichtiger Bezugspunkt im ganzen Ort geworden: Eine weise Frau, die ihr Wissen gerne an die jüngere Generation weitergibt. An diesem Sonntag Nachmittag kommen ihre beiden Töchter Teresa und Mariella zu Besuch. Beide leben in der Stadt. Tiziana und Cecilia, die Nachbarinnen, kommen auf einen Kaffee vorbei. Während der Woche stellen sie die alltägliche Unterstützung für Maria dar und haben Sorge für alle älteren Nachbarn in dem kleinen Weiler übernommen. Natürlich funktioniert Marias Familienverband, wie fast überall auf dem Land – noch. Aber gäbe es die Familie nicht, wären die Nachbarn da. Und wenn deren Hilfe einmal nicht mehr ausreicht, gibt es die „Case di Tiedoli“, die sechs Apartments, in denen die Älteren selbständig und doch betreut leben können.

Mit den Nachbarinnen verbindet Maria V. viel Sympathie, aber vor allem entsteht der Zusammenhalt durch all die Tätigkeiten des ländlichen Lebens, wie sie seit Jahrhunderten gepflogen werden. Sie beizubehalten ist in Tiedoli keine Nostalgie, sondern macht einen großen Teil der heutigen Lebensqualität aus.

Maria und ihre Nachbarinnen machen gemeinsam Früchte und Gemüse ein, helfen sich bei der Kartoffelernte wie bei häuslichen Instandsetzungsarbeiten und gehen im Herbst Steinpilze sammeln. Die Produkte aus dem eigenen Garten tragen erheblich zum Lebensunterhalt der Kinder in der Stadt bei.

Erst als ich mit dem Thema Alter zu beschäftigen begann, habe ich erfahren, dass sich Nachbarschaft durch die Jahrhunderte hindurch über soziale Aufgaben, durch Hilfe bei Feuer, bei der Ernte und beim Einmachen, beim Bau des Hauses definiert. In der gesamten Menschheitsgeschichte sind Nachbarschaften Lebensgemeinschaften, die nach klar definierten Regeln funktionieren, verbunden durch gleiche, gemeinsame Interessen, nämlich den Schutz des Territoriums und durch Respekt. Nachbarschaften sind zunächst keine Freundschaften. In der Nachbarschaft finden der Austausch und die unmittelbare Beziehung statt, umso mehr bei älteren Menschen, die, wie Maria V., vier Fünftel des Tages in ihren eigenen Wänden verbringen. In ihrer Überschaubarkeit konnte die Nachbarschaft in Tiedoli wachsen und scheint heute eine Art verlän-

gerter Großfamilie zu sein: Ein Glücksfall für die Initiatoren des Altenprojekts, wo sich von Anfang an ehrenamtliche mit professioneller Hilfe verbinden sollte.

Im Jahr 1998 war Mario Tommasini (1928-2006), ehemaliger Sozialdezernent in Parma und politischer Wegbereiter der italienischen Psychiatriereform, an einem strahlenden Herbsttag zum ersten Mal auf dem kleinen Kirchplatz von Tiedoli aufgetaucht. Über seine politischen Kontakte hatte er sich bereits umgehört, welches Dorf in der Gegend für ein innovatives Altenprojekt überhaupt in Frage kam. Viele Dörfer im Apennin waren vom völligen Aussterben bedroht, ein Problem, das inzwischen in vielen ehemals von der Landwirtschaft geprägten Regionen Europas droht. Durch das Pilotprojekt, das die Alten im wörtlichen Sinn in die Mitte des Dorfes rückte und nicht ins Pflegeheim abschob, wollte man auch Infrastruktur erhalten und junge Familien zur Rückkehr bewegen.

Der winzige Ortskern bestand damals aus der Kirche, dem Friedhof, einer kleinen Bar. Doch schon auf den ersten Blick sichtbar hatte sich durch das engagierte Ehrenamt ein Gemeinschaftsgefühl erhalten, das Hoffnung für die Zukunft gab.

Den wenigen Besuchern boten sich Bilder des dörflichen Lebens, die sofort den Gedanken weckten, dass in Tiedoli etwas anders als andernorts war: An jenem denkwürdigen Tag, als die Zukunft Tiedolis begann, war Claudio Ochi, heute Vorsitzender des Freizeitvereins ACLI, mit den Vorbereitungen für das anstehende Kastanienfest beschäftigt, Gianni R. schmückte die Kirche für den sonntäglichen Gottesdienst aus, ein paar junge Leute waren dabei, die großzügigen Rasenflächen um die Kirche zu mähen. Doch trotz dieses Zusammenhalts hatte der Ort bislang keinerlei wirtschaftliche Perspektive: Tiedoli hatte nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, ein Ort genau nach Tommasinis Geschmack. In all seinen sozialen Projekten hatte er die Herausforderung gesucht.

1996 hatte Mario Tommasini innerhalb der Provinzverwaltung von Parma sein „Laboratorio Anziani“, eine Art Versuchsstation für innovative Altenpolitik, geschaffen und in Parma eine Bürgerbewegung begründet, die engagierte Sozialpolitik zu ihrem vorrangigen Ziel machte.

Sicher ist es kein Zufall, dass das Projekt Tiedoli gerade in der Emilia-Romagna ent-

stand: Seit den sechziger Jahren agierten Sozialpolitiker wie Tommasini hier auf der Basis einer breitgestreuten „Kultur der Partizipation“, an der alle teilhatten.

Die kleine Bar, „il Circolo“ genannt, war zu allen Zeiten der Ort, an dem sich die Einheimischen und Besucher, Jung und Alt trafen: Ein fester Bezugspunkt für das Ehrenamt. Vor allem Claudio Ochi, heute Vorsitzender des Freizeitvereins, war die treibende Kraft, als es darum ging, über alle Widerstände hinweg den Betrieb des Cafés aufrechtzuerhalten. Denn wenn bürgerschaftliches Engagement verbindlich gelebt werden will, bedarf es eines gemeinsamen Orts – der keineswegs eine private Wohnung sein darf – an dem sich alle treffen können.

Als dem Café die Schließung drohte, löste man das Problem durch die Gründung eines Vereins, der zur nationalen, der Kirche nahestehenden ACLI-Gruppe gehört. Der Verein ist inzwischen Träger des Cafés.

Dörfliche Feste und lokale Traditionen wiederzubeleben, lautete das nächste Ziel. Denn die machten schon immer einen wichtigen Teil des Soziallebens in Tiedoli aus. Bis in den Herbst hinein, freut sich Claudio Ochi heute, ist es unmöglich, Tiedoli zu verlassen, weil ein Fest auf das andere folgt. Auch neu hinzugezogene Familien werden heute über die dörflichen Feste und ihre Vorbereitung – die bis zum gemeinsamen Bau einer Waldhütte oder Grillstätte reichen kann – in das Dorfleben integriert. Willkommene Begleiterscheinung ist es, dass dörfliche Traditionen am Leben erhalten bleiben. Es gibt ein Fest zu Ehren des Dorfheiligen ebenso wie Erntefeste oder sportliche Ereignisse. Über die gemeinsam erlebten Feste und ihre Vorbereitung ist ein wichtiges Zugehörigkeitsgefühl zum Ort entstanden. Auf dem Land kann das über Feste und Traditionen, in der Stadt das gemeinsame Erleben von kulturellen Ereignissen geschehen.

Doch das bürgerschaftliche Engagement führt gerade die „jungen Alten“ aus der Generation der heute 50- bis 60-Jährigen in das Dorf zurück.

Viele der „jungen Alten“, die in der sieben Kilometer entfernten Kreisstadt Borgotaro arbeiten, aber das Wochenende hier verbringen, sind im Ehrenamt engagiert und tragen so zur Zukunftssicherung bei. Teresa F. plant, ihr eigenes Alter in Tiedoli zu verbringen: Der Zusammenhalt im Dorf auf

der einen Seite, die Perspektive, durch die „Case di Tiedoli“ auch im Fall der Pflegebedürftigkeit geschützt zu sein, bietet ideale Voraussetzungen dafür. Bei den heute Hochbetagten leistet sie ehrenamtliche Betreuung: Sie begleitet bei Fahrten zum Arzt, hilft bei bürokratischen Angelegenheiten und macht Besuche im Krankenhaus. In einem zweiten Verein „La Montagna vive“ haben sich die Ehrenamtlichen zusammengefunden, der die Arbeit des „Circolo“ ergänzt.

Durch das bürgerschaftliche Engagement werden in Tiedoli vor allem vier Ziele verfolgt:

- über die gemeinsamen Aktivitäten den Zusammenhalt im Dorf zu stärken und, um das von professionellen Helfern betreute Altenprojekt, einen funktionierenden Zusammenhalt und Austausch der Generationen zu schaffen;
- die neu hinzugezogenen Familien, inzwischen auch aus Holland und England, in das Dorf zu integrieren;
- die dörflichen Traditionen am Leben zu erhalten und für die nachkommende Generationen lebendig zu erhalten;
- den heute „jungen Alten“, also den Aktiven des Ehrenamts, die Gewissheit zu geben, dass das Leben im Alter an einem solchen Ort ausreichend Versorgungssicherheit bieten kann.

Am Beispiel Tiedoli lässt sich deutlich ablesen, wie tragend die Rolle von Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftlichem Engagement für innovative Wohnkonzepte ist. Die Sorge füreinander, die Hilfe innerhalb der Nachbarschaft ist der erste Schritt, der zu einem neuen sozialen Miteinander führen kann. Das Beispiel Tiedoli zeigt aber auch, dass sich durch neue Wohnkonzepte, die das Altwerden in der eigenen Umgebung erlauben, sichtbare Zeichen eines neuen Gemeinns durch die Regionen ziehen.

In der Stadt kann man durch bürgerschaftliches Engagement einen neuen Zusammenhalt schaffen, der ein Weg aus der Vereinzelung ist. Auf dem Land kann auch eine

Perspektive für die Jungen entstehen, wenn die Alten in ihrer angestammten Umgebung bleiben. Wir sind uns häufig zu wenig des Zusammenhalts von Jung und Alt bewusst. Ökologischer Landbau, Austausch mit der Stadt, Rückbesinnung auf Traditionen könnten Möglichkeiten einer neuen Perspektive auf dem Land sein. Dadurch werden längerfristig auch Arbeitsplätze geschaffen. In Tiedoli gibt es Handwerk und ökologischen Landbau, Freiberufler haben ihren Schreibtisch von der Stadt hierher verlegt.

Initiator Mario Tommasini war es von Anfang an gelungen, alle Beteiligten – die Kommune, die Pfarrgemeinde, die Pflegekooperative und das Ehrenamt – um einen Tisch zu bringen. Das Modell Tiedoli war ursprünglich für eine ganze Reihe von Dörfern geplant und wurde durch Tommasinis plötzlichen Tod im April 2006 jäh unterbrochen. Während die mangelnde Kommunikation der „Akteure“ danach gelegentlich untereinander zu Störungen führte und das Fehlen des „Kümmers“ deutlich zu spüren war, war es das Verdienst des Ehrenamts, dass das Projekt bis heute erfolgreich blieb und der Gedanke Tiedoli andernorts, auch in Deutschland, ausgestreut wurde. Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Baustein des Sozialgefüges. Wir müssen es neu entdecken und Bedingungen schaffen, die es fördern können.

Gerade Tiedoli mit seinen etwa achtzig Einwohnern ist ein Mikrokosmos, der in seiner Überschaubarkeit ein ideales Vorbild ist: Denn hier haben sich viele einzelne Mosaiksteine zu einem funktionierenden Ganzen zusammengefunden.

Die Geschichte des Pilotprojekts Tiedoli ist ausführlich beschrieben in:

Dorette Deutsch, *Schöne Aussichten fürs Alter. Wie ein italienisches Dorf unser Leben verändern kann.* Serie Piper 2007.

Von der Autorin ist außerdem erschienen:

Lebensträume kennen kein Alter. Neue Ideen für das Zusammenwohnen in der Zukunft. Krüger 2007.

Kontakt

Dorette Deutsch, München

E-Mail: Dorette-Deutsch@t-online.de

Anregungen und Tipps

Lebendige Nachbarschaften - Ausgewählte Anregungen und Tipps

*Zusammengestellt aus den Beiträgen des
Themenschwerpunktes von Annette Scholl,
Kuratorium Deutsche Altershilfe*

Die Bedeutung des Wohnens

- „Wohnen“ – zurückgeführt auf das altdeutsche Wort „wonen“ - bedeutet soviel wie sich aufhalten, bleiben, wohnen, gewohnt sein, aber auch zufrieden sein und gefallen. Ein enger Zusammenhang zwischen „Wohlfühlen“ und „Gewöhnung“ ist zu erkennen.
- „Wohnen“ berührt wie kein anderes Thema, existentielle Fragen der Gestaltung des eigenen Alters, des Lebensraumes und des Mit- und Füreinanders.
- Lebensqualität im Alter hängt in besonderem Maße angesichts zu erwartender Veränderungen in wichtigen Lebenszusammenhängen entscheidend von den Bedingungen der Wohnung, der Nachbarschaft und des Wohnumfeldes ab.
- Die soziale Einbindung älterer Menschen in eine Gemeinschaft und eine anregende Umgebung sind wichtige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Sie befriedigen nicht nur menschliche Grundbedürfnisse, indem sie Zugehörigkeit, Schutz und Geborgenheit vermitteln, sondern ermöglichen auch aktive Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie beugen sozialer Isolierung vor.

Die Rolle von Nachbarschaften im Lauf der Geschichte

- Nachbarschaft hat sich durch die Jahrhunderte hindurch über soziale Aufgaben, durch Hilfe bei Feuer, bei der Ernte und beim Einmachen, beim Bau des Hauses definiert. In der gesamten Menschheitsgeschichte sind Nachbarschaften Lebensgemeinschaften, die nach klar definierten Regeln funktionieren, verbunden durch gleiche, gemeinsame Interes-

sen, nämlich den Schutz des Territoriums und durch Respekt.

Die Rolle von Nachbarschaften heute

- Nachbarschaften sind zunächst keine Freundschaften. In der Nachbarschaft finden der Austausch und die unmittelbare Beziehung statt.
- Nachbarn bedeuten Sicherheit, Vertrautheit, aber auch Vertrauen haben und das Gefühl der Zugehörigkeit.
- Gute Nachbarschaften tragen wesentlich zum Wohlbefinden bei.
- Eine funktionierende Nachbarschaft erhöht die Wohnzufriedenheit: soziale Eingebundenheit, positive Kontakte mit Nachbarn, gegenseitige Unterstützungslösungen sind hierfür Indikatoren. Auch die Erfüllung des Bedürfnisses nach Selbstentfaltung und -gestaltung stellen wesentliche „Wohlfühlfaktoren“ dar.
- Vielen Älteren ist es wichtig, bekannt zu sein im Quartier und erkannt zu werden, auch in der Hoffnung, dass auffällt, wenn einem etwas passiert ist, und die Nachbarn sich darum kümmern.
- Funktionierende Nachbarschaften spielen eine wichtige Rolle, wenn es um die Frage geht, ob der ältere Mensch in der vertrauten Wohnung weiter wohnen bleiben kann.
- In eher wohlhabenden Gegenden spielen Nachbarschaften eine andere Rolle als zum Beispiel in Bergarbeitersiedlungen. In letzteren war schon immer teilweise aufgrund knapperer finanzieller Möglichkeiten mit Nachbarschaft auch Hilfestellung verbunden. In Quartieren mit eher wohlhabenden Bewohnerinnen und Bewohnern werden diese Nachbarschaftsleistungen zum Teil durch Dienstleistungen ersetzt.

Herausforderungen des demografischen Wandels

- Gemeinsam älter werdende bzw. hochaltrige Nachbarschaften und Quartiere können ein Problem sein. Denn Hilfsbereitschaft, die früher selbstverständlich und auch leistbar

war, ist dann öfters nicht mehr möglich, weil die Nachbarn gleich alt sind und ähnliche körperliche Beschwerden haben. So reizvoll die Situation zu sein scheint, wenn alle gleich jung sind beim Einzug, so viel schwieriger kann es unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Hilfeleistung werden, wenn alle Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers gemeinsam alt werden.

- Dort wo Probleme des Lebens im Alter als Entwicklungsaufgaben formuliert werden, entstehen innovative kreative und nachhaltig wirkende Bildungs- und Betreuungskonzepte.

Lebendige Nachbarschaften in neuen Wohnkonzepten

- Unterschiedliche Wohnbedürfnisse haben Auswirkungen auf eine notwendige Vielfalt der Wohnformen sowie die Möglichkeiten zur Gestaltung von Nachbarschaften.
- Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement sind tragend für innovative Wohnkonzepte. Die Sorge füreinander, die Hilfe innerhalb der Nachbarschaft ist der erste Schritt, der zu einem neuen sozialen Miteinander führen kann.

Lebendige Nachbarschaften – ermöglichende Rahmenbedingungen

- Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist das Zusammenwachsen der Menschen im Stadtteil zur gegenseitigen Unterstützung und zur Verhinderung von Vereinsamung.
- Gute Nachbarschaft entsteht nicht von allein, sondern braucht vor allem Begegnung.
- Lebendige Nachbarschaften können nur da entstehen oder werden getragen durch Sinnzusammenhänge, die sich im gemeinsamen Tun oder im gemeinsamen Erleben zeigen. Während sie an vielen Stellen einfach nur der „Ermöglichung“ bedürfen, müssen sie an anderen Stellen initiiert und begleitet werden.
- Gemeinsame Aktivitäten schaffen Vertrauen: eine Grundvoraussetzung für nachbarschaftliche Hilfe.

- Nur über Begegnung entsteht Vertrauen, daraus erwächst wieder selbstverständlich Hilfe für den Nächsten. So fällt z. B. in Seniorengruppen auf, wenn jemand fehlt und man erkundigt sich.
- Von entscheidender Bedeutung sind dabei die jeweiligen Erwartungen an Nähe und Beziehungsqualität, die sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können. So ist der Einsatz von „Mediatoren“ oder anderen geeigneten Moderatoren und Vermittlern in vielen Quartieren sinnvoll, insbesondere in Regionen mit sehr gemischter Bevölkerungsstruktur.
- Lebendige Nachbarschaften brauchen Hauptamtliche, die unterstützen und für die aktive Bürgerbeteiligung ein gesellschaftliches Muss ist. Zeitlich verstärktes Engagement der Hauptamtlichen für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet Entlastung zu einem späteren Zeitpunkt.
- Nachbarn sind Experten ihres Stadtteils und wissen am besten, was sie brauchen.
- Es ist wichtig, von Anfang an alle Beteiligten eines Wohnquartiers bzw. einer Nachbarschaft an einen Tisch zu bringen. Das Initiieren von „Runden Tischen“ und Stadtteilkonferenzen sowie von gemeinsamen Sozialraumerkundungen können dabei hilfreich sein.
- Wenn bürgerschaftliches Engagement verbindlich gelebt werden will, bedarf es eines gemeinsamen Ortes an dem sich alle treffen können. Dies kann ein Nachbarschaftstreff oder ein Café sein.

Voraussetzungen für das Engagement älterer Menschen im Stadtteil

- Die Ergebnisse zeigen, dass das Interesse an Partizipation bei „größeren geplanten Veränderungen durch die Verwaltung“ deutlich abnimmt, je weiter man von der eigenen Wohnung weggeht.
- Das Potenzial zum Engagement ist dort erstaunlich hoch, wo die Menschen ihre Themen und Anliegen im selbst gewählten Kontext verfolgen.

- Hauptamtliches Personal für den Stadtteil/Regionalbezirk sind wichtige Ansprechpartner, um eigene Ideen vorzustellen und um Unterstützung für eine Nachbarschaftsinitiative zu bekommen.
- Meint es eine Kommune ehrlich mit der Bürgerbeteiligung, wird sie Menschen, die eine lebendige Nachbarschaft stärken möchten, fachlich unterstützen und Hilfestellung bieten.
- An „Rezepten“ mangelt es nicht. Von A wie Anwaltsplanung bis Z wie Zukunftswerkstatt reicht das umfangreiche Repertoire der Beteiligungsmethoden und -verfahren. Initiativrunden, Zukunftswerkstätten und Bürgerforen stellen Ansätze dar, um die Interessen der Bewohner konkreter zu erfassen und in Planungen einfließen zu lassen.
- Die Szenariotechnik ist eine eindrucksvolle Technik, die zeigt, dass eine positive Zukunft denkbar ist,

wenn möglichst viele Bürgerinnen aktiv an der Gestaltung mitwirken.

- Weitere Mitstreiter für eine Stadtteil-Initiative zu gewinnen, sind eine wichtige Voraussetzung. Daher ist es wichtig, Menschen im Stadtteil von der Idee zu begeistern und die Vorteile aufzuzeigen.

Kontakt

Annette Scholl
 Kuratorium Deutsche Altershilfe
 Forum Seniorenarbeit
 An der Pauluskirche 3
 50677 Köln

Telefon: 0221/931847-72
 Telefax: 0221/931847-6

E-Mail: annette.scholl@kda.de

Links:

www.kda.de
www.forum-seniorenarbeit.de
www.forum-lernen.de

Literatur

Literaturempfehlungen rund um lebendige Nachbarschaft

zusammengestellt von Annette Scholl, Kuratorium Deutsche Altershilfe

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (2008): Zukunftstrends der Bürgergesellschaft. Diskussionspapier des BBE beschlossen vom Koordinationsausschuss. Berlin

Deutsch, Dorette (2007): Lebensträume kennen kein Alter. Neue Ideen für das Zusammenwohnen in der Zukunft. Krüger, Frankfurt/Main

Deutsch, Dorette (2007): Schöne Aussichten fürs Alter. Wie ein italienisches Dorf unser Leben verändern kann. Serie Piper, München

Dörner, Klaus (2007): Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Helfefeld. Paranus Verlag, Neumünster

Eckardt, Frank (2006): Die Nachbarschaft als sozialpolitisches Maßnahmenfeld – Ein europäischer Ansatz? In: Sozialer Fortschritt, 55 (2006)10, S. 249-254.

Grymer, Herbert; Köster, Dietmar; Krauss, Melanie; Ranga, Myrto-Maria; Zimmermann, Jan Christoph (2005): Altengerechte Stadt – Das Handbuch. Partizipation älterer Menschen als Chance für die Städte. Landesseniorenvertretung NRW e.V. (Hrsg.), Münster

Hafner, Thomas; Wölfle, Gunther (2005): Kommunikationsplattformen für barrierefreie Mobilität. Interaktive Bürgerbeteiligungsmodelle für die alternde Gesellschaft. 6, S. 327-331.

Jost, Frank; Perry, Thomas (2006): Mein Haus – mein Quartier – meine Stadt. Ergebnisse der Trendbefragung 2005 zum Thema Partizipation. vhw Bundesverband

für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V., Berlin, S. 246-253

Kuratorium Deutsche Altershilfe/Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Ergebnisanalyse des Werkstatt-Wettbewerbs Quartier und Handlungsempfehlungen. Köln/Gütersloh

Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hrsg.) (2003): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 30. Stiftung MITARBEIT und Agenda für Nachhaltigkeit GmbH (Hrsg.), Bonn

Lüttringhaus, Maria; Richers, Hille (2007): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29. Stiftung MITARBEIT (Hrsg.), Bonn

Marquard, Peter (2005): Das Quartier: Ort des Wohnens und des sozialen Lebens. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 85 (2005)4, S. 139-143

Netzwerk Soziales neu gestalten (2008): Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Positionspapier des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG) zum demographischen Wandel. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Netzwerk Soziales neu gestalten (2008): Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 1. Eine Potenzialanalyse ausgewählter Wohnprojekte. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Penta, Leo (Hrsg.) (2007): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Amerikanische Ideen in Deutschland VIII. edition Körber-Stiftung, Hamburg

Scholz, Carola (2006): Stadtentwicklung braucht Beteiligungskultur – Bürgerorientierung als kommunale Gesamtstrategie. In:

vhw – Forum Wohneigentum, 5, S. 304-309.

Steffen, Gabriele; Dorothee Baumann; Antje Fritz (2007): Attraktive Stadtquartiere für das Leben im Alter. Stuttgart: Fraunhofer-IRB-Verlag

Wilde, David; Franke, Annette (2006): Die »silberne« Zukunft gestalten. Handlungsoptionen im demografischen Wandel am Beispiel innovativer Wohnformen für ältere Menschen. Driesen Edition Wissenschaft, Berlin

Wohnquartier4 (o. J.): Wohnquartier 4 – Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten. Konzept und Redaktion: HOCHTIEF ConstructionAG, Essen/Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland,

Düsseldorf /Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein, Düsseldorf, Download: www.wohnquartier4.de

Kontakt

Annette Scholl
Kuratorium Deutsche Altershilfe
Forum Seniorenarbeit
An der Pauluskirche 3
50677 Köln

Telefon: 0221/931847-72
Telefax: 0221/931847-6

E-Mail: annette.scholl@kda.de

Links

www.kda.de
www.forum-seniorenarbeit.de
www.forum-lernen.de

www.forum-seniorenarbeit.de